

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



6. Januar 1989
Jg. 10 Nr. 1

G 7756 D

Preis:
2.50 DM

Gorbatschows UNO-Rede

Universaler
Leitungsanspruch der
kopfarbeitenden
Mittelklasse proklamiert

Seite 10



Namibia

Südafrika will
eine abhängige
Regierung installieren

Seite 12



Wirtschaftsraum Stuttgart

Kritik der
IG Metall
bietet Ansätze für
die Kommunalpolitik

Seite 34

Werftindustrie in der BRD: In zehn Jahren wurde eine ganze Industrie auf Kosten der Arbeiter neu organisiert

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzähliglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

Inhalt	1/89
Aktuelles aus Politik und Wirtschaft	
Aktuell in Bonn.....	4
Rationalisierung: Europaweite Vorhaben der Konzerne....	5
HBV-Banktarif: Wenig Schutz für Bankangestellte.....	7
Versicherungen: Anweisungen zur Diskriminierung.....	7
Generalbundesanwalt: Rebmann will mehr unterdrücken..	7
Bundeswehr: Scholz als Träger von „Befehlsgewalt“.....	8
Kohl und Scholz an die Kommandeure.....	9
Gorbatschows UNO-Rede: Universaler Leitungsanspruch der kopfarbeitenden Mittelklasse propagiert.....	10
Auszüge aus der UNO-Rede.....	11
 Auslandsberichterstattung	
Namibia: Südafrika will eine abhängige Regierung.....	12
Schweiz: Nationalrat gegen Schweiz ohne Armee.....	13
USA: Reagan läßt die Sau raus.....	14
VR China: Landflucht nimmt zu.....	14
Palästina: UNO erkennt Staat Palästina an.....	15
Frankreich: Neues soziales „Klima“.....	15
Internationale Meldungen.....	16
 Aus Verbänden und Parteien	
Veröffentlichungen:	
„Zur politischen Stärkung von Recht und Gesetz“.....	18
Arbeitshetze bei der Post soll weiter gesteigert werden.....	18
„Abschied von der Koedukation?“.....	18
EG-Sozialprogramm: Mobilisierung billiger Arbeitskraft.....	19
 Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten.....	21
Gewerbesteuer: Kommunale Opposition gegen neuen Konsolidierungsschub	22
Haushaltssatzung: Realsteuern vom Haushalt getrennt....	22
IKEA: Arbeitsbedingungen zu verkaufen.....	23
Richter Stoll: Neues zum „Oberschlesier“.....	23
OLG: Bald Urteil gegen Duisburger Antiimperialisten.....	24
Südafrika-Waren: Boykottaktion in Kaufhäusern.....	25
Zunfthaus: 10 Monate für Janin, Freispruch für Wollie.....	25
Schiffbau: In 10 Jahren wurde eine ganze Industrie auf Kosten der Arbeiter neu organisiert.....	26
Alternative Fertigung — eine stumpfe Waffe.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Metall-Gehaltsrahmentarif: Rechte für Betriebsräte, aber 16 Gehaltsgruppen.....	29
 Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge	
Cap und Capper: Disney: Seid nett zueinander!.....	30
Münchhausen: Teuerster europäischer Film.....	30
Nonni und Manni: Jesuit auf Kinderfang.....	30
Kinofilm Willow: Die Heilandin ist geboren.....	31
Buchrezension: Der Tod der Stammheimer Gefangenen....	31
Mittelamerika: Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt Einfluß.....	32
 Spezialberichte	
Wirtschaftsraum Stuttgart: Kritik der IG Metall bietet An- sätze für die Kommunalpolitik.....	34
Schwächen in der regionalen Branchenanalyse.....	34
Konzerne bestimmen die Regionalpolitik.....	36
IMU-Studie — Und was nun?	38
„Alternative Produktion“. Kritik der Marktwirtschaft nötig	39

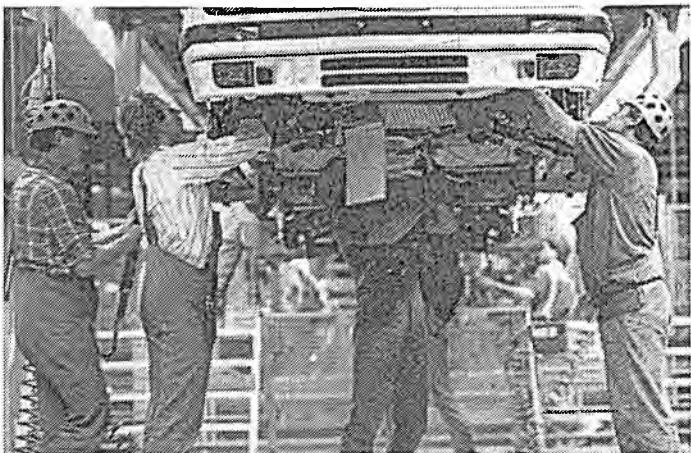
Rappes Vorstoß zur Sonntagsarbeit

Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik Rappe hat in einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung (27.12.88) erneut seine Bereitschaft erklärt, über Sonntagsarbeit aus betriebswirtschaftlichen Gründen in „Einzelfällen“ zu verhandeln. Rappe:

„... Für die Unternehmen stellt sich mit Verwirklichung des Binnenmarktes in Europa die Frage, wo sie künftig investieren sollen. Mir ist es lieber, sie schaffen mit ihrem Geld Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland als in Spanien oder Griechenland. Und dann muß ich auch bereit sein, darüber zu reden,

beitsplätze nicht zu lange unbesetzt bleiben. Die DGB-Gewerkschaften IG Metall, IG Druck, ÖTV und HBV weisen Rappes Vorstoß deutlich zurück. Ebenso die DAG.

Aber Rappes „Sonntagsvorstöße“ widersprechen sogar deutlich der Beschlusslage des Chemie-Gewerkschaftstags vom September 1988. Die Delegierten hatten sich sowohl gegen gesetzliche Verschlechterungen der AZO inkl. der Erweiterung der Ausnahmebestimmungen für Sonntagsarbeit gewendet als auch dagegen, daß in Manteltarifverträgen Regelungen aufgenommen werden, die die Ausdehnung der Arbeitszeit auf das Wochenende fördern. — (mio)



Zahlreiche Belegschaften müssen wieder an sechs Tagen arbeiten: Sonntagsarbeit soll folgen. Bild: Endmontage bei BMW

zu welchen Bedingungen das möglich ist. Geht es nur mit vermehrter Wochenendarbeit, dann können wir nicht einfach nein sagen. Allerdings verlangen wir verbindliche Verträge, per Handschlag ist so etwas nicht zu regeln. Die Gegenleistung für Wochenendarbeit muß sein: mehr Arbeitsplätze, Absicherung der Rechte der Arbeitnehmer, Regelung von Zulagen, Freizeiten und Arbeitsbedingungen ...“

Rappes Äußerungen als Gewerkschaftsvorsitzender in einem Land mit Rekord-Exportüberschüssen sind bedrohlich. Arbeitgeberpräsident Murmann sieht darin einen „wohltuenden Schuß Realismus“. BDI-Präsident Necker hält eine Zunahme der Sonntagsarbeit für wünschenswert, damit teure Ar-

Bericht zum Jugendarbeitsschutz

Seit Anfang Dezember liegt ein „Bericht der Bundesregierung über die bisherigen Erfahrungen mit der Durchführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes“ vor. Wesentliche Erkenntnis des Bundesministeriums für Arbeit: „Jugendarbeitsschutz (ist) praktikabler und effektiver geworden“. Der Bericht umfaßt den Zeitraum 1976 bis 1986, beinhaltet „Erkenntnisse“ über die Gesetzesänderung von 1984, die als objektive Daten gewürdigt werden. „Die durch das Änderungsgesetz von 1984 eingeführte Tariföfnungsklausel ... gibt ... die Befugnis, Abweichungen von den starren Regelungen der ... 5-Tage-Woche, der Ruhepausen, der Schichtzeiten, der Samstagsruhe ... zu vereinbaren.“ Dies ist auch

weitestgehend ausgeschöpft worden, sonst wären die statistischen Zahlen wegen Verstößen gegen den Jugendarbeitsschutz offiziell nicht derart rückläufig: 1977 lagen 33 979 Beanstandungen gegen betriebliche Vergehen vor, 1984 nur noch 21 521 und 1986 gar 17 220. Davon wurden 1977 immerhin 27 866 als Verstöße geahndet, 1986 nur 8 850! Die Verschlechterungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes verhelfen zu einer geschönten Statistik, die z.B. Arbeitszeit- und Pausenverstöße nicht mehr in voller Bandbreite berücksichtigen muß. „Vor der Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes im Jahre 1984 wurde in den Betrieben über erhebliche Schwierigkeiten ... geklagt, heute kaum noch.“ BT-Ds 11/3404 — (mal)

GEW gegen Verfolgung in der Türkei

Die Landesdelegiertenversammlung berufliche Schulen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Baden-Württemberg verabschiedete auf ihrer Konferenz am 16.11.1988 in Karlsruhe bei 50 anwesenden Delegierten eine „Solidaritätserklärung mit den hungerstreikenden Kurden in Freiburg“. Unmittelbarer Anlaß war ein seit dem 7. November 1988 andauernder Solidaritätshungerstreik von Kurden, der das Ziel verfolgte, die Forderun-

gen der politischen Gefangenen in der Türkei und in Kurdistan nach Anerkennung der kurdischen Gefangenen als Kriegsgefangene gemäß der III. Genfer Konvention sowie nach menschlicheren Haftbedingungen zu unterstützen:

„Die Landesdelegiertenversammlung der Fachgruppen berufliche Schulen der GEW-Baden-Württemberg erklärt sich mit den dreizehn in Freiburg im Hungerstreik befindlichen Kurden solidarisch.

Wir verurteilen alle Maßnahmen der türkischen Regierung, die kurdische Bevölkerung in der Türkei in ihren Rechten zu unterdrücken. Wir verurteilen vor allem die Militäraktionen gegen die türkische Zivilbevölkerung, das Verbot der Verwendung der kurdischen Sprache und die Gefangensetzung, Verfolgung und Folterung von politischen Gegnern der türkischen Regierung.

Wir fordern die türkische Regierung auf, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die türkische Bevölkerung einzustellen, alle politischen Gefangenen freizulassen, die Folterungen zu beenden und den Erlaß vom 1. August 1988, der grundsätzliche Rechte von Gefängnisinsassen einschränken soll, zurückzunehmen.“

Quelle: Lehrerzeitung der GEW Ba-Wü, Nr. 23/241988, S. 566) — (zem)

Reaktionäre Kampagne gegen „Die Brücke“

Der Verleger Frey führt schon länger eine öffentliche Kampagne gegen den Verein „Die Brücke“. Ziel ist die Vernichtung der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift „Die Brücke — Nachrichten, Meinungen, Kultur für Gleichberechtigung und Völkerverständigung“, in der Artikel, Gedichte etc. vieler BRD-Bewohner ohne deutsche Staatsangehörigkeit erscheinen. Die Faschisten haben den Verein als Förderer einer „multikulturellen Gesellschaft“ ausgemacht und möchten ihn „ausmerzen“. Die „National-Zeitung“ hetzt am 21. Oktober 1988 auf der Titelseite erneut gegen „Die Brücke“ („Ausländer-Kampfzeitschrift“) und veröffentlicht wieder die Namen der Redaktion („Diesen Leuten sitzt nun der Angstschweiß ... im Genick ...“). Neben der Einschüchterung verfolgen die Faschisten mit ihrer Kampagne die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für den Verein. Obwohl auch im Finanzamt bekannt sein müßte, daß es sich um eine faschistisch-gesteuerte Kampagne handelt, wird dieses tätig. „Die Brücke“ (Nr. 45): „Am 13. September luden die Zuständigsten des Saarbrücker Finanzamtes Vertreter des Vereins zu einem Gespräch ein, da die Anerkennung der Ge-

meinnützigkeit des Vereins DIE BRÜCKE e.V. infragegestellt sei. In dem Gespräch, das am 14. September stattfand, bezogen sie sich auf eine Flut von Beschwerdebriefen ... zum Teil zusammen mit Flugblättern des Schutzbundes für das deutsche Volk e.V. (eines Vereins, der auf Grundlage des ‚Heidelberger Manifests‘ 1982 ins Leben gerufen wurde) ... bei aller Sympathie seien sie gezwungen, dem Verein DIE BRÜCKE e.V., Herausgeber der Zeitschrift DIE BRÜCKE, die Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu entziehen, falls beim Studium der Texte in den diesjährigen Ausgaben eine verfassungswidrige Tendenz festgestellt werde.“ „Die Brücke“ (Nr. 46) berichtet, daß das Finanzamt seine Drohungen bisher nicht wahr gemacht habe. Eine Bestätigung, daß die Aberkennung nicht mehr erwogen wird, ist dem Verein nicht zugegangen. — (VF/ard, mal)

Hungerstreik in der JVA-Straubing

Wie jetzt bekannt wurde, fand vom 5.12.88 bis zum 12.12.88 ein einwöchiger Hungerstreik von 15 Gefangenen in der JVA-Straubing statt, aus Solidarität mit dem gleichzeitig laufenden Hungerstreik in der Türkei und Türkei/Kurdistan. Unter dem Motto „Die Menschenwürde wird die Folter besiegen“ beteiligten sich türkische und deutsche Gefangene, unter ihnen auch Rolf Heissler, Gefangener aus der RAF. In einer Erklärung begründen die Gefangenen ihre Aktion und fordern:

„— Wir fordern die türkische Regierung auf, alle Forderungen der streikenden Häftlinge, insbesondere die nach Tragen von ziviler Kleidung anzuerkennen ... die Genfer Konvention zu respektieren und alle anderen Gesetze, die die Menschenrechte betreffen! ...“

— Wir verurteilen jede Form der Folter, die das türkische Regime anwendet, insbesondere die Isolationsfolter!

— Wir verurteilen das türkische Regime und seine Handlanger für die grausame Behandlung und die Gewaltanwendung ...“ — (sth)



Mehrere hundert Antifaschisten demonstrierten Ende Dezember in Fulda gegen die alljährliche Silvesterprovokation der neofaschistischen Wiking-Jugend in Fulda. Mit Parolen wie „Die Mauer muß weg“ und „Zum Teufel mit der 45er Demarkationslinie“ rief die Wiking-Jugend zur Beseitigung der DDR auf. Ein Mahnfeuer nahe der DDR-Grenze war vom Landrat wegen zu später Anmeldung verboten worden. SPD, Grüne, DKP, DGB, VVN/BdA, SDAJ und andere hatten zu der Gegenkundgebung aufgerufen. Bild: Demonstration in Düsseldorf, 30.1.88. — (rül)

Aktuell in Bonn

„Hormonkrieg“ mit den USA

Seit dem 1.1. verbietet die EG die Einfuhr von Fleisch, das mit bestimmten Wachstumshormonen behandelt ist. Fleischlieferanten der EG sind so gezwungen, auf andere Hormone umzustellen. Dem wollen die USA nicht folgen, so daß nun US-Fleischlieferungen in die EG zum Preis von angeblich 100 Mio. Dollar bedroht sind. Die US-Regierung hat Strafzölle für EG-Agrarexporte angedroht. CDU-MdB Kittelmann warnte die Regierung vor „Paukenschlägen“. FDP-Graf Lambsdorff riet auch zur Vorsicht. Da noch nicht einmal die Weltgesundheitsorganisation die von der EG-Kommission verbotenen Hormone als gesundheitsschädlich einstuft, könnte die EG bei einer US-Klage vor dem GATT schnell verlieren. Der BDI erklärte, ein „Kompromiß bei der Agrarpolitik“ sei nötig. Also eine Einigung zulasten der Bauern in EG und USA.

Bauern: Einkommen gefallen

Um 14 Prozent sind die Einkommen der Bauern im Wirtschaftsjahr 1987/88 gefallen. Diese Durchschnittszahl, die die Einkommensentwicklung der selbstarbeitenden Bauern mit der großen kapitalistischen Höfe zusammenwirft und deshalb die Entwicklung bei den kleineren Bauern noch stark beschönigt, hat der Bauernverband veröffentlicht. Seit den Siebziger Jahren habe sich die Lage der Bauern ständig verschlechtert. Noch nie seien die Unterschiede zwischen den bäuerlichen Einkommen und den Fach-

arbeiterlöhnen so groß wie jetzt gewesen.

Ramstein: Menschliches Versagen

Drei Tage vor der Wiederaufnahme der militärischen Tiefflüge legte am 30. Dezember eine Untersuchungskommission der US-Luftwaffe ihr Ergebnis über die Ursachen des Ramstein-Unglücks im August vergangenen Jahres vor. Das Unglück, bei dem 70 Menschen starben und mehrere hundert Zuschauer verletzt wurden, sei „durch menschliches Versagen“ eines der italienischen Kunstflieger verursacht worden. Versagen an höherer Stelle, bei Befehlsgabe und Veranstaltern der Vorführung, fand die Kommission nicht.

Zevis: 12% mehr Daten

Um 12% sind im letzten Jahr laut Jahresbericht des Kraftfahrtbundesamtes die Eintragungen im Flensburger Zevis-Register gestiegen. Inzwischen sind 4,5 Mio. sogenannte „Verkehrssünder“ in Flensburg registriert. Insgesamt 26 Mio. Auskünfte hat Zevis im letzten Jahr erteilt, 5 Millionen davon über Datenleitung, d.h. zumeist für polizeiliche Fahndungen. Im Notstandsfall dient die Flensburger Datei auch für Zwangsrequisitionen von Fahrzeugen.

BKA u.a. zu Lockerbie

Am 30.12. berieten „Fachleute aus Bund und Ländern“ im Bundesinnenministerium über den Absturz der Boeing 747 in Schottland. Hinterher hieß es, die vordidlichen Flugkontrollen würden noch mal verstärkt. Ansonsten will man die Fahndung gegenüber Palästinensern ausdehnen. Obwohl Verdächtigungen in

dieser Richtung — zumal bei der sowie sehr zweifelhaften Behauptung, ein Bombenanschlag sei die Absturzursache — bislang nur vom israelischen Geheimdienst Mossad vorliegen, verkündete ein Sprecher des BKA, man verfolge „diese Sache mit großer Aufmerksamkeit“. Die Generalbundesanwaltschaft ergänzte, man schließe „Zusammenhänge“ zwischen dem Absturz auf Lockerbie und Palästinensergruppen nicht aus. Die „Terroristenjagd“ ist eröffnet. Beweise: Keine Verfolgungsinteressen: Starke!

EG-Kodex: Alles bestens

In der „Achten Zusammenfassung der Berichte von in Südafrika engagierten Unternehmen über die Anwendung des EG-Kodex“ zeigt sich die Bundesregierung besorgt über die inzwischen negative Ein-/ und Auswandererbilanz der Republik Südafrika, die zu einer zunehmenden Abwanderung qualifizierter Fachkräfte führe. Die Bilanz umfaßt nur als Weiße Eingestufte. Das als erfreulich bezeichnete Verhältnis zwischen BRD-Kapitalisten und Schwarzen charakterisiert der Bericht z.B. damit: Bei Streiks handelten die Unternehmen nach dem Grundsatz „Keine Arbeit — kein Lohn“.

RSA: BRD größter Importeur

Die BRD ist zum wichtigsten Ausstatter der Rassistenrepublik emporgestiegen. Westdeutsche Unternehmen steigerten ihre Exporte, vorwiegend Maschinen und Maschinenteile sowie Halbfertigprodukte für die industrielle Fertigung (Motoren, Autoteile etc.) 1987 um über 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr, und auch für 1988 zeichnet sich nach Angaben der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer eine ähnliche Steigerungsrate ab. 1987 betrug der Wert der Exporte 2,55 Mrd. US-Dollar, das an 2. Stelle liegende Japan exportierte für 1,88 Mrd. Dollar. Bei den südafrikanischen Exporten (ohne Gold), liegt die BRD an vierter Stelle nach Japan, Italien und den USA.

Was kommt demnächst?

Am 19.1. berät der Bundestag u.a. über eine große Anfrage der Regierungsparteien zur Vollendung des EG-Binnenmarktes. Auf der Tagesordnung stehen weiter: Anträge der SPD auf Einsetzung einer Wehrstrukturkommission und zur Dauer von Grundwehrdienst- und Zivildienstzeit, ein Antrag der Grünen auf Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 12 Monate sowie ein Antrag der Grünen auf Einführung von Namensschildern für Polizeibeamte. Am 20.1. soll der Gesetzentwurf der Regierung „zur Förderung der Einstellung der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft“ verabschiedet werden sowie über den Schutz tropischer Regenwälder beraten werden. Am gleichen Tag trifft der polnische Premier Rakowski zum Besuch in Bonn ein. Am 29.1. finden in Westberlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt.



In Bramsche bei Osnabrück hat die Bundeswehr in einer geräumten Kaserne Platz für rund 1000 „Aussiedler“ geschaffen. In der Caprivi-Kaserne in Osnabrück sollen auf Beschuß des Bundeskabinetts zusätzlich 500 Betten aufgestellt werden. Alle Wehrbereichsverwaltungen sind aufgerufen, mit Betten, Schränken usw. auszuholen. So lernen Soldaten hautnah das „deutsche Volk“ im Osten kennen, dessen Freiheit sie noch herzustellen haben, während junge Aussiedler sich gleich mit ihrem künftigen Dienst bekanntmachen können. Fürwahr eine „Zukunftsinvestition“! (Bulletin der Bundesregierung, 28.12.88)

Rationalisierung

Vorhaben der Kapitalisten, die Konkurrenz unter den Arbeitern europaweit zu schüren

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) argumentiert in seinem Bericht 1986–88 ähnlich wie verschiedene Kapitalistenverbände und einzelne Konzerne und Kapitalisten im Hinblick auf die Durchsetzung des EG-Binnenmarktes bereits vorher: Obwohl die Kapitalisten einen einheitlichen EG-Markt für Waren- und Kapitalverkehr verlangen, d.h. durchaus davon ausgehen, daß sie ihre künftigen Produktionsstätten noch ungehemmt in anderen europäischen Staaten errichten können, verlangen sie bessere Bedingungen für den „Standort Bundesrepublik“. „Entscheidende Aufgabe“ für die „Revitalisierung des Standorts Bundesrepublik“ bleibe, so der BDI, „die Deregulierung verstärkt voranzutreiben, um Marktkräfte freizusetzen“ und „den Abbau von Beschäftigungshemmissen beherzt voranzutreiben. Mittel hierzu sind insbesondere mehr flexible

Arbeitszeitregelungen sowie Lockerungen beim Kündigungsschutz, beim Sozialplan und beim Sozialrecht.“ Die westdeutschen Kapitalisten wollen ihre führende Position in der europäischen Konkurrenz erhalten. Sie rationalisieren die Produktion und sie wollen ihre Anforderungen nach Arbeitszeit, Arbeitsleistung, Lohn gegen die Lohnabhängigen durchsetzen. Dabei versuchen sie, die Arbeiter der europäischen Staaten gegeneinander auszuspielen. Der DGB hat am 14./15. Dezember 1988 eine Fachtagung durchgeführt, die sich insbesondere mit den Rationalisierungsstrategien und den damit verbundenen Flexibilisierungsbestrebungen befaßte. Wir dokumentieren im folgenden einen Bericht über dieses Seminar, der den „Nachrichten Stahl- und Metallindustrie“, Nr. 1/88, entnommen ist. — (uld)

Arbeiter in Konfrontation mit Logistik und Deregulierungspolitik

Seit Ende der 70er Jahre stellten westdeutsche Konzerne Überlegungen an, deren Zielrichtung das war, was heute mit Logistik oder genauer gesagt mit logistischer Optimierung bezeichnet wird. Vorreiter war dabei die Automobilindustrie, die feststellte, daß ein entscheidender Konkurrenzvorteil japanischer Automobilproduzenten nicht die vermeintlich geringeren Lohnkosten und auch nicht ein höheres Niveau der Fertigungstechnologie ist, sondern eine grundsätzlich verschiedene Art der Produktions- und Materialsteuerung, die in weiten Bereichen ohne jegliche Lagerhaltung auskommt.

Das japanische „Kanban“-System funktioniert nach dem Prinzip einer verbrauchsgesteuerten Produktion. Man könnte auch sagen, dies ist die Umsetzung einer angebotsorientierten Wirtschaft bis an den letzten Arbeitsplatz. Die verbrauchende Stelle „entnimmt“ ihren Bedarf bei der produzierenden (anbietenden) Stelle. Diese „Entnahme“ löst bei der produzierenden Stelle wiederum den Prozeß zur Auffüllung ihres Angebots aus.

Bei Bosch in der Elektrowerkzeugfertigung, wo früher ein Erzeugnis von der Teilefertigung bis zum Montagebereich ungefähr vier Wochen unterwegs war, wurde mit logistischen Optimierungen die Durchlaufzeit auf eine Woche reduziert. Begonnen wurde dabei mit einem einfachen Kanban-System, nämlich dem „Zwei-Behälter-Prinzip“: An jedem Arbeitsplatz, in Teilefertigung, Motorenfertigung oder Montage, standen nur zwei Behältnisse. Ein Behältnis aus dem abgearbeitet wurde und ein Behältnis in Reserve. Wenn der eine Behälter abgearbeitet war, haben Produktionsversorger diesen leeren Behälter abgezo-

gen und durch einen neuen ersetzt. Bevor dieses System eingeführt wurde, war die ganze Fertigung mit Behältnissen und Teilen vollgestellt.

Inzwischen hat die logistische Optimierung ganz andere Dimensionen angenommen. In der Automobilindustrie haben die in den letzten Jahren vollzogenen massiven Fertigungsinnovationen im Ergebnis dazu geführt, daß sich Rationalisierungspotentiale erschöpfen oder jedenfalls nur noch um den Preis überdimensionierter Investitionen verwirklichen lassen. Dem gegenüber stehen Einsparungspotentiale bei der logistischen Optimierung, die sich mit sehr viel geringerem finanziellen Aufwand aktivieren lassen und die folglich unter Profitgesichtspunkten ökonomisch zwingend werden.

Für die Bundesrepublik wird der Gesamtwert der Waren, die in Transport-, Umschlag- und Lagerprozessen gebunden sind, auf 350 bis 450 Mrd. DM geschätzt. Dieses aus der Sicht der Profitproduktion „tote Kapital“ wirft nicht nur keine Zinsen ab, sondern verursacht meist auch noch Kosten. In der Summe ist die Rede von „Logistik-Kosten“, die sich im Durchschnitt der Industrie auf 20 Prozent vom Umsatz belaufen. Die Einsparungsmöglichkeiten gemessen an den gesamten Logistikkosten werden auf 50 Prozent geschätzt.

Logistikkonzepte reichen heute weit über die Optimierung und Rationalisierung einzelner Produktionsabschnitte hinaus. Sie sind ausgerichtet auf den gesamten betrieblichen Ablauf aber auch auf zwischen- und überbetrieblichen Beziehungen, insbesondere den Einbezug der Zulieferer. Schon vor Jahren hatten in der Bundesrepublik mindestens 100 große Industriekonzerne mit umfangreichen Versuchen zur Optimierung der logistischen Ketten begonnen. Während

herkömmliche Rationalisierungsstrategien Teiloptimierungen einzelner Abteilungen oder Fertigungsschritte zum Inhalt hatten, zielen logistische Kalküle auf eine Gesamtoptimierung der logistischen Kette (Beschaffung—Produktion—Distribution) unter Einschluß von Lieferanten und Abnehmern, kurz auf die unter Profitgesichtspunkten optimale Steuerung sämtlicher Material- und Warenbewegungen. In der Industriesoziologie hat sich deshalb der Begriff „systemische Rationalisierung“ durchgesetzt.

Da logistische Konzepte betriebs- und branchenübergreifend ansetzen, ist ihnen mit den herkömmlichen Mitteln der betrieblichen Interessenvertretung kaum zu begegnen. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsverfassungsgesetzes orientieren sich am „Normalunternehmen“, sie gehen ins Leere, wo Entscheidungen außerhalb des Betriebes fallen und die eigentlich entscheidenden Personen der betrieblichen Einflußnahme entzogen sind. Die Arbeitsgruppen der DGB-Fachtagung entwickelten deshalb die Forderung nach einer stärkeren betriebs-, unternehmens- und branchenübergreifenden Information und Kooperation. Die Schaffung von Betriebsräteinformationssystemen entlang logistischer Ketten und die Einrichtung von „Logistik-Zirkeln“ wurden als konkrete gewerkschaftliche Handlungsfelder aufgezeigt.

In den Arbeitsgruppenergebnissen der DGB-Fachtagung wurde herausgestellt, daß Logistikkonzepte und Deregulierungspolitik unmittelbar im Zusammenhang stehen. Logistische Optimierungen üben einen direkten Zwang zur Deregulierung und Flexibilisierung aus. Feste tägliche Arbeitszeiten und zumindest kurzfristig fixe Belegschaften widersprechen den Prinzipien logistischer Systeme.



Insbesondere die Automobilkapitalisten haben die Lagerhaltung reduziert und zwingen die Zulieferer zu Produktion auf Abruf.

„Deregulierung des Arbeitsrechts läßt sich definieren als Rückführung auf Prinzipien des allgemeinen Zivilrechts: Alle Marktteilnehmer werden (ideell) gleichbehandelt, Schutzvorschriften für wirtschaftlich Schwache sind nicht vorgesehen. Streik ist grundsätzlich eine unerlaubte Handlung, die den Bestreikten zum Schadensersatz berechtigt.“

Die Ausmaße der Flexibilisierungs- und Deregulierungspolitik zeigen folgende Zahlen: Etwa jede/r Dritte arbeitet regelmäßig am Wochenende. Das sind rund 4,8 Mio. Beschäftigte. In den letzten 10 Jahren hat diese Zahl um 120 Prozent zugenommen. Mit der Wochenendarbeit steht die Bundesrepublik nach den Niederlanden an 2. Stelle. Etwa die gleiche Anzahl Beschäftigter leistet regelmäßig Überstunden und mehr als jede/r Siebente arbeitet bereits in Schicht bzw. Nacharbeit.

Insgesamt arbeiten zur Zeit nur noch 27 Prozent aller Beschäftigten unter Bedingungen der Normalarbeitszeit, das heißt,

- mit einer Regelarbeitszeit von 35–40 Stunden,
- an den Tagen Montag bis Freitag,
- tagsüber,
- Arbeitszeitlage nicht variabel.

Nur noch 80 Prozent der abhängig Beschäftigten haben eine unbefristete Vollzeitstelle. Bei den Frauen sind es sogar nur noch 62,4 Prozent. Insgesamt 10 Prozent der abhängig Beschäftigten bzw. 2 Mio. Menschen befinden sich in ungeschützten Arbeitsverhältnissen.

Die Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes auf die Befristung von Arbeitsverhältnissen zeigen folgende Zahlen: Gab es im Juni 1984 887000 befristet Beschäftigte, so waren

es im Sommer 1986 bereits gut 1,6 Mio. und im Herbst 1986 bereits 1,8 Mio. Menschen, die nur vorübergehend Arbeit fanden. Nicht selten sind mit der Befristung weitere Formen der Flexibilisierung verbunden. Von 100 befristet Beschäftigten haben rund 16 Prozent eine Teilzeitarbeit. 10 Prozent der Teilzeitbeschäftigte leisten Arbeit auf Abruf. Nach einer Umfrage der Arbeitgeberverbände erfolgt inzwischen jede zweite Neueinstellung nur befristet. Nur 25 Prozent der befristet Eingestellten werden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Rund 1 Mio. Frauen arbeiten nahe am oder im nicht sozialversicherungspflichtigen Geringfügigkeitsbereich, davon im Einzelhandel allein über 300000.

Es expandieren die neuen Formen der Scheinselbstständigkeit, schwerpunktäßig im Funktionsbereich „Fuhrpark“.

Etwa 160000 sind in Heimarbeit tätig. Die Zahl der legalen Leiharbeit stieg 1987 um rund 10 Prozent.

Die Zahl der illegal Beschäftigten wird auf mindestens 500000 geschätzt.

Beispiel Automobil- und Zulieferindustrie

Die Analyse der logistischen Kette Versorgung—Produktion—Distribution hat bei VW inzwischen soweit geführt, daß im neuen Werk in Emden der gesamte Versorgungsbereich in die Verantwortung eines Speditionsunternehmens ausgelagert wurde. Die Speditionsbeschäftigte bringen die konfektionierten Karosseriebleche bis an den Produktionsbereich und bestücken die fahrerlosen Transportsysteme (FTS). Der eigentliche Produktionsbereich läuft nahezu vollautomatisch in sogenannten

Schweißwaben. Bis auf einige Instandhaltungsmechaniker hat VW in diesem Bereich keine Beschäftigten mehr.

Kostenvergleiche zwischen den Alternativen Eigenproduktion oder Zukauf haben in der Automobilindustrie schon seit Jahren zu der Erkenntnis geführt, daß immer mehr Komponenten durch Zulieferer billiger gefertigt werden können, vorwiegend wenn es sich um einfache Teile mit geringem Fertigungs-Know-How und hoher Personalintensität handelt. Die Fertigungslöhne sind bei den Zulieferern um bis zu 20 Prozent niedriger als in der Automobilindustrie. Hinzu kommt, daß im Zuge der weltweiten Beschaffung (global sourcing) weltweit Angebote eingeholt und verglichen werden. So können Zulieferer gezielt gegeneinander ausgespielt werden. Das schlägt sich unter anderem in Lieferverträgen nieder, bei denen gleich jährliche (!) Preissenkungen für die Zuliefererprodukte mitvereinbart werden.

Das Handelsblatt veröffentlichte im September 1988 Zahlen, wonach bis 1990 jährlich 5,5 Prozent mehr Aufträge an ausländische Zulieferer gehen, danach bis 1995 sollen jährlich sogar 7 Prozent mehr Zulieferteile im Ausland beschafft werden.

Die geplante Konkurrenz zwischen verschiedenen Werken ist momentan Thema in fast allen europäischen Auto-konzernen. VW hat bei seinem neuen SEAT-Werk in Spanien das erste Mal die Drei-Schicht-Fertigung in der Automobilindustrie durchgesetzt. Alle 2000 Beschäftigten haben befristete Arbeitsverträge, und diese 2000 wurden ausgesucht unter insgesamt 12000, die in Probearbeitsverhältnissen durch den Betrieb geschleust worden sind. – (maw)

Abschluß Arbeitszeit

Wenig Schutz für Bankangestellte

Mit einer achtmonatigen Nullrunde und erheblichen Flexibilisierungsnachteilen wurde beim Gehaltstarifabschluß im April 88 für die Angestellten des privaten Bankgewerbes eine Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung erkauft. Der Verlauf der im Herbst aufgenommenen Verhandlungen über die Umsetzung der 39-Stunden-Woche ließ befürchten, daß das offiziell gewerkschaftlich gesteckte Ziel, die Flexibilisierungsmöglichkeiten des gültigen Manteltarifvertrages hinsichtlich der Arbeitszeit einzuschränken, nicht im geringsten erreicht würde.

Am 16.12.88 schließlich wurde abgeschlossen — mit einem Ergebnis wie in anderen Branchen auch: Das wesentliche wird den Betriebsräten überlassen, sofern es welche gibt. Arbeitszeitverkürzung kann in jeder Form umgesetzt werden:

- Sie kann mit der Gleitzeit verrechnet werden.
- Es können Blockfreizeiten in unterschiedlicher Länge vereinbart werden.
- Mit Zustimmung des Betriebsrates kann die tägliche Arbeitszeit um zwölf Minuten verkürzt und auch die Pausen entsprechend verlängert werden.
- Für Schichtarbeiter gibt es Freischichten.

Eine einheitliche für alle Banken verbindliche Tarifregelung ist damit nicht erreicht worden. Stattdessen: Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsgeschwindigkeit, sofern die Angleichung an die betrieblichen Belange nicht so perfekt funktioniert, daß schließlich im Schnitt eine Stunde weniger pro Woche kompensiert werden kann. Es ist auf alle Fälle eine weitere Verdichtung des Arbeitstages herausgekommen. Schranken, auf die sich die Betriebs-/ Personalräte stützen können, sind gar nicht oder nur in geringer Zahl vorhanden:

- Hinsichtlich Gleitzeit sind keine zahlenmäßig faßbaren Grenzen vereinbart: Verrechnungszeitraum, zulässiges Zeitguthaben, Rahmenarbeitszeit sind nicht definiert, damit beliebig ausbaufähig.
- Das Höchstmaß an Mehrarbeit pro Woche ist nur geringfügig von 54 auf 50 Stunden verkleinert worden. Mehrarbeit bei Gleitzeit ist neuerdings zwar abgegrenzt (die Zeit, die das zulässige Zeitguthaben überschreitet, wenn sie genehmigt ist), aber da weitere Schranken fehlen, bleibt letztlich wenig Schutz gegen die Ausdehnung des Arbeitstages.
- Die 39 Stunden sind nur ein Richtwert über acht Wochen, dabei können die Banken alle oder einzelne bis zu 42 Stunden pro Woche arbeiten lassen, sofern nicht sowieso mit Gleitzeit gearbeitet wird.
- Die Mittagspause wird auf eine Stun-

de maximal begrenzt.

- Teilzeitarbeit ist nach wie vor unge regelt.

Dies alles, was an den Zielen der Tarifkommission Banken gemessen doch viel zu wenig ist, ist dem Arbeitgeber verband der Volksbanken und Raiffeisenbanken noch zu viel. Sie wollen den neuen Tarifvertrag nicht unterschreiben, da sie die Mittagspause auf bis zu zwei Stunden ausdehnen wollen. Sie wollen ohne geringste Behinderungen die Arbeitszeit ihren geschäftlichen „Erforder nissen“ anpassen. Vor dem Hintergrund, daß alle Banken offensiv dabei sind, ihre Betriebszeiten zu verlängern, wirkt dieser Abschluß besonders bedrohlich: Neben Lohnsenkung in 1989 flexible Arbeitszeiten bei höherem Leistungsdruck. — (mod)

Versicherungen

Anweisungen zur Diskriminierung

Die Sonderbehandlung, die ausländische Versicherungsteilnehmer hier erfahren, wird in „Bearbeitungsrichtlinien für Ausländerrisiken in der Kraftfahrtversi



cherung“ offen rassistisch von den Versicherungskonzernen an ihre Mitarbeiter geleitet.

Als „Ausländerrisiken“ gelten „PKW-Halter in allen Arten der Kraftfahrtversicherung, die Angehörige der Nationen Griechenland, Jugoslawien, Türkei sowie aller nichteuropäischen Nationen (außer USA und Kanada) sind.“ Erweitert wurden diese Richtlinien 1988 für „unerwünschte Antragsteller“ auf Menschen aus dem Irak, Libanon, Syrien, Ghana und Nigeria. Begründet wird dies von den Versicherungskonzernen folgendermaßen:

„— Die Fahrzeuge werden häufig intensiver benutzt, weil nicht selten mehrere ausländische Arbeitnehmer gemeinsam ein Fahrzeug halten. — Die Fahrzeuge werden auch deshalb intensiver benutzt, weil ein Teil der ausländischen Arbeitnehmer, zum Teil mehrmals im

Jahr, lange Familienheimfahrten antritt.

— Während der Familienheimfahrten, insbesondere in die Balkanländer und in die Türkei, besteht ein höheres Unfallrisiko aufgrund von Übermüdung und Überladung. — Auch bei Fahrten in der Bundesrepublik ist das Unfallrisiko erhöht, weil viele Ausländer mit den Verkehrs vorschriften in der Bundesrepublik nur mangelhaft vertraut sind.“

Auch auf Versicherungsebene zeigt sich hier geschrägter „Fremden“-hass, das Weg- und Abschieben von Ausländern und Flüchtlingen.

Damit die Anwendung dieser Richtlinien auch garantiert von den Versicherungsgesellschaften befolgt wird, wurden Provisionszahlungen bei Vertragsabschlüssen mit Ausländern gestrichen. Diejenigen Versicherungsangestellten, die diesen geforderten Rassismus nicht bereitwillig anwenden, müssen mit Abmahnungen rechnen, wenn die Zahl der Vertragsabschlüsse mit Ausländern nicht gesenkt wird.

Kein Einzelfall, daß ein türkischer Fahrzeughalter bei den meisten Versicherungsgesellschaften noch nicht einmal eine Doppelkarte erhält.

Aber es läßt sich auch gut verdienen: Entweder wandert ein Hundertmarkschein direkt in die Tasche des Versicherungsgesellen oder die Ausländer werden genötigt, zusätzliche Versicherungen abzuschließen (Lebens-, Haftpflicht-, Hausratsversicherung u.ä.), um die benötigte Doppelkarte zu erhalten.

alle Zitate aus: Bearbeitungsrichtlinien für Ausländerrisiken in der Kraftfahrtversicherung und Provisionsneuregelung — (antifa-ak Heilbronn)

Generalbundesanwalt

Rebmann will noch mehr unterdrücken

Ende Dezember legte der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Rebmann, seinen Halbjahresbericht vor. Auf der Konferenz erklärte er zum ersten Mal ganz offen, daß die Polizeikontrollstellen, bei denen willkürlich viele Leute im ganzen Bundesgebiet über mehrere Monate hinweg kontrolliert wurden, wegen des EG-Gipfels vom Juni in Hannover und der IWF-Tagung vom September in Westberlin errichtet wurden. Von der Entscheidung des Bundesgerichtshofes, daß diese Kontrollstellen nicht rechtens waren, zeigte sich Rebmann unbeeindruckt: Er will die Kontrollen zeitlich und örtlich begrenzen, „wenn dies nach Sachlage möglich ist“. (1)

Rebmann erweitert Stück um Stück seinen Machtbereich. Jetzt kündigte er die Errichtung eines Strafverfahrensregisters an. Daten sollen nicht mehr nach Abschluß des Verfahrens im Bundeszentralregister gemeldet werden, sondern bereits zu Beginn eines Ermittlungsver

fahrens der einzelnen Staatsanwaltschaften, die unter Länderaufsicht stehen, zentralisiert werden. Rebmann will den Zugriff auf die Landesstaatsanwaltschaften haben, koordinieren und offen intervenieren. Mit der Einrichtung kann er noch mehr Daten erfassen, abgleichen und noch mehr Verfahren an sich ziehen. Das Strafverfahrensregister unterstützt die Anwendung des neuen Demonstrationsrechts. Sofort ist ersichtlich, ob gegen einen Demonstranten aus Norddeutschland, der in Stuttgart festgenommen wurde, bereits in Hamburg ein Ermittlungsverfahren vorliegt. Rebmann teilte auf der Pressekonferenz mit, daß die Justizminister und -senatoren mit der Einrichtung einverstanden seien.

Im Mittelpunkt seines Halbjahresberichtes stellte Rebmann die Verfolgung palästinensischer und kurdischer Organisationen. Gegen 16 Kurden bereitet Rebmann einen großen Prozeß in Düsseldorf vor. (2) Er teilte mit, daß er jetzt in ei-

nem zweiten Verfahren gegen Kurden in der BRD wegen „Verdachts der Mitgliedschaft in bzw. der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Zusammenhang mit Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und andere Straftaten“ ermittelt. Das Verfahren richtet sich gegen sechs Kurden sowie „weitere 16 namentlich bekannte türkische Staatsangehörige kurdischer Nationalität“. Von den sechs Kurden wurden bereits zwei verhaftet. Gegen welche weiteren Kurden und warum gegen sie ermittelt wird, dazu machte Rebmann keine Angaben. Durch eine solche Politik stehen die Kurden in der BRD mittlerweile in einem ständigen Ausnahmestand. Razzien, Festnahmen und Abschiebungen werden zum Normalzustand. Und wenn Rebmann mitteilt, daß er sich „große Sorgen“ mache, weil die BRD eine sehr liberale Asyl- und Ausländerpolitik habe, ist dies eine Ankündigung für weitere Unterdrückungsmaß-

nahmen. So teilte Rebmann auf der Pressekonferenz auch mit, daß er in sogenannten „Terroristenprozessen“ in Zukunft die Zeugen durch eine spanische Wand verdeckt vernehmen lassen will und/oder die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll. (3)

Die Politik Rebmanns ist offen reaktionär. Im Lager der CDU/CSU und im Prinzip auch bei der FDP findet er offene Unterstützung, die darauf schließen läßt, daß er seinen Kurs auch weiter verschärfen kann. In der Bundestagsdebatte über die Menschenrechte in der Türkei erklärte der Abgeordnete Schwarz (CDU/CSU): „An die Adresse der Linken im Hause sage ich: Ich halte es für richtig und wichtig, daß wir der Türkei Polizeihilfe geben.“ (4)

Quellenhinweis: (1) Frankfurter Rundschau, 16.12.88; (2) Pressemitteilung des Generalbundesanwalt vom 15.12.88; (3) Kölner Stadt-Anzeiger, 16.12.88; (4) Kurdistan-Rundbrief 1/89, zu beziehen über GNN-Verlag, Köln. — (jöd)

Bundeswehr

Scholz profiliert sich als „Inhaber der Befehlsgewalt“

Man könnte meinen, der öffentliche Druck auf Verteidigungsminister Scholz werde ihn bald erledigen angesichts der Auseinandersetzungen über die Flugzeugabstürze in Ramstein und Remscheid, über die Notwendigkeit der Wehrdienstverlängerung und über bekanntgewordene Differenzen im Ministerium und in der Armeeführung. Scholz aber weiß: Er ist „Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt“, und als solcher setzt er unbeirrt alles durch, was dem Ziel höchstmöglicher Kriegsfähigkeit der Bundeswehr dient. Moltke wurde auch nicht geliebt und bescherte dem preußisch-deutschen Imperialismus

dennoch ein paar feine Siege.

Nach dem Absturz des US-Kampfflugzeuges „Thunderbolt“ in Remscheid war Scholz in den Medien gescholten worden, weil er einer Aussetzung von Tieffügen vom vierten Advent bis Neujahr nicht zustimmen mochte, die sein Staatssekretär Würzbach ausgesprochen hatte. Die Würzbach-Anordnung war ein gewisses Zurückweichen vor der öffentlichen Empörung über die Bedrohung durch Militärflüge, hatte aber praktisch kaum Auswirkungen, weil im festgelegten Zeitraum nicht viel Flugübungen laufen und im neuen Jahr der Übungsbetrieb in gewohnter Form weitergeht. Der Minister aber verlangt Standhaftigkeit,

da Militärflüge auch in tiefen Höhen weiter stattfinden müssen und den teilweise verunsicherten Kommandeuren und Piloten der Rücken gestärkt werden soll. Es muß weiter geflogen werden, weil die Angriffsoption der NATO-Luftwaffen möglichst tiefes Eindringen nach Osten vorsehen, um dort feindliche Kräfte anzugreifen. Fliegen in sehr niedrigen Höhen zur Ausnutzung des Geländes und Vermeidung gegnerischer Radar erfassung ist dabei das A und O. Solche Grenzbelastungen für Pilot und Maschinen lassen sich nicht vollständig über der See oder am Flugsimulator erproben. Es darf für Scholz daher nicht der Eindruck entstehen, man könne über Notwendigkeit und Ausmaß der Flüge verhandeln; was kriegsnotwendig ist, wird gemacht, das ist der Preis der Freiheit.

Die Unfähigkeit Würzbachs, uneingeschränkt dafür einzustehen, kostete ihn den Posten und ermöglichte Scholz, die organisatorische Ausrichtung des Ministeriums auf sein Kommando fortzusetzen: Weiterhin werden zwei parlamentarische Staatsekretäre die Bundeswehr öffentlich vertreten. Es sind die bewährte „Soldatenmutter“ Hürland und der Würzbach-Nachfolger Wimmer. Nur noch zwei weitere Staatsekretäre sollen im Ministerium wirken. Die Zuständigkeit für Rüstung erhält Staatssekretär Pfahls, vor einem Jahr ins Ministerium gekommen und zuvor bewährt als persönlicher Referent von Strauß und als Leiter des Verfassungsschutzamtes. Gute Verbindungen zur bayerischen Rüstungsindustrie sind garantiert. Der vierte Posten ist noch offen, gesucht wird ein Mann nach Scholzens Geschmack. Gestrafft wird auch auf anderen Ebenen des Ministeriums, verbunden mit einem Einflußgewinn des Militärs. So ist jetzt der Planungsstab im Ministerium mit zwei Generälen besetzt.



Ficht Scholz nicht an: Zwei Tage nach dem Absturz der Militärmaschine demonstrieren 5000 Menschen durch Remscheid.

Kohl und Scholz an die Kommandeure

Es mag sein, daß die Kritik von Flottilenadmiral Schmähling zutrifft, und er große Teile der Aussagen Kohls auf der Kommandeurtagung in Würzburg bereits an anderer Stelle hören konnte. Die Reden von Scholz und Kohl stellen aber insgesamt die Regierungsvorgabe dar für das Militär mit dem Ziel der Einlösung.

Kriegsziel in Europa

Scholz: „Gorbatschow will die Auseinandersetzung mit dem Westen auf Grundlage der kommunistischen Ideologie — und damit letztlich weiterhin unter dem Primat des Marxismus-Leninismus — führen und natürlich gewinnen. Diese Herausforderung haben wir unverändert anzunehmen und — im Rahmen einer politischen Gesamtstrategie — zu führen mit dem Ziel, eine wirkliche europäische Friedensordnung zu erreichen — eine Friedensordnung, die für ganz Europa mehr Freiheit, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit schafft und die auch die Teilung unseres Vaterlandes wie die ganz Europas eines Tages überwindet.“

Kohl: „Wir wollen langfristig die Trennung in Europa und ihre schmerzlichen Folgen für die Menschen überwinden. Für uns Deutsche ist von unschätzbarem Wert, daß auch das Atlantische Bündnis sich zu seiner Verantwortung für eine Lösung der deutschen Frage bekennt ...“

Kriegsplanung europäisch

Kohl: „Unser Ziel ist es, die europäi-

sche Sicherheitspolitik enger zusammenzufügen, das heißt unsere gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen operativ und finanziell besser abzustimmen und uns weiter verstärkt um technologische Kooperation zu bemühen.

Vor wenigen Wochen ist die Westeuropäische Union um Portugal und Spanien erweitert worden: Dies war ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die europäische Sicherheitspolitik zu festigen ...

Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat sich im jetzt zu Ende gehenden Jahr erneut als Motor bewährt: Wir haben einen deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat geschaffen und eine deutsch-französische Brigade aufgestellt. Ausdrücklich möchte ich die französische Bereitschaft, im Rahmen der WEU daran mitzuwirken, daß jedes Mitglied an seinen Grenzen verteidigt wird, würdigen ...

Als weiteren Schritt zur Integration begrüße ich ausdrücklich den Vorschlag für eine multinationale Division.“

Armeeinsatz weltweit

Kohl: „Unser Land ist seit 1966 die größte Exportnation der Welt. Wir erwirtschaften ein Drittel unseres Bruttoinlandprodukts mit Ausfuhren, davon ein Viertel nach Amerika, Afrika, Asien und Australien. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt vom Export ab. Darüber hinaus sind wir als rohstoffarmes Land in hohem Maße auf die Einfuhr von Energie- und mineralischen Rohstoffen angewiesen, meist aus Übersee.“

Die wirtschaftliche Existenz unserer Bevölkerung hängt in hohem Maße von der

Entwicklung außerhalb unserer eigenen Grenzen ab. Daher kann es uns nicht gleichgültig sein, was selbst in entferntesten Regionen unseres Erdballs geschieht. Wir haben daher ein ureigenes Interesse an politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität weltweit, an spannungsfreien Beziehungen zu allen Staaten und an offenen, sicheren Verkehrswegen rund um die Erde.“

Scholz: „Die Bundeswehr insgesamt ist als eine Art Treuhänderin des Verteidigungs- und Selbstbehauptungswillens unserer staatlichen Gemeinschaft zu sehen. Unsere Streitkräfte dienen der Friedenssicherung der Erhaltung der territorialen Integrität; sie wirken aber auch über die nationalen Hoheitsgrenzen hinaus zur Wahrung übergreifend friedensstiftender Maßnahmen. Die maritime Präsenz unserer Seestreitkräfte in internationalen Gewässern ist ein sichtbares Beispiel hierfür.“

Keine dritte „Nulllösung“

Scholz: „Die NATO braucht auch weiterhin ein funktionsfähiges Potential von Nuklearwaffen in und für Europa.“

Kohl: „Eine wirksame Abschreckung ist ohne auf dem zu verteidigenden Territorium stationierte Nuklearsysteme nicht glaubwürdig. ... Deshalb kommt für uns auch eine dritte Null-Lösung im Bereich der landgestützten Nuklearsysteme unter 500 km Reichweite nicht in Frage.“

(Kohls Rede in: Bulletin der Bundesregierung v. 16.12.88; Scholz' Rede in: Material für die Presse, Hrsg.: BMVg, vom 14.12.88)

Unbeirrt von öffentlichen Aufregungen halten Scholz und sein Generalinspekteur Wellershoff auch am beschlossenen Plan fest, den Wehrdienst auf 18 Monate zu verlängern. Weil im Moment nicht alle Wehrpflichtigen eines Jahrgangs eingezogen werden, fordern selbst Teile der CDU und der FDP und der Bundeswehrverband eine Verschiebung der Wehrdienstverlängerung um drei Jahre, damit zunächst die Wehrpflichtigen im Wartestand zum Dienst kommen. Dagegen lautet die Position des Verteidigungsministeriums, daß sich angesichts der zahlenmäßig kleineren kommenden Jahrgänge die Sache im Laufe der 90er Jahre einpendeln wird. Was kümmert das Ministerium, wenn es so etwas wie „Lebensplanung“ für Wehrpflichtige nicht mehr gibt, weil niemand weiß, wann er bis zu seinem 35. Lebensjahr gezogen wird und nur gewiß ist, daß es ihn erwischen wird.

Auf der Kommandeurtagung in Würzburg ging es für Scholz sowohl um eine Einschwörung als auch um eine Verbrüderung mit den Führern der Armee. Seine Botschaft an die Kommandeure bestand im Wesentlichen darin,

trotz des abnehmenden „Bedrohungsbewußtseins“ in der Öffentlichkeit und der „mancherorts“ nachlassenden Bereitschaft, „Pflichten für den Staat zu erfüllen“, die Legende von der Bedrohung aus dem Osten aufrechtzuerhalten und unbeirrt mit den Kriegsvorbereitungen fortzufahren. „Sie erinnern sich, daß beispielsweise die damals heftige Diskussion um Großen Zapfenstreich und feierliche Gelöbnisse schlagartig beendet war angesichts der klaren Haltung der Bundesregierung.“

Neben dem Lob der soldatischen Standhaftigkeit mußte Scholz aber auch die Skepsis behandeln, die es bei verschiedenen Generälen gibt an dem Projekt einer neuen Heeresstruktur, die das Ministerium eingeleitet hat. Diese Reform bringt eine enorme Kampfkraftsteigerung des Heeres durch Bildung von luftbeweglichen Divisionen, die für die Schlagkraft und Geschwindigkeit eines Heeresvorstoßes wichtig sein werden. Außerdem wird eine stärkere und besonders wirkungsvolle Eingliederung von Reservisten ins aktive Heer vorbereitet, was Mobilisierungsprobleme beseitigen würde und gar die Möglichkeit böte, bei

einem zahlenmäßig kleineren Heer durch schnelle Mobilisierung gutausgebildeter Reserven die personelle Größe und Kampffähigkeit der Bundeswehr im Einsatzfall zu steigern. Die Militärs haben Sorge, daß diese gewaltige Umstrukturierung beim gegenwärtigen Etat nicht zu finanzieren ist, vor allem weil besseres und mehr Militärgerät benötigt würde. Scholz appellierte an seine Generäle, unter den gegebenen Bedingungen die günstigsten Lösungen zu erreichen. Er wolle sich für günstige Voraussetzungen — sprich für mehr Geld im Kriegshaushalt — einsetzen. Gegenwärtig laufen bereits die ersten Truppenversuche für die neue Struktur des Heeres.

Grundsätzliche Kritik, wie sie der Flottilenadmiral Schmähling am Verlauf der Kommandeurtagung geäußert hatte, läßt Scholz dagegen nicht zu. Schmähling hatte sich öffentlich für eine Reduzierung des Verteidigungshaushalttes ausgesprochen. Das brachte ihm einstweilen einen Verweis ein. Scholz verlangt Gehorsam.

Quellenhinweis: Tagespresse Dezember 1988. Reden von Scholz und Kohl auf der Kommandeurtagung in Würzburg am 14.12.88 — (jok)

Gorbatschows UNO-Rede

Universal Leitungsanspruch der Mittelklasse proklamiert

Am 7. Dezember hat M. Gorbatschow vor der UNO-Vollversammlung eine Rede gehalten (s. Kasten), die u.a. eine Mitteilung über folgenden einseitigen Abrüstungsbeschuß der Regierung der UdSSR enthielt: In den beiden Jahren 1989 und 1990 soll der Personalbestand der sowjetischen Streitkräfte um 500000 Mann verringert werden. Mit Zustimmung der Mitglieder des Warschauer Paktes werden außerdem 6 sowjetische Panzerdivisionen, die derzeit in der DDR, der CSSR und Ungarn stationiert sind, von dort abgezogen und aufgelöst. Das umfaßt konkret einen Personal- bzw. Materialbestand von 50000 Mann und 5000 Panzern. Sodann wird im europäischen Teil der UdSSR der Gesamtbestand an Ausrüstung um 800 Kampfflugzeuge, 8500 Artilleriesysteme und 10000 Panzer reduziert. Und schließlich soll auch im asiatischen Teil der Sowjetunion eine erhebliche (ohne konkrete Zahlenangaben mitgeteilte) Verringerung des eigenen Streitkräfte- und Materialbestandes erfolgen.

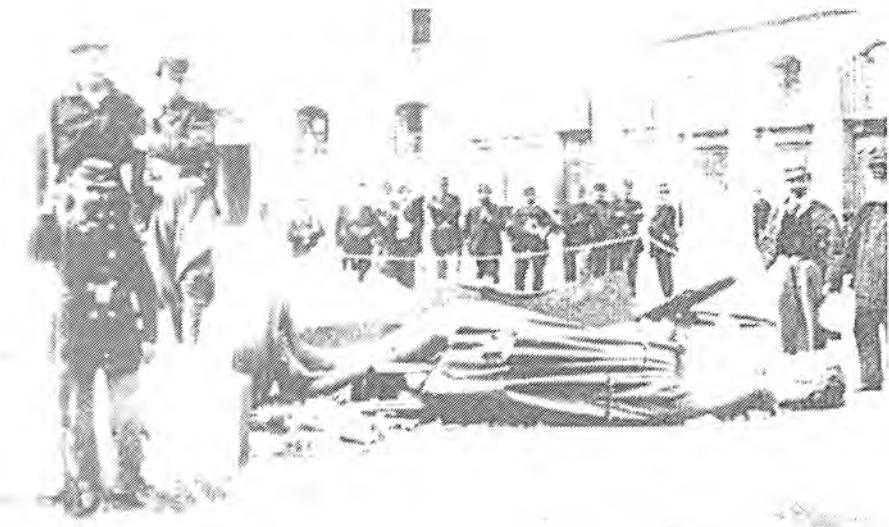
Die Reaktion der Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten auf diesen einseitigen konventionellen Abrüstungsschritt der sowjetischen Seite ist zwar überwiegend durch eine Kombination von Genugtuung (über die Erfüllung eigener Forderungen) plus Übermut (dahingehend, daß wesentlich umfassendere einseitige Abrüstungsschritte verlangt werden) bestimmt. Aber dieser vorherrschenden Reaktion ist in denselben Kreisen auch das Eingeständnis beigemischt, daß dieser Schritt der Regierung der UdSSR nicht als Stärkung der eigenen (NATO-/WEU-)Positionen begriffen werden kann. So kommt z.B. der Herausgeber der Tageszeitung „Die Welt“ (9.12.88) in seinem Leitartikel („Die Nachdenklichkeit ist größer als die Freude“) zu folgender Beurteilung:

„Wenn in den Gängen des NATO-Hauptquartiers die Nachdenklichkeit größer als die Freude ist, dann hat das mehr psychologische als sachliche Gründe. Der Entschluß zu einseitigen Abrüstungsschritten verschafft Gorbatschow in allen Mitgliedsländern des Atlantik-Paktes, jedenfalls aber in Deutschland, einen gewaltigen zusätzlichen Feldvorteil. Gorbatschow, in den Meinungsbefragungen ohnehin obenan, ist von nun an eindeutig der ‚Größte‘ ... Alle Zeichen stehen auf Abrüstung. Jede Art von Waffen-Modernisierung, auch solche nichtatomarer Art, wird zu einem Gang über die Steilwand. In Brüssel gibt man sich keinen Illusionen hin: Die Vorschläge Gorbatschows, verbunden mit einer

starken Neigung der westlichen Öffentlichkeit und eines Teils der Parteien, die Anstrengungen und Ausgaben für die eigene Verteidigung zu senken, schaffen eine ‚Mehrheitsmeinung‘, gegen die sich nur äußerst populäre Regierungen durchsetzen können. Das Bündnis steht unter schwerem Druck, jetzt möglichst schnell ein geschlossenes Abrüstungskonzept auf den Tisch zu legen.“

Dieser nachdenklichen Beurteilung der einseitigen, zu Beginn skizzierten sowjetischen Initiative liegt mehr zugrunde als hier wie auch ansonsten in der bürgerlichen Presse verhandelt wird.

Klasse gibt sich — Gorbatschows Ausführungen belegen dies deutlich — als gattungsgeschichtliche Vernunft und Verantwortung aus: Die weitere Expansion der „traditionellen Industrialisierung ... drängt zu einer ökologischen Katastrophe. Das macht ... (die) Suche nach einem prinzipiell neuen Typus des industriellen Fortschritts (erforderlich)“. Die Propagierung der zentralen Rolle der Abrüstung „für die ökologische Wiedergeburt“ und als „dem Wichtigsten, ohne das keinerlei Probleme des kommenden Jahrhunderts gelöst werden können“, zielt nicht nur auf einen wichtigen Sektor für die Erlangung von Extraprofiten für die Monopolbourgeoisie. Sie nimmt — vor allem auch dort — auf Abspaltung der technischen Intelligenz von den Konzernvorständen Bedacht durch ausdrückliche Bewahrung ihrer Funktionen innerhalb der kapitalistischen Produktion. Das strategische



Mit der Pariser Kommune 1871 hat zum ersten Mal in der Geschichte die Arbeiterklasse die politische Macht erobert. Bild: Revolutionäre Soldaten haben das Standbild Napoleon I. gestürzt.

Gorbatschow hat den Abrüstungsbeschuß seiner Regierung im Rahmen einer Rede mitgeteilt, die auf grenzüberschreitende politische Sammlung der (überwiegend) kopfarbeitenden Mittelklassen aller Länder abzielt. Genauer: Er hat im Namen jener Klasse, die in der Sowjetunion die gesellschaftliche Leitung innehat, ein strategisches Bündnis unter der kosmopolitischen Führung der Kopfarbeit propagiert. Die in seiner Rede formulierte Führungsline strebt die Unterbindung eines Bündnisses zwischen der kopfarbeitenden Mittelklasse und der Klasse der großen Kapitaleigner (und deren unmittelbaren Interessenvertretern in Konzernvorstands- und Regierungsetagen) an. Mehr noch: Sie zielt auf Isolierung und schließliche Entmachtung dieser, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformationen herrschenden Kreise der Monopolbourgeoisie.

Dieser kosmopolitische Leitungsanspruch einer ganz bestimmten sozialen

Schlüsselwort hierzu heißt „Konversion“.

Die hier nur sehr kurz verhandelte Bündnislinie ist somit auf die Bewahrung des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit hin ausgerichtet; die geschichtlichen wie auch die zeitgenössischen Feststellungen Gorbatschows zu den Bauernvölkern in den ehemaligen Kolonialgebieten zeigt außerdem, daß diese Bündnislinie auch auf eine Bewahrung des Gegensatzes von Stadt und Land (im Weltmaßstab) hinzielt. Und noch etwas wird allmählich konkreter faßbar: Die Lösung vom „gemeinsamen Haus Europa“ ist nicht nur ein „blockübergreifendes“ Angebot zur gesellschaftlichen Leitung der damit anvisierten Kontinental-Union: Nein, gestützt auf eine solche Basis soll universale Leitung möglich werden. Das legt die Schlußfolgerung nahe, daß der Status quo von 1945 seit einiger Zeit tatsächlich konkurrierenden Neuordnungs-Interessen ausgesetzt ist. — (anl. huh. uld)

Auszüge aus Gorbatschows Rede vor der UNO

Wie wird die Menschheit aussehen, wenn sie in das 21. Jahrhundert eintritt? Gedanken über diese schon nicht mehr allzu ferne Zukunft ergreifen die Hirne. Wir blicken in diese Zukunft in der Hoffnung auf etwas Besseres und zugleich mit Besorgnis ... In seiner vollen Größe erhob sich das Problem des Überlebens, der Selbsterhaltung der Menschheit. Es vollziehen sich überaus tiefgreifende soziale Wandlungen ...

Heute ist die Erhaltung irgendwelcher „geschlossener“ Gesellschaften kaum möglich. Das erfordert eine entschiedene Überprüfung der Ansichten zu den gesamten Problemen der internationalen Zusammenarbeit als wichtiges Element der allgemeinen Sicherheit. Die Weltwirtschaft wird zu einem einheitlichen Organismus, und außerhalb dieses Organismus kann sich kein einziger Staat normal entwickeln, zu welchem Gesellschaftssystem er auch gehören und auf welchem Wirtschaftsniveau er sich auch befinden mag ... Das Wachstum der Weltwirtschaft zeigt zugleich Widersprüche und Grenzen der traditionellen Industrialisierung auf. Ihre weitere Ausdehnung „in die Breite und die Tiefe“ drängt zu einer ökologischen Katastrophe ... Das macht erforderlich, mit der Suche nach einem prinzipiell neuen Typ des industriellen Fortschritts zu beginnen, nach einem solchen, der den Interessen aller Völker und Staaten entsprechen würde ...

Ab heute entsteht vor uns eine andere Welt, für die wir andere Wege in die Zukunft suchen müssen, indem wir uns natürlich auf die gesammelten Erfahrungen stützen, aber auch grundlegende Unterschiede zwischen dem, was gestern geschieht, und dem, was heute geschieht, sehen ...

Wir sind heute in ein Zeitalter eingetreten, da dem Fortschritt das gesamt menschliche Interesse zugrunde liegen wird. Diese Erkenntnis erfordert, daß auch die Weltpolitik durch die Priorität der gesamt menschlichen Werte bestimmt wird ...

Parallel zum Prozeß der Kriege, der Feindseligkeit und der Entfremdung zwischen Völkern und Ländern gewann an Kraft ein anderer, ebenso objektiv bedingter Prozeß — der Prozeß des Werdens einer in wechselseitiger Beziehung stehenden, ganzheitlichen Welt. Die Entwicklungsformel „auf Kosten des anderen“ hat sich überlebt. Im Hinblick auf die heutigen Realitäten ist echter Fortschritt weder durch Schmälerung der Rechte und Freiheiten des Menschen und der Völker noch auf Kosten der Natur möglich ...

Wollen wir den Lehren der Vergangenheit und den Realitäten der Gegenwart Rechnung tragen, müssen wir auf die objektive Logik der Weltentwicklung Rücksicht nehmen, so gilt es, nach einem Herangehen an die Gesundung der internationalen Situation, an die Errichtung der neuen Welt zu suchen, und zwar gemeinsam zu suchen. Ist es aber so, dann lohnt es sich, auch über die wesentlichsten, tatsächlich universalen Voraussetzungen und Prinzipien einer solchen Tätigkeit übereinzukommen. Beispielsweise Gewalt und Gewaltandrohung können und dürfen augenscheinlich nicht länger ein Instrument der Außenpolitik sein ...

Zu einem Gebot der neuen Etappe ist die Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen geworden. Wir kehren von unseren Überzeugungen, von unserer Philosophie und unseren Traditionen nicht ab, und rufen niemanden auf, von den seinen abzukehren. Wir beabsichtigen aber auch nicht, uns im Kreis unserer Werte abzukapseln. Das würde zur geistigen Verkümmерung führen ... Soll jeder im Verlauf eines solchen Austausches die Vorzüge seiner Ordnung, seiner Lebensweise, seiner Werte unter Beweis stellen ...

Wir haben ... die früheren und neu entstandenen Realitäten einer strengen Analyse unterzogen und sind zu dem Schluß gekommen, daß wir den Weg zur Oberhoheit der allgemein menschlichen Idee über eine Unmenge Zentrifugalkräfte zur Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Zivilisation, möglicherweise der einzigen im Universum, gerade eben auf diese

Weise gemeinsam suchen müssen. Haftet diesem Herangehen nicht eine gewisse Romantik, eine Übertreibung der Möglichkeiten, der Reife des gesellschaftlichen Bewußtseins in der Welt an?

... Ich bin überzeugt, daß wir auf dem Boden der Realitäten bleiben. In der Welt haben sich bereits Kräfte herausgebildet, die uns auf die eine oder andere Weise zu einem Eintritt in eine Friedensperiode anregen. Die Völker, die breiten Kreise der Öffentlichkeit sehnen sich wirklich innig nach einer Wende zum Besseren, wollen es lernen, zusammenzuarbeiten. Die Kraft dieser Tendenz frappiert manchmal. Und es ist wichtig, daß Stimmungen dieser Art sich in die Politik zu transformieren beginnen ...

Nehmen wir das Entwicklungsproblem. Das ist ein fürwahr gesamt menschliches Problem. Die Existenzbedingungen, unter denen sich Dutzende Millionen Menschen in einer Reihe von Gebieten der dritten Welt befinden, werden für die ganze Menschheit einfach gefährlich ... Hier sind vereinte Anstrengungen und die Berücksichtigung der Interessen aller Staatengruppen gefordert ... Zu den relevantesten Problemen gehören die Außenschulden. Wollen wir nicht vergessen, daß die Entwicklungswelt im Kolonialzeitalter durch unzählige Verluste und Opfer den Blütestand eines bedeutenden Teils der Weltgemeinschaft vorstreckte. Nun ist die Zeit gekommen, die Entbehrungen auszugleichen, mit denen der historische und tragische Beitrag dieser Länder zum materiellen Weltfortschritt einherging ... Die Sowjetunion ist bereit, ein langzeitiges, bis 100 Jahre währendes Moratorium für die Bezahlung der Schulden durch die am wenigsten entwickelten Länder einzuführen und diese in einer ganzen Reihe von Fällen völlig abzuschreiben ...

1992 soll im Rahmen der UNO eine Umweltschutzkonferenz abgehalten werden. Wir begrüßen diesen Beschuß ... Aber die Zeit drängt. In verschiedenen Ländern wird vieles unternommen. Hierbei möchte ich lediglich ein weiteres Mal mit ganzer Kraft auf die Möglichkeit hinweisen, die sich für ökologische Wiedergeburt durch die Abrüstung, vor allem natürlich durch die nukleare, bietet ...

Setzen wir uns für die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen ein, so möchten wir die Vorherrschaft der politischen und rechtlichen Methoden bei der Lösung entstehender Probleme sehen. Unser Ideal ist eine Weltgemeinschaft der Rechtsstaaten, die auch ihre außenpolitische Tätigkeit dem Recht unterordnen ... Internationale Verbindungen werden nur dann die wahren Interessen der Völker vollständig zum Ausdruck bringen und ihrer gemeinsamen Sicherheit zuverlässig dienen, wenn im Mittelpunkt von allem der Mensch, seine Sorgen, Rechte und Freiheiten stehen werden ... Wir planen, die Teilnahme der Sowjetunion an den Kontrollmechanismen für Menschenrechte bei der UNO und im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses zu erweitern ... Unser Kredo lautet im ganzen: Politische Probleme müssen nur mit politischen, menschliche nur auf humane Weise gelöst werden.

Und nun zu dem Wichtigsten, ohne das keinerlei Probleme des kommenden Jahrhunderts gelöst werden können — zur Abrüstung ... Heute darf ich Ihnen folgendes mitteilen: Die Sowjetunion hat den Beschuß gefaßt, ihre Streitkräfte zu reduzieren (siehe nebenstehenden Artikel, d. Red.) ... Durch diese unsere Aktion wie auch durch unsere gesamte Tätigkeit zur Demilitarisierung der internationalen Beziehungen möchten wir die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auch auf ein anderes aktuelles Problem — auf das Problem des Übergangs von der Rüstungswirtschaft zu einer Abrüstungswirtschaft lenken ...

— Im Rahmen der Wirtschaftsreform sind wir bereit, unseren inneren Konversionsplan auszuarbeiten und vorzulegen; — im Laufe des Jahres 1989 Pläne zur Konversion von zwei bis drei Betrieben der Verteidigungsindustrie als Experiment vorzubereiten; — unsere Erfahrungen bei der Arbeitsvermittlung für Spezialisten der Rüstungsindustrie sowie bei der Verwertung ihrer Ausrüstungen, Gebäude und Anlagen in der zivilen Produktion zu veröffentlichen. Es wäre erwünscht, daß alle Staaten, vor allem die größten Militärmächte, ihre nationalen diesbezüglichen Pläne der UNO vorlegen.

Quelle: Deutsche Volkszeitung Nr. 50/88

Namibia

Südafrika will eine abhängige Regierung installieren

Am 22. Dezember unterzeichneten Angola, Kuba und Südafrika ein Abkommen, dessen Grundprinzipien in verschiedenen, bereits seit Mai ausgehandelten Vereinbarungen festgelegt ist. Danach soll der Unabhängigkeitsprozeß für Namibia am 1. April 1989 beginnen, die südafrikanische Armee soll in Namibia auf 1500 Soldaten reduziert werden. Eine Auflösung der von Südafrika aufgebauten Südwestafrikanischen Territorial-Streitkräfte (SWATF), deren Offiziere zum großen Teil Südafrikaner sind, ist nicht vorgesehen. Südafrika hat außerdem ein weiteres, wichtiges Machtmittel in der Hand: die von den namibischen Befreiungskräften immer geforderte Einbindung von Walvis Bay ist nicht vorgesehen. Walvis Bay ist ein Hafen in der Mitte von Namibia, den Südafrika als „eigenes Territorium“ betrachtet. Diesen Hafen hat die südafrikanische Armee seit einem Jahr zu einem großen Militärlager ausgebaut. Ein unabhängiges Namibia würde also nicht nur nach wie vor von der südafrikanischen Aggression an der Ostgrenze bedroht, sondern hätte den Feind mit starken Militärkräften mitten im Land stehen. Zum zweiten haben die Vereinigten Staaten angekündigt, daß sie ihre Unterstützung für die reaktionäre UNITA weiterführen werden, die sowohl im Süden Angolas als auch in Teilen Nordnamibias tätig ist. Zum dritten sehen die Beschlüsse der UNO, die aus dem Jahre 1978 stammen, für den Übergang vor, daß die SWAPO ihre Truppen entwaffnet. Allerdings muß der SWAPO, als von den Vereinten Nationen anerkannte Befreiungsorganisation, die Möglichkeit gegeben werden, sich ohne Verfolgung in Namibia zu betätigen. (1)

Südafrika setzt darauf, in Namibia nach verschiedenen international nicht anerkannten Versuchen nun eine international anerkannte Marionettenregierung zu installieren und die SWAPO bei den Wahlen zu besiegen oder zumindest ein Unentschieden herbeizuführen. Die Kräfte des Befreiungskampfes im Land sind zwar über die Al-Gaims-Erklärung geeint, die SWAPO hat jedoch bei einer Konferenz mit allen Kräften des Landes im Herbst dieses Jahres erklärt, sie wolle auf jeden Fall allein kandidieren. (2)

Die reaktionären Kräfte in der BRD versuchen bereits, auch im Unabhängigkeitsprozeß Namibias tätig zu werden und die imperialistischen Interessen zu sichern. Die außenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Michaela Geiger, kündigte an: „Wegen der besonderen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland bei der Erlangung der Unabhängigkeit Namibias im Sinne der UN-Resolution 435 sollte die Bundesregierung den Vereinten Nationen deutsche Hilfe bei der Umsetzung dieser Resolution anbieten.“ (3) Anscheinend spekuliert sie darauf, daß endlich Bundeswehrsoldaten im Rahmen der UNTAG-Truppe ins südliche Afrika einrücken können. — (uld)



Südafrika baut Walvis Bay zu einem Militärstützpunkt aus.

Vorabkommen über das südwestliche Afrika

Die Delegationen, die die Regierungen der Volksrepublik Angola, der Republik Kuba und der Republik Südafrika repräsentieren,

die sich in Brazzaville unter Vermittlung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika getroffen haben,

drücken ihre tiefe Wertschätzung gegenüber dem Präsidenten der Volksrepublik Kongo, Colonel Denis Sassou-Nguesso, aus für seine unentbehrliche Mitwirkung für die Sache des Friedens im südwestlichen Afrika und für die Gastfreundschaft, die die Regierung der Volksrepublik Kongo gegenüber den Delegationen bewiesen hat,

bekräftigen ihre Verpflichtung, in Übereinstimmung mit den Prinzipien für eine friedliche Regelung im südwestlichen Afrika zu handeln, die am 13. Juli 1988 in New York initiiert und von den betreffenden Regierungen am 20. Juli 1988 anerkannt worden sind, von denen jedes unentbehrlich für eine umfassende Regelung ist / mit den Übereinstimmungen, die am 5. August in Genf erreicht worden sind, die nicht von diesem Dokument abgelöst werden / und mit der Vereinbarung, die am 15. November in Genf erreicht wurde, über die Rückverlegung in den Norden und den schrittweisen und vollständigen Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola,

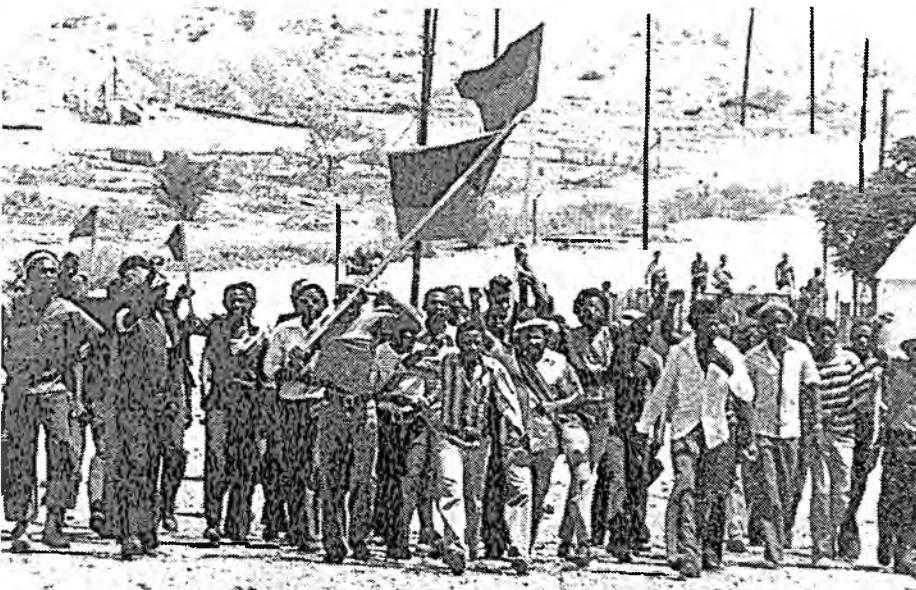
fordern die internationale Gemeinschaft auf, wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für die Erfüllung aller Aspekte dieser Regelung zu gewähren,

stimmen wie folgt überein:

1. Die Parteien stimmen überein, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu empfehlen, daß der 1. April als Datum für die Durchführung der UN-Resolution 435/78 festgesetzt werden soll,
2. Die Parteien stimmen überein, am 22. Dezember 1988 in New York zusammenzutreffen, um ein Dreiparteien-Abkommen zu unterzeichnen und für die Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens zwischen Angola und Kuba. Am Datum der Unterzeichnung sollen Angola und Kuba eine Vereinbarung mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen erreicht haben über die Überwachungsvorkehrungen, die durch den Sicherheitsrat anerkannt werden sollen.
3. Die Parteien stimmen überein, die Kriegsgefangenen mit der Unterzeichnung des Dreiparteien-Abkommens auszutauschen.
4. Die Parteien stimmen überein, eine gemeinsame Kommission einzusetzen in Übereinstimmung mit dem Anhang zu diesem Protokoll. (4)

Anhang zur gemeinsamen Kommission

1. Mit dem Ziel, die Lösung jeglicher Auseinandersetzung zu erleichtern in-



bezug auf die Interpretation oder Durchsetzung des Dreiparteienabkommens, setzen die Parteien hiermit eine Vereinigte Kommission ein, die ihre Arbeit mit der Unterzeichnung des Drei-Parteien-Abkommens beginnen soll.

2. Die Vereinigte Kommission soll als Forum der Diskussion und Lösung von Zielen dienen, die aus der Interpretation und der Durchsetzung des Dreiparteien-Abkommens entstehen, und für solche anderen Zwecke, wie sie die Parteien in Zukunft vielleicht gemeinsam bestimmen.

3. Die Parteien laden die Vereinigten Staaten von Amerika und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein, als Beobachter an der Arbeit der Kommission teilzunehmen. Außerdem stimmen die Parteien überein, daß, hinsichtlich der Unabhängigkeit von Namibia, die namibische Regierung als Vollmitglied in der Vereinigten Kommission eingeschlossen sein soll. Zu diesem Zweck werden die Parteien am Tag der namibischen Unabhängigkeit eine förmliche Einladung an die Regierung Namibias aussprechen, an der Vereinigte Kommission teilzunehmen.

4. Die Vereinigte Kommission soll innerhalb von 30 Tagen nach der Unterzeichnung des Dreiparteien-Abkommens eingerichtet werden. Die Vereinigte Kommission soll ihre eigene Geschäftsordnung und eigene Verfahrensregeln für reguläre Treffen und für besondere Treffen aufstellen, die von jeder Partei beantragt werden können.

5. Die Entscheidung einer Partei, in der Vereinigte Kommission eine Frage zu diskutieren oder nach ihrer Lösung zu suchen, soll nicht das Recht der Partei einschränken, die Frage, wenn es nötig erscheint, vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen oder andere solche Mittel zur Lösung strittiger Fragen zu suchen, wie sie unter dem Internationalen Recht möglich

sind.

6. Die Vereinigte Kommission soll in keiner Weise als Ersatz für UNTAG dienen (einschließlich der Beobachterrolle der UNTAG außerhalb Namibias) oder für die UN-Verantwortung für die dauernde Einhaltung des Abkommens in Angola.

Brazzaville, 14.12.1988

Stellungnahme der SWAPO

SWAPO begrüßt die Unterzeichnung des Friedensabkommens, das gestern durch Angola, Kuba und Südafrika in Brazzaville unterzeichnet wurde. Das Abkommen bestimmt den 1. April 1989 als Tag X für die Durchführung der Resolution 435, den 1. November als Wahltag und die Unterzeichnung eines verbindlichen Vertrages am 22. Dezember 1988 in New York.

Wir sind froh, daß nach einem langwährenden und blutigen Kampf, in dem Tausende von Namibieren starben, unsere Leute schließlich und endlich in der Lage sein werden, ihr lang ersehntes Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit im kommenden Jahr auszuüben.

Die SWAPO lobt Angola und Kuba für ihre entscheidenden militärischen Aktionen, um günstige Bedingungen für die Verhandlungen zu schaffen, ihre Standhaftigkeit in Prinzipien und ihre Flexibilität taktische Fragen betreffend während der sich lange hinziehenden Verhandlungen. Dieses schuf die geeigneten Bedingungen für die Vereinbarungen, die erreicht wurden.

SWAPO ist bereit, mit der Durchführung der Resolution 435 am 1. April 1989 zu beginnen und ihre führende Rolle in Namibias Weg zur Unabhängigkeit im neuen Jahr zu spielen.

SWAPO unterschätzt jedoch nicht die Schwierigkeiten, die Pretoria wahrscheinlich versucht zu schaffen, bis zum 1. April 1989 genauso wie in der Übergangsperiode bis zu den Wahlen am 1. November 1989. Sicherlich benutzt Süd-

afrika seine Truppen und örtlichen Hilfs-einheiten in einer massiven Wahlkampagne gegen SWAPO und zugunsten von Pretorias Kollaborateuren in Namibia. Die Südafrikanische Armee ist mit Millionen von Rand ausgestattet, um unzählige Grillparties zu veranstalten, auf denen freies Essen und Trinken im selben Verhältnis geboten wird wie Propaganda gegen die SWAPO. Die Besetzungsarmee und ihre Hilfseinheiten sind, das muß gesagt werden, nun eifrig bemüht, eine andere Funktion zu spielen. Während diese Wahlkampfaktivitäten stattfinden, verhaftet und verbannt Südafrika immer noch politische Aktivisten der SWAPO. Pretoria verletzt so offensichtlich das Prinzip der Unparteilichkeit, auf dem Südafrika bestanden hat, das die Vereinten Nationen — die mit Südafrika Verantwortlichen für die Durchführung von 435 — gegenüber SWAPO beachten müssen.

Die SWAPO ist zuversichtlich, daß, ungeachtet der Umstände, die Pretoria sicherlich versuchen wird zu schaffen, die Bewegung die Wahlen am 1. November gewinnen wird und das Land zur Unabhängigkeit führen wird. (5)

Quellen: (1) Weekly Mail, 2.12.88; (2) issa, 7/88; (3) Deutschland-Union-Dienst Nr. 51/88; (4) eig. Übersetzung nach Namibia Communications Centre; (5) eig. Übersetzung

Schweiz

Nationalrat gegen Schweiz ohne Armee

Genau 111300 Menschen haben eine Initiative unterstützt, mit der eine „Schweiz ohne Armee“ gefordert wird. Linke und grüne Organisationen hatten sich Ende 1986 zur „Gruppe Schweiz ohne Armee“ (GSoA) zusammengefunden, darunter die trotzkistische „Sozialistische Arbeiterpartei“, die Partei der Arbeit (PdA, kommunistische Partei), aber auch die Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei (SP). Kernpunkt ihrer Forderungen: Anstelle der Wehrartikel in der Bundesverfassung den Grundsatz festzuschreiben: „Die Schweiz hat keine Armee“. Innerhalb von zehn Jahren will die GSoA das Militär abgeschafft, umgehend die Rekrutenausbildung eingestellt wissen. Eine „Friedenspolitik“, die „die Solidarität unter den Völkern fördert“, soll außerdem Verfassungsgrundsatz werden.

Schon im Mai vergangenen Jahres hatte die Regierung (der Bundesrat) die antimilitaristische „Volksinitiative“ erwartungsgemäß abgelehnt. Mitte Dezember stand sie auf der Tagesordnung des Parlaments, des Nationalrats. Regierungsmitglied Anton Koller bezeichnete die Initiative in der Debatte als „gefährliche Utopie“, die bewußt einen völligen Wandel des ganzen Staatswesens anstrebe. Nach Ansicht der Regierung dient

die Armee gegen kriegerische Angriffe von außen oder „gewaltsame(n) Umsturz im Innern“, auch bringe die Produktion von „komplexem Rüstungsmaterial in vielen Fällen ‚Know-how-Gewinn‘“ ein. Die Abstimmung endete mit einem deutlichen Bekenntnis zum Militär: 13 Befürwortern (Räte von POCH, PdA, 3 Grüne und 6 SPler) standen 172 Nein-Stimmen gegenüber, 7 Abgeordnete enthielten sich. Auch weitere Anträge von SP und Grünen (GPS) fielen durch. So wurde ein „sozialer Zivildienst“ ebenso abgelehnt wie ein 15jähriges Rüstungsmoratorium.

In der Parlamentsdiskussion wurde deutlich, daß die Bourgeoisie die Ergebnisse der Unterschriftensammlung der GSoA durchaus als ernstzunehmende Bedrohung ihrer Militär- und Rüstungspolitik sieht. Koller sah in der Debatte die „Chance“, insbesondere „unserer Jugend“ den „Auftrag“ und die „anhaltende Notwendigkeit“ der Armee noch verständlicher zu machen“. Vertreter von GPS und SP hatten vor der Abstimmung im Fernsehen erklärt, auf mögliche Befürworter sei Druck ausgeübt worden, die bürgerliche Mehrheit setzte namentlich Abstimmung durch, von „Farbe bekennen“ war die Rede.

Eine Volksabstimmung — der Termin steht noch nicht fest, sie wird vermutlich aber noch in diesem Jahr stattfinden — muß jetzt zeigen, wie breit die Bewegung gegen Militär, Aufrüstung und Rüstungsexport ist.

Quellenhinweis: FAZ, 30.5.88; NZZ, 27.5.88; Tages-Anzeiger, 13.12.88; WoZ, 16.12.88 — (jüg)

USA nach den Wahlen

Reagan läßt die Sau raus

Innerhalb von zwei Wochen nach den Wahlen hat die ausgehende Reagan-Regierung eine ganze Serie von Maßnahmen erlassen, die sich gegen die Werktagigen und Armen richten und deren Verkündung ganz offensichtlich auf nach den Wahlen verschoben worden war.

Das Trommelfeuer begann zwei Tage nach der Wahl mit Reagans Veto gegen ein Gesetz zur Finanzierung einer Studie über Unterernährung und darauf aufbauende Abhilfemaßnahmen. Einen Tag später verlangte das Justizministerium vom Obersten Gerichtshof, die 1973er Legalisierung der Abtreibung aufzuheben. Das Gericht hat über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes zu entscheiden, das den staatlichen Wohlfahrts- und Gesundheitsbehörden verbietet, Informationen über die Möglichkeit von Abtreibung auszugeben. Reagan ist für das Gesetz.

Ein paar Tage später hob die Reagan-Regierung die letzten Verbote von Heimarbeit auf, die vor 45 Jahren erlas-

sen wurden, um die Einhaltung des Minimallohns, Bezahlung von Überstundenzuschlag und des Verbots der Kinderarbeit durchzusetzen. Kaum einen Tag später schickte die Behörde für Landwirtschaftskredite an über 80000 Bauern — die meisten davon Familienbetriebe — Androhungen der Zwangsversteigerung raus.

Sieben Tage nach der Wahl verfügte das Verkehrsministerium, daß 4 Mio. Lastwagen- und Busfahrer, Flugzeug- und Eisenbahnerarbeiter, Seeleute und Pipelinearbeiter Stichprobentests auf Drogen unterzogen werden. Als nächstes kam die Sozialversicherung dran. Neue Regelungen wurden verkündet, deren erklärt Ziel es war, die Anfechtung von Ablehnungsbescheiden für Rentenversicherung, Krankenhilfe oder Wohlfahrt schwieriger zu machen. Besonders betroffen von den neuen Regelungen sind arbeitsunfähige Menschen. Sie machen etwa 90% der Anfechtungsklagen aus. Von den jährlich 250000 Anfechtungen von Ablehnungsbescheiden (bei 5,5 Mio. Neuanträgen pro Jahr) werden bisher mehr als die Hälfte gewonnen. 1982 hatte die Reagan-Regierung schon einmal durch Änderung von Regelungen 500000 Arbeitsunfähige um ihre Rente gebracht, ehe der Kongreß 1983 per Gesetz eingriff.

Am 18. November erließ Reagan eine präsiale Verfügung, die das Recht eines Bundesstaats oder einer Kommune aufhob, die Betriebserlaubnis eines Kernkraftwerks zu blockieren, indem es sich weigerte, an der Aufstellung eines Evakuierungsplan mitzuarbeiten. Der Betrieb zweier Kernkraftwerke inmitten dicht besiedelter Gebiete ist z.T. infolge lokaler Einsprüche aufgehalten, die nun übergangen werden können. Eine andere „harte Entscheidung“ kam vom Justizministerium und der Behörde für Arbeitssicherheit, die alle strafrechtlichen Anklagen gegen eine Baufirma wegen des Kollapses eines Gebäudes einstellte, bei dem 28 Arbeiter umkamen. Die Arbeitssicherheitsbehörde teilte darüber hinaus mit, daß sie sich nicht für die Durchsetzung der 5 Mio. Dollar Geldstrafe gegen die Firma wegen der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen einsetzen werde.

In allen Fällen wurde die Ankündigung absichtlich und z.T. zugegebenermaßen bis nach den Wahlen zurückgehalten, weil sie die Wahl Bushs sowie einiger Senatoren und Abgeordneten hätte gefährden können.

Die Einschränkung der Widerspruchsrechte gegen Ablehnung von Rentenversicherungs- und Wohlfahrts-Ansprüchen hat eine starke Welle von Protesten ausgelöst. Der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses des Repräsentantenhauses rief dessen Mitglieder aus den Ferien und noch vor Ende der Amtszeit des alten Kongresses zusammen. Kurz vor der Sitzung wurden die neuen Bestimmungen zurückgezogen. — (her. ger)

VR China

Landflucht nimmt zu

Von den 180000 Fahrgästen, die täglich den Beijinger Bahnhof benutzen, kommen rund 42000 aus den ländlichen Gebieten: Sie suchen in der Hauptstadt Arbeit.

„Durch die Einführung eines Systems der vertragsgebundenen Verantwortlichkeit in den ländlichen Gebieten“ — dabei bekommen die Einzelhaushalte Land zugewiesen mit der vertraglichen Verpflichtung, jährlich bestimmte Erntemengen zu liefern — „sind in China viele Landarbeiter von ihrem Land freigesetzt worden“, schreibt die „Arbeiter-Zeitung“. (1) Schon Ende 1984 betrug die Zahl der auf solche Weise „überflüssig“ gemachten Arbeitskräfte ca. 200 Millionen (2), und sie nimmt allen Angaben zufolge weiter zu. In der ländlichen Industrie können die meist jungen Arbeitslosen nur zum geringen Teil Beschäftigung finden. Viele strömen in die Städte. So hat sich seit Beginn der 80er Jahre im Zuge der „Reformpolitik“ die frühere Tendenz zur Verkleinerung der Großstädte längst umgekehrt. Aus den armen nordwestlichen Regionen z.B. sind über eine Million Bauern in die Städte geflüchtet. „Diese einfachen Landarbeiter haben oft unrealistische Vorstellungen vom ‚großen Geld‘, wenn sie in die Stadt kommen. Sobald sie aber da sind, werden sie sich bewußt, daß es doch nicht so einfach ist.“ (1) Recht brutal werden sie auf die Wirklichkeit gestoßen. Viele finden weder Arbeit noch Unterkunft. Allein in Beijing leben mehr als 478000 Nichtseßhafte, ländliche Wanderarbeiter, die mehr als drei Monate in der Stadt bleiben. Oft werden sie von der Polizei aufgegriffen und in ihre Heimat zurückverschoben, um bereits Wochen später zurückzukehren. Andere finden über den „grauen“ Arbeitsmarkt illegale oder halblegale Beschäftigungen. Seit einigen Jahren weitert sich das System der Vertrags-, Saison- und Zeitarbeit, das niemals ganz ausgerottet, in der Kulturrevolution jedoch stark eingeschränkt wurde, enorm aus. Staats- und Kollektivbetriebe nutzen die verzweifelte Lage der ländlichen Wanderarbeiter und zwingen ihnen halblegale Arbeitsverträge vor allem für schmutzige und körperlich schwere Arbeiten auf. Sie zahlen ihnen einen niedrigeren Lohn, sparen dabei oft mehr als 10% der Lohnsumme und verweigern den Kontraktarbeitern Versicherungsleistungen und andere von der chinesischen Arbeiterklasse erkämpfte Sozialleistungen. Bereits 1984 arbeiteten in Guangzhou und Chengdu jeweils über 10000 registrierte ländliche Arbeitskräfte auf Kontraktbasis, insbesondere als Bauar-

beiter oder Lastenträger. (3) Der berühmte Potala-Palast in Lhasa (Tibet) wurde von ländlichen Arbeitern renoviert, die 2000 Kilometer weiter aus Anhui gekommen waren.

Ein Ergebnis der wachsenden Armut von Teilen der Landbevölkerung auf der einen und des wachsenden Wohlstandes von Akademikerfamilien oder Privatunternehmern auf der anderen Seite ist die Zunahme der Vertragsarbeit durch private Haushalte. 1984 waren in Beijing 30000 Hausgehilfinnen registriert, aber die Zahl der nicht-registrierten lag um vieles höher. So wurde 1985 bekannt, daß eine große Anzahl junger Frauen aus der Provinz Hebei illegal in die Hauptstadt wanderte, um dort Anstellung in privaten Haushalten zu finden. (3)

Der Druck des Arbeitsmarktes hat die Lage der chinesischen Arbeiter erschwert. Die staatlichen Betriebe stellen neue Arbeiter nur noch auf der Basis von Zeitverträgen ein. Dies führt nach mehreren Berichten zu erheblicher Unzufriedenheit.

Quellenhinweis: (1) Nach Beijing Rundschau vom 20.9.88; (2) Statistisches Bundesamt, Länderbericht VR China 1987; (3) W. Jamann, T. Menkhoff, Licht und Schatten — Chinas Zweite Wirtschaft, in: Osteuropa-Wirtschaft 1/88 — (scc)

Palästina

UNO erkennt Staat Palästina an

Am 15.12.88 haben in der UNO-Vollversammlung 104 Länder den Staat Palästina, wie ihn der palästinensische Nationalrat am 15.11. zuvor proklamiert hatte, anerkannt. Nur zwei Länder, USA und Israel, stimmten dagegen, 37 Länder, darunter die gesamte EG, enthielten sich. In der Resolution wird gleichzeitig verfügt, daß zukünftig die Bezeichnung „Palästina“ anstelle PLO zu verwenden ist, unbeschadet des Beobachterstatus und der Funktionen der PLO innerhalb der UNO.

In einer zweiten Resolution, die mit 138 Stimmen bei zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen angenommen wurde, kräftigte die UNO-Vollversammlung die Forderungen der PLO. Die Resolution fordert u.a. „den Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Jerusalems und den anderen besetzten arabischen Gebieten“ und die „Beseitigung der israelischen Ansiedlungen“. Erstmals bezieht sich die UNO auch wieder auf den von ihr 1947 selbst beschlossenen Teilungsplan für Palästina, der festumrissene Grenzen für einen arabischen und einen jüdischen Staat vorsah:

„Gewährleistung der Vorkehrungen für die Sicherheit aller Staaten in der Region, einschließlich der in der Resolution 181 vom 29.11.47 genannten, innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen.“ Unter dem Stichwort „Sicherheit aller Staaten in der Region“ hatte bisher Israel allein seine Forderungen verwaltet gesehen. Außerdem will sich die UNO „bemühen, das seit 1967 besetzte palästinensische Gebiet einschließlich Jerusalems für einen begrenzten Zeitraum als Teil des Friedensprozesses unter die Aufsicht der Vereinten Nationen zu stellen.“

Als ebenso bedeutungsvoll wurde in Palästina der Beschuß der USA eingeschätzt, nach 13 Jahren erstmals wieder offizielle Kontakte zur PLO aufzunehmen, besonders nachdem sie noch wenige Tage zuvor entgegen internationalem Recht Arafat nicht zur UNO-Vollversammlung in die USA einreisen ließen.

Griechenland, Spanien und Frankreich wollen auf Ebene der Außenminister Kontakt zur PLO aufnehmen, Großbritannien und die Niederlande auf ministerieller Ebene. Die Europaparlamentarier forderten mit 60 zu 52 Gegenstimmen bei 10 Enthaltungen die EG-Staaten auf, die PLO als palästinensische Exilregierung anzuerkennen.

In der BRD konzentrieren sich die Stellungnahmen vor allem darauf, Israel vor internationaler Isolation zu bewahren. Die Bundesregierung hofft seit langem darauf, „daß Israel seine Chance erkennt, die es in diesem Umfang noch niemals vorher gegeben hat“, betonte Schäfer vom Auswärtigen Amt: Im Interesse Israels werde der Weg bereitet für die Beendigung des Aufstands in den besetzten Gebieten und schließlich auch für die Existenzsicherung der Staates Israel in festgelegten Grenzen.

Quelle: Palästina-Bulletin 50/88 — (bar)

Frankreich

Neues soziales „Klima“

Vielleicht zu oft sprechen Revolutionäre — in einer berufsmäßigen Neigung zu optimistischer Verallgemeinerung — von einer sich abzeichnenden positiven Wende in der Situation des Klassenkampfs. Doch angesichts der Bewegung — insbesondere, aber nicht nur — im öffentlichen Dienst in Frankreich in der zweiten Jahreshälfte 1988, ist es schwierig, sich einem solchen Eindruck zu entziehen. Als die traditionellen Linksparteien (PS und PC, Sozialdemokratie und reformistische KP) die Wahlen gewannen und an die Regierung kamen, tanz-

ten Menschenmassen in Paris auf den Straßen. In der Metro gingen die Schaffner in die Erste-Klasse-Abteile und forderten strengen Blicks die Fahrausweise der besseren Leute. In der zweiten Klasse reiste man ebensogut ohne wie mit Ticket. Ein neues Zeitalter, eine „grundlegende Veränderung“, waren versprochen — beides schien angebrochen. Und nicht wenige revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten, die sich über die Absichten der traditionellen Führungen keine Illusionen machten, hofften zumindest, daß die abhängig Beschäftigten



Protestaktion von Bus- und Straßenbahnhalfahrern in Straßburg



Der Mord an dem brasilianischen Gewerkschafter Francisco Chico Mendes (auf dem Bild mit seiner Familie) in Rio Branco in Nordbrasilien hat zu heftigen Protesten der Gewerkschaften und der brasilianischen Grünen geführt. Mendes, u.a. Träger eines Preises der Vereinten Nationen für seinen Einsatz gegen die Rodung des Amazonas, war in seiner Heimatstadt Xapuri Leiter der Landarbeitergewerkschaft der Kautschuk-sammler. Für seine Ermordung werden rechtsradikale Kreise um die Großgrundbesitzervereinigung UDR verantwortlich gemacht. Ein Sprecher der brasilianischen Grünen kündigte eine landesweite Kampagne der Organisation der Kautschuksammler gegen die UDR an. Die Regierung in Brasilia sandte den Chef der Bundespolizei und den Staatssekretär des Justizministeriums nach Rio Branco. — (rül)

Zaire: Konflikt mit Belgien

Die Regierung Mobutu in Zaire hat eine Einschränkung der Beziehungen mit der einstigen Kolonialmacht Zaires, Belgien, angekündigt. Staatschef Mobutu kündigte die Schließung aller zairischen Unternehmen in Belgien an. Die etwa 5000 zairischen Studenten in Belgien müßten das Land in Kürze verlassen. Anlaß für diese Auseinandersetzung ist nach Presseberichten die Weigerung der belgischen Regierung, dem hochverschuldeten Zaire einen Teil seiner Schulden an Belgien (etwa 2 Mrd. DM) zu erlassen. Die fast 17000 Belgier, die noch immer als kirchliche Angestellte, Militärberater und „Entwicklungshelfer“ in

Zaire tätig sind, dürfen allerdings in Zaire bleiben. — (rül)

Jugoslawien: Regierung zurückgetreten

Die jugoslawische Regierung unter Regierungschef Mikulic ist zurückgetreten. Das jugoslawische Parlament hatte zuvor von der Regierung geforderte Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst, im Bildungs- und Erziehungswesen abgelehnt. Im Juni 1988 hatte der IWF diese Lohnsenkungen zur Bedingung eines neuen Beistandskredits für Jugoslawien gemacht. Das Parlament verabschiedete aber ein Gesetz, das die Gründung privater und halbstaatlicher Unternehmen stark erleichtert. — (rül)

über kurz oder lang ihre enttäuschten Hoffnungen einklagen würden. Es wurde nicht kurz, es wurde lang, und dazwischen lag eine neue Phase der Rechtsregierung und dazu ein spektakulärer Aufschwung des faschistischen Front National von Le Pen . . .

Die Jahre der „Linksregierung“ waren Rekordjahre in Hinblick auf die geringe Zahl der Streiktage, der Kämpfe und Mobilisierungen der abhängig Beschäftigten. Und das, obwohl es die „Linksregierung“ war, die die Politik der „Austerität“ in's Werk setzte, die „Sparpolitik“. Die folgende Rechtsregierung konnte sich damit begnügen, diese Politik weiterzuführen und zu radikalisieren. Wiederum kamen die Sozialdemokraten an die Regierung. Und es ist nicht legitim, den revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten die Genugtuung darüber zu mißgönnen, daß die Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter die Bilanz der Maßnahmen auch der ersten

„Linksregierung“ doch nicht vergessen hat.

Der in letzter Analyse entscheidende Aspekt der Bewegung in der zweiten Jahreshälfte 1988 waren die Lohnforderungen. Nicht nur, weil sie „egalitäre“ Zeichen setzte mit der Forderung nach Festbeträgen für alle. Auch, weil die Beteiligten eine Rechnung aufmachten, die sich auf den durchschnittlichen Reallohnverlust seit Anfang der der „Sparpolitik“ im Jahre 1982 („Linksregierung“!) bezieht. Ungefähr 1500 Francs (durch drei geteilt ergeben französische Francs in etwa DM) pro Monat wurden seitdem verloren durch Einfrieren der Löhne und Anstieg der Lebenshaltungskosten. Die Krankenschwestern forderten 2000 Francs für alle. Die meisten anderen Streikenden bei der Post, bei Air France, im Energiesektor, im Nahverkehr, forderten 1500 Francs. Sehr verbreitet und populär wurde im Laufe dieser Kämpfe auch die Forderung nach

USA: AFL-CIO gegen Mehrwertsteuerpläne

Der US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO hat seinen Widerstand gegen alle Pläne zur Einführung einer bundesweiten Mehrwertsteuer in den USA noch vor Amtseinführung der neuen Regierung Bush bekräftigt. Mitte Dezember legte eine Koalition unter dem Namen „Bürger für Steuergerechtigkeit“, bestehend aus Gewerkschaften, Verbraucherverbänden, Bürgerrechtsorganisationen und Organisationen von Wohlfahrtshilfeziehern eine Studie gegen solche gegenwärtig von US-Reaktionären zur „Sanierung des US-Haushalts“ propagierten Pläne vor. Diese Studie beweise eindeutig, daß jede Behauptung, eine solche Steuer sei einfach und gerecht, entweder ein grober Irrtum oder aber absichtliche Täuschung sei, erklärte der Leiter der Koalition: „Ein genauer Blick auf die europäischen Erfahrungen mit Umsatzsteuern sollte ein für alle Mal das Gerede über die Einführung einer solchen Steuer innerhalb unserer Grenzen zum Verstummen bringen.“ Die Studie belegt die hohe Belastung niedrigster Einkommen durch Umsatzsteuern: Während Familien mit Einkommen von 10000 Dollar im Jahr 14% ihres Einkommens durch die neue Steuer einbüßen, müßten Familien mit mehr als 75000 Dollar im Jahr nur noch 7%, solche mit mehr als 500000 Dollar sogar nur noch 4% als Umsatzsteuer zahlen. Arnold Canter, ein Sprecher des AFL-CIO, pries die neue Studie: Sie sei eine „exzellente Analyse der Gründe, weshalb die Vereinigten Staaten jeden Versuch zur Einführung einer Mehrwertsteuer zurückweisen sollten.“ (Quelle: AFL-CIO News, 17. Dezember 1988 — rül)

6000 Francs gesetzlichen Mindestlohn. Er liegt heute bei 4860 Francs brutto oder ca. 4500 netto.

Nachdem die studentische Jugend und die Beschäftigten der Eisenbahn den „sozialen Frieden“ erschüttert hatten, gab die Bewegung der Krankenschwestern ein Signal, das weite Teile des öffentlichen Dienstes erreichte. Am 13.10. mobilisierten sie 100000, 200000 demonstrierten am 3.11. unter ihren Forderungen. Auf dem Höhepunkt der Bewegung waren 80 bis 90 Prozent aller Krankenschwestern — unter Aufrechterhaltung eines selbstorganisierten Notdienstes — an den Streiks beteiligt, und sie zogen eine Reihe von anderen Kategorien der Beschäftigten im Gesundheitswesen mit sich.

Die Lohnforderungen waren das wichtigste, doch es ging um mehr, und sie drückten auch mehr aus, als nur die Erforderung der Kaufkraft. Unter dem Motto „weder Mägde, noch Nonnen,

Streiks im Sudan

Nach einer mehrtägigen landesweiten Streikbewegung hat die sudanesische Regierung mehrere Preiserhöhungen zurückgenommen. Zehntausende von Arbeitern hatten auf Aufruf des sudanesischen Gewerkschaftsbundes gegen die „Hungerregierung“ protestiert, die Rücknahme von Preiserhöhungen (u.a. waren Zucker und Grundnahrungsmittel um bis zu 500% teurer geworden), Lohnerhöhungen rückwirkend ab 1. Juli 1988 und ein Friedensabkommen mit der Volksbefreiungsfront Sudans (SPLA) gefordert. — (rül)

Großbritannien: Weitere Angriffe gegen Arbeitslose

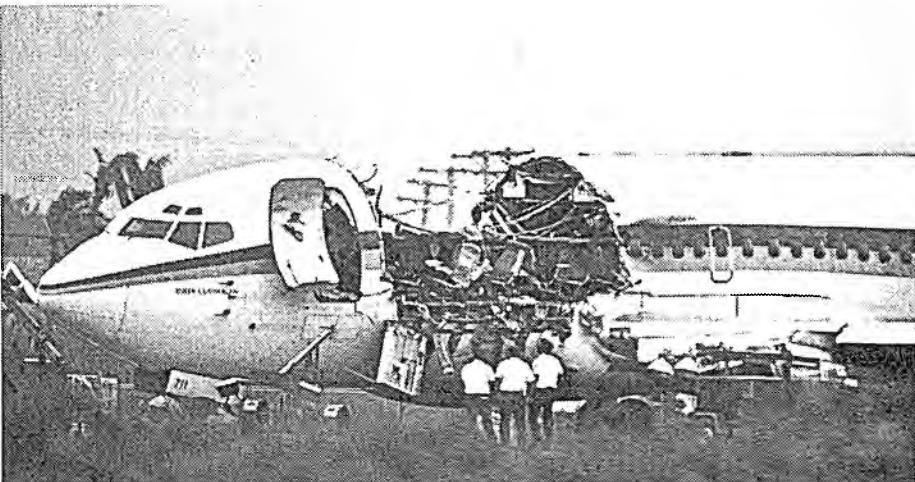
Die britische Regierung hat neue Angriffe auf Arbeitslose angekündigt. Arbeitsminister Fowler kündigte weitere Maßnahmen gegen angeblich ungerecht fertigten Bezug von Arbeitslosengeld an. So soll ein ständiges Betriebsdezernat für Inner-London eingerichtet werden, um die „Schattenwirtschaft“ zu bekämpfen. Hauptangriffsziele sollen die Beschäftigten in der Bauwirtschaft, Taxifahrer und kleine Händler sein. Kurz zuvor hatte eine Studie der britischen Arbeitsverwaltung behauptet, viele der 288000 offiziell in London registrierten Arbeitslosen würden sich nicht ernsthaft um Arbeit bemühen. Als „Beweis“ hatte dieselbe Studie u.a. darauf hingewiesen, daß in London 150000 offene Stellen der Kapitalisten unbesetzt seien. Dem will die Regierung nun mit zusätzlicher Verfolgung von Arbeitslosen zuleiberücken. Mit den auf diese Weise eingesparten Arbeitslosengeldern soll dann u.a. ein „mobiles Arbeitsamt“ finanziert wer-

den, dessen Beamte in Gegenden mit weitverstreuten Betriebsstätten umherreisen und die Kapitalisten nach ihren Wünschen befragen. — (rül)

Niederlande: 5 Jahre Haft für Anti-Apartheid-Aktionen

Ein niederländisches Gericht hat Rene Roemersma, angeblich ein führendes Mitglied der Anti-Apartheid-Organisation „RaRa“ (Revolutionäre Anti-rassistische Aktion) zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Roemersma war beschuldigt

worden, an zwei Brandanschlägen auf eine niederländische Supermarktkette, einem Anschlag auf eine Paßdruckerei und auf eine Shell-Tankstelle beteiligt gewesen zu sein. Alle angegriffenen Firmen haben Niederlassungen in Südafrika. „RaRa“ hat die Notwendigkeit revolutionärer Aktionen gezeigt. Die Angriffe, die zusammen zu Sachschäden von 37 Mio. Pfund Sterling führten, sind nichts verglichen mit einem Tropfenschwarzen Blut“, verteidigte Roemersma im Prozeß die Aktionen von „RaRa“. — (rül)



Schon wenige Tage nach dem Absturz der PanAm-Boeing auf die schottische Ortschaft Lockerbie, bei der über 270 Personen zu Tode kamen, sind die Hinweise in der bürgerlichen Presse auf die wahrscheinlichen wirtschaftlichen Ursachen des Absturzes weitgehend verstummt. Kein Wort mehr von den Rationalisierungsmaßnahmen aller US-Fluggesellschaften infolge Reagans „Deregulierungsprogramm“ für die Luftfahrt, den Entlassungen von Piloten, Lotsen, Wartungspersonal. Kein Wort mehr von den speziellen Finanznoten der PanAm. Kein Wort mehr von jenem denkwürdigen Unglück vor wenigen Monaten, als eine US-Maschine auf dem Flug nach Hawaii das halbe Rumpfdach verlor (Bild). Das offizielle Verdikt: „Bombenanschlag“ beendet staatlicherseits alle Ermittlungen in dieser Richtung. Angeblich seien Spuren von Plastiksprengstoff gefunden worden. Die PanAm ist damit eine große Sorge los. Den Entschädigungsansprüchen der Angehörigen der Opfer kann sie nun gelassen entgegensehen. — (rül)

noch Idiotinnen“ wehrten sich die Krankenschwestern gegen das doppelt-scheinheilige Bild der billig zu entlohnenden weiblichen „Zuverdienerinnen“ und der aufopferungswillig zum dienen Berufenen. Auch in den anderen Bereichen, in denen gekämpft wurde, ging es neben den Lohnforderungen um den Kampf gegen den Personalabbau, für kürzere Arbeitszeit und Neueinstellungen. Nicht weil die Beschäftigten die Lohnarbeit so sehr mögen und auf möglichst viele ausgedehnt wissen wollen. Sondern zum Beispiel: Am 7.11.1988 sterben neun Arbeiter der Eisenbahn an den Folgen eines Unfalls in einem kleinen Vorortbahnhof, an dem es kein Überwachungspersonal mehr gibt. 1985 bis 1988 hat die staatliche Eisenbahnsgesellschaft SNCF 40000 Arbeitsplätze abgebaut. Für 1989 sieht sie den Abbau weiterer 6500 vor. Auch in den anderen Bereichen werden die Arbeitsbedingungen immer schlimmer. In einem der

Postämter ging der Streik deshalb los, weil die Betriebsleitung stundenweise Aushilfskräfte für die Nacht einstellen wollte, um „Löcher zu stopfen“. Kein Wunder, daß die Beschäftigten die Übernahme der Auszubildenden, Neueinstellungen bei vollem Lohnausgleich, Umwandlung der Teilzeitbeschäftigungen in Normalbeschäftigungen fordern.

Wenig beachtet, doch wichtig: Die wochenlange Streikbewegung von Beschäftigten der AKWs. 60% des Stroms in Frankreich produziert die Atomkraft. Alle Reserven mußten mobilisiert werden, um die Wirkungen der Streiks zu parieren.

Ein eigener Artikel wäre nötig, um die Rolle der Selbstorganisation von unten — angefangen bei den Krankenschwestern —, der Streikkomitees und Koordinationen zu beschreiben. Die Gewerkschaften sind in Frankreich minderheitlich, gespalten und ihre Führungen hemmen bewußt die Kämpfe. Einheit, demo-

kratische Entscheidung über den eigenen Kampf von unten ist die Bestrebung der Selbstorganisation, die sich mit der klassenkämpferischen Minderheit in den Gewerkschaften trifft. Doch die Bürokratien, insbesondere der CFDT, gingen bis zu Ausschlüssen derjenigen, die sich an der Selbstorganisation beteiligten.

Im Durchschnitt erreichten die Streikenden nur 300 bis 400 Francs, zusätzlich zu prozentualen Lohnerhöhungen bis zu 2,2%. Neueinstellungen wurden kaum erreicht, doch Pläne weiteren Personalabbau oft abgeschmettert. Die Vielfalt, Differenzierung, Zersplitterung nach Betrieben und Kategorien erlaubt es nicht, heute eine minutiöse Bilanz zu ziehen. Diese Zersplitterung zu überwinden — aber nicht künstlich auf Knopfdruck, sondern unter strikter Wahrung der Kontrolle von unten — ist auch die zu wünschende nächste Etappe der Bewegung, die keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden kann. — (mke. VSP)

Veröffentlichungen

„Zur politischen Stärkung von Recht und Gesetz“

Rupert Scholz, Professor für öffentliches Recht, veröffentlichte im Juni sein Buch „Daran halte ich fest — Berliner Positionen zu Nation, Demokratie, Rechtsstaat“. Der Verfassungsrechtler und Mitautor des Grundgesetzkomentars hat sich durch zahlreiche Beiträge zur Berlin- und Deutschlandpolitik sowie zu Rechts- und Verfassungsfragen für seine Aufgaben als Bundesminister profiliert. Schon im Vorwort betont er die Absichten seiner gesammelten Aufsätze in der vorliegenden Buchform: „Es wird höchste Zeit, sich wieder auf die fundamentale Bedeutung von Recht und Gesetz zu besinnen ... Dieses Buch versteht sich deshalb auch als Aufforderung zur Rückbesinnung und zur politischen Stärkung von Recht und Gesetz.“

In der ersten Hälfte der Aufsatzsammlung entwickelt Scholz seine „Positionen zur Nation“ und stellt fest: „Das verfassungsrechtliche Wiedervereinigungsgesetz des Grundgesetzes schließt weder die national-staatliche noch die europäische Lösung der deutschen Frage aus ... Die DDR hat längst den Irrweg des Versuchs, sich als eigenständige, von der deutschen Geschichte abgekoppelte ‚sozialistische Nation‘ zu konstituieren, aufgegeben und versucht statt dessen heute, sich gerade als in der Geschichte und damit auch in der deutschen Gemeinsamkeit stehende ‚deutsche Nation‘ von freilich besonderer, d.h. ‚sozialistischer‘ Struktur zu begreifen. In Wahrheit bedeutet dies nichts anderes als das Zugeständnis, unverändert Teil der (unteilbaren) deutschen Nation zu sein.“ (S. 17) Der Verfassungsrechtler polemisiert gegen den Status quo und dessen für die BRD schädlichen Konsequenzen: „Nichts ist entspannungsfeindlicher als undurchdringliche Grenzen, wie sie die Situation in Deutschland heute bestimmen. Nichts ist entspannungsfreundlicher als die Überwindung solcher Grenzen oder doch zumindest die Erreichung größerer Grenzdurchlässigkeit.“ (S. 18) Die „europäische Lösung“ bietet Möglichkeiten, die weltöffentlich unpopulären Revanchismus-Absichten als „fertig“ zu kaschieren.

Wie die DDR sich den Ansprüchen westlicher Kultur anzupassen hat, formuliert Scholz wie folgt: „Die DDR wird um so mehr an Akzeptanz bei ihren Bürgern finden, je mehr sie wirtschaftlich und sozial vergleichbare Lebensverhältnisse mit der Bundesrepublik schafft, je mehr sie den Menschen innere und äußere Freiräume einräumt und je mehr sie vor allem ihre grenzpolitische Abkapselung aufgibt, also Freizügigkeit gewährt.“ (S. 30) Damit wäre dann auch gleich die wirtschaftliche und politische

Ordnung der DDR vernichtet, wesentliche Hemmnisse der Einverleibung beseitigt. „Integrationspolitisch ist und bleibt Berlin nach alledem Hauptstadt der deutschen Nation, lediglich in politisch-administrativer Hinsicht verfügt Berlin heute über keine Hauptstadtfunktion (S. 56) ... bleibt Berlin unverändert globaler Schnittpunkt im Ost-West-Verhältnis, wobei sicherlich auch in Richtung Westen stets daran erinnert werden muß, daß jede status-quo-orientierte Defensivpolitik weder mittel- noch längerfristigen Fortschritt bringen kann.“ (S. 61) Die Berufung zum Bundesverteidigungsminister war keine Notlösung, sondern die Konsequenz aus der von Scholz mitentwickelten Strategie gegen die DDR und östliche Nachbarstaaten.

Der zweite große Abschnitt behandelt Verfassung, Rechtsstaat und Rechtspolitik. Hier wird vor allem im Schlussartikel deutlich, wie rechts Scholz tatsächlich



Scholz zählt zu den sich skrupellos durchsetzenden Kräften der Regierung.

einzustufen ist: Kämpfer für Recht und Gesetz ohne Skrupel. „Staatsräson (Staatsinteressen stehen vor allen anderen, d. Red.) als staatsbürgerliche Verantwortung heißt Pflicht des Bürgers zur Verfassungstreue (S. 177) ... Dies hat sich allerdings mit dem Auftreten der ‚Grünen‘ und ‚Alternativen‘ geändert ... Es handelt sich nach wie vor um prinzipiell antiparlementarische Organisationen ...“ (S. 180) Zur Frage der Gewalt: „Indessen ist Gewalt gegen Sachen wie Gewalt gegen Personen in gleicher Weise illegal und illegitim ... Der Schritt von hier zum Terrorismus ist ... nicht weit (S. 185) ... Gefordert ist bereits eine staatsbürgerliche Erziehung junger Menschen, die wirklich wertbezogen ist. Darüber hinaus bedarf es der Stärkung des bürgerlichen Verfassungs- und Rechtsbewußtseins allgemein ... Auf daß Verfassungsräson und Staatsräson wieder gestärkt werden.“ (S. 189)

Rupert Scholz, *Daran halte ich fest*, Verlag Bonn Aktuell, Juni 1988, 19,80 DM — (mal)

Arbeitshetze bei der Post soll weiter gesteigert werden

In der Untersuchung wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Frankfurt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Postgewerkschaft, Bezirk Hessen, werden die hinter den „Neuordnungsplänen liegenden ökonomischen Interessen“ der Elektrokonzerne aufgezeigt.

Für die Beschäftigten wird es schon vor der Privatisierung durch DELKOS (dezentrale Leistungs- und Kostenrechnung) zu „einer erheblichen Arbeitsintensivierung“ und „einer verstärkten Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes und der Arbeitszeiten“ kommen. Nach einer erfolgreichen „Umstrukturierung“ wird sich dieser Effekt noch verstärken.

Die Autoren raten: „insbesondere (müssen) die Fragen einer konsequenten gewerkschaftlichen Beschäftigungspolitik auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene bereits heute zum Bestandteil gewerkschaftlicher Aktivitäten zur Rettung der Bundespost gemacht werden. Ansonsten besteht die Gefahr, daß die DPG die innerbetrieblichen Rationalisierungs- und Flexibilisierungsstrategien als Preis für eine ‚weltmarktorientierte Modernisierung‘ der Bundespost akzeptieren muß.“

H. Landgraf, B. Lüthje, S. Marko, C. Scherrer, Kommerzialisierung der Deutschen Bundespost, WSI Mitteilungen 11/88 — (sip)

„Abschied von der Koedukation?“

Eine Frau Faulstich-Wieland, Dozentin an der Fachhochschule in Frankfurt und Betreuerin des Projekts „Mädchen-Bildung und neue Technologien“, hat hier verschiedene Aufsätze zusammengestellt, die darstellen, daß die Erziehung von Mädchen in Grund- und weiterführenden Schulen sowie in der Jugendarbeit nach wie vor durch geschlechtsspezifische Klischees zuungunsten der Mädchen geprägt ist.

Die Autorinnen grenzen sich von den Christlich-Konservativen deutlich ab. Auf die Christlich-Konservativen, speziell die Katholische Kirche, gehen nach Meinung der Autorinnen alle Ansichten zurück, die die Unterschiedlichkeit und Zusammenarbeit der Geschlechter als Grundlage aller Kultur anerkennen. Die *gottgewollte* Verschiedenartigkeit der Geschlechter: hier „schöpferische Dynamik des Intellekts“, da „Kraftquelle und Lebensspenderin“, würde durch eine gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen *nivelliert*; Ergebnis: Die ganze Menschheit wäre gefährdet!

Demgegenüber halten die Autorinnen fest: „Aus dem einzigen Unterschied (zwischen Jungen und Mädchen), der biologischen Mutterschaft“ und der „Art der Zeugungsfähigkeit“ können

keine weiteren natürlichen Wesensunterschiede festgestellt werden, die unterschiedliche Bildungseinrichtungen erfordere. Es sei auch keine Frage des Bildungssystems, ob Mädchen und Jungen nach Geschlechtsklischees erzogen würden, sondern eine Frage der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Gesellschaft. Diese „erfordere“ „männliches“ und „weibliches“ Verhalten und reproduziere es durch Erziehung. Jegliches Feststellen „besonderer“ Wesensmerkmale von Mädchen — wie dies beispielsweise die bürgerliche Frauenbewegung um die Jahrhundertwende vertreten hat — lehnen die Autorinnen als Hilfe für die weitere Diskriminierung von Mädchen zurück.

Die Koedukation in der BRD sei aus pragmatischen bzw. wirtschaftlichen Gründen in den 70er Jahren durchgeführt worden, um Mädchen als Befragungsreserven zu mobilisieren. „Gleichberechtigung von Mann und Frau“ sei nicht als Ziel z.B. in den Landesverfassungen ausgedrückt worden.

Das Ergebnis heute: „Koedukation macht Mädchen dumm!“, „Verführung zur Ohnmacht“ — so zwei Buchtitel aus den 80er Jahren. Folgende Beobachtungen führen dies aus, wobei die Autorinnen meist nicht selbst recherchiert haben, sondern andere Untersuchungen zusammenfassen:

- die geschlechtsspezifische Fächerwahl (Jungen wählen Mathe- und Naturwissenschaften, Mädchen Sprachen) ist an gemischten Schulen sogar noch höher als an reinen Mädchenschulen.

- Mädchen werden für ihre Arbeitshaltung (Fleiß, Disziplin) häufiger gelobt, Jungen dagegen für ihre Denkfähigkeit. Mädchen sind also doch dümmmer?! Zumindest ihre Anpassungsbereitschaft wird so durch das Lehrerverhalten zusätzlich verstärkt.

- Die Schulbücher strotzen nur so von geschlechtsspezifischen Klischees: Frauen sind Mütter und geben viel Geld aus, Mädchen sind meist kleinere Schwestern, Männer sind aktiv, arbeiten und verdienen Geld, sie sind Handlungsträger in Geschichten ... Trotz Kritik ändern die Verlage ihre Bücher nicht bzw. unwesentlich.

- Die Interessenslage der Mädchen werde zu wenig bei den Lehrplänen und Schulbüchern berücksichtigt. Technik z.B. interessiere Mädchen nicht aus dem Aspekt, starke Maschinen, sprich Motorräder, zu beherrschen, sondern eher deshalb, weil sie auch in diesem Bereich der Gesellschaft mitbestimmen wollen.

Faulstich-Wieland, Abschied von der Koedukation?, 1988, durch Überweisung von 21,50 DM auf das Konto der Fachhochschule Frankfurt 1255-607, Postgiro FfM BLZ: 50010060 Stichwort: Sonderkonto Schriftenreihe Band 18 zu erhalten. — (asd, AGB)

Sozialprogramm der EG-Kommission

Mobilisierung billiger Arbeitskraft — europaweit

Am 14. September 1988 hat der damals für Beschäftigung und Soziales zuständige EG-Kommissar, Manuel Marin, ein Arbeitsdokument der Kommission vorgelegt mit dem Titel „Die soziale Dimension des Binnenmarktes“. Das öffentlich kaum bekannte Dokument (SEC(88) 1148 endg.) faßt die „sozialen“ Grundsätze und Programme der EG-Kommission zusammen. Sie zielen alle auf die politische Gestaltung eines riesigen europäischen Arbeitsmarktes. Die 80 in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen sind weitreichend und umfassen u.a.:

Verordnungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft und die Niederlassungsfreiheit. Regelung von Besteuerung und Versicherungsleistungen für Wanderarbeiter. Einführung eines europäischen Berufsbildungsausweises. Statut einer europäischen Aktiengesellschaft („Mitwirkung der Arbeitnehmer an den Unternehmensbeschlüssen“). Harmonisierung von Sozialvorschriften im Straßenverkehr. Einführung eines Mitteilungs- und Abstimmungsverfahrens über die Wanderungspolitik gegenüber Drittländern. Einsatz der Europäischen Strukturfonds. Stelle zur Beobachtung der Familienpolitik. Richtlinie über die Mobilität und den Transport von Behinderten. Programm zur „Bekämpfung der Armut“. Verbreitung von Informationen über die Sonderbeschäftigsungsprogramme der Mitgliedsstaaten. Aktionsprogramm zugunsten der Langzeitarbeitslosen. Vorschriften

über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei Sozialversicherung und Entgelt. Programme zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Industrie. Programm für den Austausch junger Arbeitskräfte. Programm innovierender Maßnahmen im Primar- und Sekundarschulunterricht. Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes an Arbeitsstätten ...

Die westdeutsche Wirtschaftspresse hat sofort nach Bekanntgabe des Programms triumphiert. Es seien keine einheitlichen sozialpolitischen Bestimmungen geschaffen worden und keine bindenden arbeitsrechtlichen Direktiven. Unter der Überschrift „Tarifpartner werden das soziale Europa gestalten / Der Brüsseler Verzicht“ kommentierte das Handelsblatt: „Die Spannung ist verflogen. Europas Unternehmer brauchen sich nicht mehr vor dem sozialen Raum Europas fürchten. EG-Sozialkommissar Manuel Marin hat ein sehr moderates Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre vorgelegt ... Abstand genommen hat die Kommission von Harmonisierungsversuchen im Bereich der Arbeitszeit, der Tarifpolitik und der Mitbestimmung ...“ (9.9.88)

Tatsächlich hat der Sozialkommissar Marin in seinem Arbeitsprogramm jede konkrete Festlegung auf die von den Gewerkschaften verlangten Mindeststandards vermieden. D.h. die vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und anderen Gewerkschaften geforderten Mindestbedingungen bei der Entlohnung



Generalstreik in Spanien gegen einen Jugendarbeitsdienst zu Hungerlöhnen, ein von der EG-Kommission und der Regierung ausgehecktes Programm

nung, der Arbeitsorganisation und den Arbeitsbeziehungen, Mindestschutz im Arbeitsrecht und Sozialversicherungsrecht und selbst die elementarsten Gewerkschaftsrechte hängen in der Luft. Damit hat Marin den EGB stark verärgert, ein geplantes Treffen in Madrid platztte.

Andererseits hat Marin die Forderungen der Gewerkschaften nicht einfach frontal abgelehnt, sondern er greift sie scheinbar auf und biegt sie um. Zum Beispiel serviert er den Gewerkschaften die wohlklingende Formulierung „allen Arbeitnehmern das Recht auf einen schriftlichen Arbeitsvertrag mit den wichtigsten Merkmalen ihres Arbeitsverhältnisses“. An den Ministerrat gerichtet, wird daraus der „Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung eines Vordrucks als Nachweis für Arbeitsverträge und Arbeitsverhältnisse im Binnenmarkt (Standard-Arbeitsvertrag)“. Bei näherem Hinsehen muß man also befürchten, daß der „Standard-Arbeitsvertrag“ nur scheinbar Mindeststandards für arbeitsvertragliche Beziehungen enthalten soll, in Wirklichkeit jedoch ein standardisierter Arbeitsnachweis geplant ist, also eine Art Arbeitsbuch zur europaweiten Kontrolle der Arbeitskräfte.

Eine andere Taktik Marins ist es, konkrete Forderungen durch möglichst allgemeine Formulierungen und vage Vorschläge zu blockieren. So z.B. der „Vorschlag für ein Rechtsinstrument betreffend die Dienste der Arbeitsmedizin“. Punkt, mehr nicht. Zum wievielten Male kommt dieser Vorschlag schon und wie oft ist er in den zuständigen Ausschüssen oder im Ministerrat abgeprallt? Konkrete Forderungen des EGB zur Arbeitsmedizin, heftige Kritik an der Kommission, jahrelange Auseinandersetzungen werden einfach unterschlagen, fertig.

Seit 1980 existiert ein 24 Punkte umfassendes Aktionsprogramm des EGB zur Arbeitsmedizin. Ausgehend von einer Kritik der Produktionsmethoden, der Arbeitsintensität und einer „viel zu weit gehenden Arbeitsteilung“ verlangt der EGB eine starke, gesetzlich abgesicherte Stellung der arbeitsmedizinischen Dienste in den Betrieben und Mitwirkungs- und Kontrollrechte der Beschäftigten. Die Arbeitsmedizin soll „nicht den Menschen der Arbeit, sondern in erster Linie die Arbeit dem Menschen anpassen“. Damit der werksärztliche Dienst nach diesem Prinzip forschen, am Arbeitsplatz präsent sein und eingreifen kann, verlangt der EGB die entsprechende rechtliche, personelle und finanzielle Ausstattung und eine umfassende wissenschaftliche Ausbildung, die „dem bestehenden Zusammenhang zwischen Krankheit/Gesundheit und Arbeit Rechnung tragen“ muß. Der EGB verlangt eine entsprechende Harmonisierung der Ausbildungsprogramme auf europäischer Ebene und will die Behör-

den verpflichten, „die Rechtsvorschriften im Bereich der Arbeitsmedizin unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Forderungen zu ändern“. — Davor will die Kommission natürlich nichts wissen, das wäre für die Euro-Konzerne unerträglich.

Die Lage hat sich nach Vorlage des Arbeitprogramms nicht entspannt, wie das Handelsblatt hoffte. Die Erleichterung der Wirtschaftspresse, daß der „Sozialist“ Marin ein „moderates“ (gemäßigt) Programm vorschlägt, dürfte gespielt sein. In Wirklichkeit hat die EG-Kommission nicht einfach gewerkschaftliche Forderungen abgeschwächt, sondern sie legt ihrerseits ein keineswegs moderates Programm zur EG-weiten Mobilisierung, Reglementierung und Verbilligung von Arbeitskraft vor.



Gewerkschaftsdelegierte aus sechs EEC-Ländern haben einen IMB-Ausschuß Ford-Europa gebildet und wehren sich in standortübergreifenden Aktionen gegen neue Arbeitszeitordnungen des Konzerns und Standortdrohungen.

Das zeichnet sich schon in den formulierten Grundsätzen des Programms ab. Nach einem Credo auf den „größeren Wirtschaftsraum“ und einen „leistungsfähigeren Produktionsapparat“ wird der „sozialen Dimension des Binnenmarktes“ die Aufgabe zugewiesen, „zu einer wirksameren und umfassenderen Nutzung aller vorhandenen Ressourcen und zu einer gerechteren Verteilung der daraus erwachsenden Gewinne zu gelangen“. Die „Rechtfertigung“ des großräumigen Marktes läge in den „Vorteilen, die er allen Bürgern der Gemeinschaft bietet“. In aller Deutlichkeit schließt das Vorwort:

„Die soziale Dimension des Binnenmarktes muß folglich zu einer Maximierung der Gewinne aus dem gemeinsamen Wirtschaftsraum beitragen, indem die Nutzung der vorhandenen menschlichen Ressourcen und die Vorbereitung auf die kommenden Veränderungen erleichtert werden. Die soziale Dimension steht

weder der Vollendung des Binnenmarktes entgegen noch darf sie diese verlangsamen. Vielmehr ist sie unerlässlich, damit die große Mehrheit der europäischen Bürger bereit ist, diesen großen Schritt im europäischen Aufbauwerk, als der das Projekt ‚Binnenmarkt‘ zu gelten hat, zu vollziehen.“

Die Kommission rechnet damit, daß ihre Politik zur Zerstörung der Wirtschaftsstruktur ganzer Regionen führt und gewaltige Umwälzungen im europäischen Maßstab nach sich zieht, Millionen zusätzlicher Arbeitsloser eingeschlossen. Die Kommission räumt ein, daß „der Prozeß der Konsolidierung des Binnenmarktes Kosten mit sich bringen“ könne, die „sehr beträchtlich sein könnten“ und „abgefangen werden“ müssten. Dazu soll „Sozialpolitik“ gut sein. Zum Beispiel Programme, um „ungenutzte menschliche Ressourcen“ zu mobilisieren. Da bei Langzeitarbeitslosen „die Motivation und die Selbstachtung sowie der Wille, Arbeit zu suchen, nachlassen“, seien „solche Programme am wirksamsten, bei denen die von der Langzeitarbeitslosigkeit am stärksten bedrohten Personen rechtzeitig identifiziert und in eine wie immer geartete Erwerbstätigkeit reintegriert werden können“.

Sozialpolitik habe auch die Aufgabe, „für eine geordnete Entwicklung der Löhne und sonstigen Arbeitskosten Sorge zu tragen“. So gelte es, „rechtzeitig ‚Engpässe‘ und andere Probleme bei einer raschen Bereitstellung genügend qualifizierter Arbeitskräfte, die zu einer Neubelebung inflationistischer Spannungen führen könnten, zu erkennen und zu beseitigen“. Die Kommission denkt z.B. daran, „Maßnahmen zu erlassen, um den notwendigen Prozeß der Mobilität zwischen alten und neuen Arbeitsplätzen zu erleichtern und zu beschleunigen“.

Rigorose Maßnahmen schweben der Kommission zur Mobilisierung und Verbilligung junger Arbeitskräfte vor. Hier mündet der „soziale Dialog“ in Zwangsarbeit. Der Versuch der spanischen Regierung, ein solches Programm — modellhaft — durchzusetzen, wurde vor drei Wochen mit einem Generalstreik beantwortet. Es sollten jährlich 300 000 Jugendliche zwangsweise auf Basis eines staatlich festgelegten „Mindestlohns“ beschäftigt und den Unternehmen die Sozialversicherungsbeiträge erlassen werden. Das ist Sozialpolitik à la EG-Kommission, und sie wird bekämpft!

Der EGB müßte jetzt von der Enttäuschung über unerfüllte Wünsche übergehen zu einer fundierten Kritik aller im Arbeitsprogramm der Kommission geplanten Maßnahmen. Ohne die Absichten der Kommission im „Sozialraum Europa“ auf breiter Front aufzudecken und anzugreifen, wird die vom EGB angestrebte Europäische Sozialcharta Träumerei bleiben. — (poj)

Turner legt 10-Punkte-Programm vor

Westberlin. Das folgende 10-Punkte-Programm hat Wissenschaftssenator Turner kombiniert mit der Androhung, das Semester werde aberkannt, falls der Streik an den westberliner Universitäten über den 9. Januar hinaus fortgesetzt wird.

Kurzfristig sollen 100 wissenschaftliche Mitarbeiter/Lektoren sowie 100 studentische Hilfskräfte eingestellt werden. Eine Million DM zusätzlich für wissenschaftliches Material. Zweidrittel-Stellen von wissenschaftlichen Mitarbeitern werden auf volle Stellen aufgestockt. Förderung der Sprachausbildung in Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt. Bessere Nutzung der Hörsäle durch Belegung von 6.00 bis 23.00 Uhr täglich und samstags von 8.00 bis 18.00 Uhr. Ebensolelle Öffnungszeiten der Bibliotheken, die zusätzlich am Sonntag von 8.00 bis 18.00 Uhr zugänglich sein sollen mit allen hieraus folgenden Konsequenzen für die dort Beschäftigten. Studienzeitverkürzung durch Sommerkurse. Behelfsmäßige Verwendung abbruchreifen Wohnraums. — (chk)

Faschistischer Überfall auf Jugendzentrum

Göttingen. In der Nacht des 23. Dezember überfiel eine Bande von 40 Jugendlichen aus der Skinhead-Szene das autonome „Jugendzentrum Innenstadt“ (Juzi). Die von FAP-Mitgliedern geführte faschistische Bande beschoß mit Signalmunition das Gebäude und war weiter mit Baseballschlägern bewaffnet. Als es zu den ersten Zusammenstößen kam, erschien die Polizei mit großem Aufgebot. Drei Faschisten wurden vorübergehend festgenommen und in den Morgenstunden wieder freigelassen. Mehrfach war es in den vergangenen Monaten zu ähnlichen Angriffen auf das Juzi von demselben Personenkreis gekommen. Im Göttinger Tageblatt plazierte der Leiter des 7. Kommissariats unter der Überschrift „Rechts neuer ‚starker Mann?‘“ einen Artikel, in der er einen 19jährigen Skinhead zur „neuen Führungspersönlichkeit der rechten Szene im Göttinger Raum“ aufbaut. An dieser soll sich jetzt vermutlich der antifaschistische Widerstand abarbeiten. Das Zusammenspiel zwischen reaktionärer und faschistischer Politik und die Verbindungen zwischen faschistischen Organisationen und Verfassungsschutz und Behörden soll jenseits der Betrachtung bleiben. Tatsache aber ist, daß das Juzi faschistischen Überfällen ausgesetzt ist, seit der damalige Innenminister Hasselmann (CDU) rechtswidrig im Juzi eine Razzia durchführen ließ und dabei über 400 Leute stundenlang gefangenhielt. — (kek)



München. Mit einer Demonstration wandten sich 22 bayerische Strafverteidiger gegen den geplanten „Unterbindungsgewahrsam“, der bis zu 14 Tagen Haft aufgrund vager Vermutungen erlaubt. Die Anwälte bekräftigten ihre Kritik durch das Tragen ihrer Robe. Damit brachten sie auch die Genehmigungsbehörde zum Nachdenken, die davon abließ, die Aktion wegen unerlaubten Uniformierens zu unterbinden. — (baf)

VDA knüpft erneute Verbindungen

Schleswig. Der Landesvorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA), der ehemalige CDU-Innenminister Claussen, hatte auf der Tagung des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN; Dänemark) im November das Auswärtige Amt wegen seiner Entscheidung, das Generalkonsulat in Windhuk zu schließen, kritisiert. Sein Stellvertreter und Ex-Pressesprecher von Claussen und der Bürgermeister von Kronshagen, Thomas Darsow, hatten zur gleichen Zeit ein umfangreiches Programm für junge Sportler aus „Südwestafrika“ organisiert. Momentan werden nun vom BdN und VDA/Schleswig-Holstein Unterkünfte für 160 junge „deutsche Chilenen“ gesucht. Sie organisieren in den ersten vier Monaten 1989 Schulbesuch, Unterkunft, Kulturprogramm u.ä. für die Deutsch-Chilenen in Dänemark und Schleswig-Holstein. Mit der Aktion sollen die Verbundenheit und das Deutschtum nahegebracht werden. — (ale)

Der Storim-§ 129a-Prozeß gehört eingestellt!

Hamburg. Bis zum 10.1. hat sich die Staatsschutzkammer, die gegen F. Storim zu Gericht sitzt, weihnachtsvertagt. Die Ankündigung, zum 10.1. die Öffentlichkeit wieder zuzulassen, muß als Versuch gewertet werden, den Gesinnungsprozeßcharakter des Verfahrens zu kaschieren. Dieser aber ist offensichtlich: So ließ Richter Bürrig z.B. einen Zeugen seine frühere Aussage aus den Gerichtsakten vorlesen. Zwei Befangenheitsanträge fing das Gericht im Dezember ein und wies sie zurück. Einmal schritt das Gericht trotz Filmverbots nicht gegen filmende Polizeibeamte ein. Sodann

führte das Gericht Utensilien aus einer Hausdurchsuchung in der Hafenstraße in das Verfahren ein, was laut Verteidigung gegen das „Beweiserhebungsverbot“ verstößt und Storim als „Hafenstraßensympathisanten“ in die kriminelle Ecke stellen soll. — (wal)

Schülerdemonstrationen und Schulstreiks

Westberlin. Am 17. Dezember protestierten rund 1500 Eltern und Schüler gegen den Plan der Schulsenatorin Laurien, die Arbeitszeitverkürzung für Lehrer durch Studentenfalkürzungen auszugleichen. Die Schüler befürchten den Wegfall gerade der interessanten Unterrichtsstunden und einen höheren Leistungsdruck, zumal Frau Laurien gerade in den letzten Jahren die Rahmenpläne mit zusätzlichen Anforderungen vollgestopft hat. Hinzu kommt die Provokation, daß die Senatorin untersagt hat, daß einige Filme der Landesbibliothek an Schulen ausgeliehen werden. Weitere Forderungen sind mehr Mitbestimmung und die Rücknahme der Abideform. In der letzten Woche vor den Ferien hat sich eine Streikbewegung der Schüler entwickelt, so daß zum Schluß ungefähr zehn Oberschulen bestreikt und einige davon besetzt wurden. Der Streik wird aktiv durchgeführt mit Diskussionsrunden, Erstellen von Flugblättern und Demonstrationen. Den Höhepunkt der drei Demonstrationen in der letzten Woche vor den Ferien bildete die am 22. Dezember mit einer Beteiligung von 1500 Oberschülern. Die Senatorin verspottete die Schüleraktionen in einem Artikel im Tagesspiegel als „Indianerspiele verwöhnter Wohlstandskinder“. Die Schüler wollen ihre Aktionen nach den Ferien fortsetzen. — (chk)

Gewerbesteuer

Die kommunale Opposition gegen erneuten Konsolidierungsschub

Mannheim. Die Auseinandersetzungen um die Aufstellung des städtischen Haushaltes haben in Mannheim gegenüber den Vorjahren deutlich an Schärfe gewonnen. In verschiedenen Zusammenhängen diskutieren und planen seit Wochen Initiativen, Organisationen und städtische Beschäftigte Widerstandsmaßnahmen gegen das, was durch die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 1989/90 droht. Gemessen an den seit 1983 Schritt für Schritt durchgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen handelt es sich bei den jetzigen Planungen um einen regelrechten Erdrutsch, der durch planmäßige Arbeit der bürgerlichen Politik in Bund, Land und Stadt und durch die Machenschaften der Konzerne losgetreten wurde. So hatte die Stadt Mannheim im Jahr 1988 eine Gewerbesteuermi-

Mio. in 1990 auf 192 Mio. DM. Kürzung der Mietnachsubvention im preisgebundenen Mietwohnungsbau von 14 auf 10 Mio. DM. Die Personalausgaben sollen gegenüber dem Ansatz 1988 in 1989 nur um 2,5 Mio. DM bzw. 0,6% steigen, wobei der Ansatz des Vorjahres u.a. eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre enthielt. Die Maßnahme, die bisher den meisten Widerstand hervorruft, ist die Kürzung von freiwilligen Zuschüssen um durchschnittlich 20% an „Dritte“, d.h. beispielsweise an Initiativen und Organisationen wie die Mitglieder des Stadtjugendrings, an kulturelle Einrichtungen oder an Selbsthilfeeinrichtungen. Da in die „Zuschüsse“ auch die mietfreie Überlassung von Räumen eingerechnet wird, betrifft die Kürzung meist einen erheblichen Teil der Barzu-



Keiner der konsolidierungswilligen Gemeinderäte betrat durch dieses „Ehrenspalier“ Konsolidierungsunwilliger den Sitzungssaal zur Haushaltseinbringung.

dereinnahme von 103 Mio. DM zu verzeichnen (351 Mio. DM geplant). Diese Einnahmesituation wird sich nach Aussagen des Kämmerers in den nächsten Jahren nicht verbessern. Im Gegenteil kommen die Wirkungen der Steuerreform und der Kürzung der Kommunalen Finanzausgleichsmasse durch das Land hinzu. Ferner die Folgekosten diverser von der Stadt in den letzten Jahren in Angriff genommenen Projekten, die zur Hebung des Wirtschaftsstandortes Mannheim die „Zentralität steigern“. Hinzu kommen die immer noch expandierenden Sozialhilfe-Belastungen, die bis 1990 laut Plan auf 146 Mio. DM gegenüber 70 Mio. DM in 1980 steigen.

Die Konsequenzen, die die Verwaltungsspitze aus dieser Lage zu ziehen sucht bzw. im Vorriff auf die Haushaltsverabschiedung in der Zwischenzeit vom Gemeinderat bereits hat absegnen lassen, sind u.a.: Gebührenanhebungen um 1,3 Mio. DM in 1988 und weitere 10

Zuschüsse z.B. für bezahlte Kräfte.

Geschickt wurde zu diesen Kürzungen frühzeitig eine Diskussion über den Sinn der „Rasenmähermethode“ lanciert. Damit sollten auf die jeweils eigene Institution beschränkte und von der Konkurrenz um die knapperen Mittel geprägte Reaktionen hervorgerufen werden bzw. die Legitimation für „differenzierteres“ Vorgehen geschaffen werden. Und tatsächlich ist im Haushaltspunkt kaum mehr etwas vom „Rasenmäher“ zu spüren: Das Selbsthilfe-Projekt für arbeitslose Jugendliche ohne Ausbildung „Biotopeia“ bekommt jegliche Unterstützung gestrichen; das Frauenhaus in Selbstverwaltung 40%, womit die Arbeit nur noch notdienstartig aufrechterhalten werden könnte; das katholische Mütterheim Heckertstift darf sich der bisherigen Zuschüsse erfreuen.

Feststellbar ist überhaupt der Trend, mit freiwilligen Hilfen für die Armen Schlüß zu machen. Die Eintrittsgebüh-

ren in die Stadtparks für Arbeitlose und Rentner sind nicht mehr ermäßigt; die Wannen-Badeanstalt in der Neckarstadt wurde geschlossen, obwohl es dort immer noch zahlreiche Wohnungen ohne Dusche oder Bad gibt.

Der SPD-Oberbürgermeister hat inzwischen seinen eisernen Grundsatz zur Disposition stellen müssen, auf keinen Fall den Gewerbesteuerhebesatz über die gegenwärtigen 395 Punkte zu erhöhen. Aber nicht, um die oben aufgezeigten Maßnahmen zu mildern, sondern weil er von Daimler-Benz in Stuttgart den Wink erhalten hat, daß er die geplanten Steuereinnahmen für 1989 und 1990 nochmals nach unten korrigieren müsse.

Das Kommunalpolitische Forum ruft für den 18.2. zu einer weiteren Demonstration gegen die städtische Haushaltspolitik auf: „Für die Betroffenen dieser Politik gibt es keinen anderen Weg als den der gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen ... Die bisherigen sozialen und kulturellen Aufgaben der Stadt sind unabdingbar. Die Mittel hierfür müssen zu Lasten der Konzerne und der Rüstung erhöht werden!“ Mittlerweile kommt es auch zu allerlei Bewegung innerhalb der ÖTV, deren Kreisverwaltung bisher immer wieder Bestrebungen gegen die SPD-geführte Gemeinderatspolitik blockierte. — (ht)

Haushaltssatzung

Realsteuern vom Haushalt getrennt

Augsburg. Die Gestaltung des 1988er-Stadthaushalts Augsburg zog sich über mehrere Monate hin. Die Kapitalisten erreichten die Vorlage eines neuen Haushalts ohne Gewerbesteuererhöhung und mit gravierenden Streichungen im sozialen und kulturellen Bereich. Es formierte sich überraschend breiter Protest. Der Haushalt kam erst unter Dach, als die härtesten Kürzungen zurückgenommen wurden und der Stadtrat entschied, im Jahr 1989 die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Dieser Beschuß mußte nun eingelöst werden. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister legte den Stadthaushalt 1989 mit dem Vorschlag vor, die Gewerbesteuer um 4,8% zu erhöhen. Das hätte sechs Mio. DM Mehreinnahmen gebracht. Ein minimaler Betrag, wenn man bedenkt, daß die Stadt mit Sparmaßnahmen gegen die Werktätigen zwölf Mio. DM rausholte. Doch die Kapitalisten zettelten eine Diskussion gegen die Gewerbesteuer an. Der DGB-Vorsitzende forderte dagegen die Rathausparteien zur Erhöhung dieser Steuer auf. Die CSU und die mit der SPD koalierende CSM machten deutlich, daß sie die Meinung der Kapitalisten teilen. Die Grünen wandten sich dagegen. Die SPD mußte sich nun entscheiden. Trotz möglicher

Stimmenmehrheit mit den Grünen entschied sie sich für die Aussetzung der Steuererhöhung.

Sie flüchtete in eine Verwaltungsmaßnahme: Der OB schlug vor, die Realsteuern, also Gewerbesteuer und Grundsteuer A und B, vom Haushalt zu trennen und in einer eigenen Hebesatzung festzulegen. Dies ist rechtlich möglich, wird jedoch laut Fachliteratur kaum praktiziert. Diese Steuersatzung könnte dann für mehrere Jahre festgelegt werden, während die Haushaltssatzung immer nur ein Jahr gilt. Durch diese Abtrennung, so der OB, sei endlich eine breite Zustimmung zum Stadtetat erreichbar.

Vorteile von dieser Regelung haben nur die Kapitalisten. Die jährlichen Auseinandersetzungen über die städtischen Einnahmen ermöglichen eine Kritik am Mißverhältnis zwischen Kommunalleistungen für Kapitalisten und den Mitteln, die diese dafür aufbringen. Fehlt diese Möglichkeit, werden die Kapitalisten trotzdem versuchen, mehr wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu bewirken. Doch dann sind die Gebühren die einzigen flexiblen Mittel, zu mehr Einnahmen für solche Maßnahmen zu kommen. Die Abtrennung der Realsteuereinnahmen vom Haushalt kommt daher einem Auftrag zur verstärkten Gebührenplündierung der Werktätigen gleich. — (baf)

Möbelhaus IKEA Arbeitsbedingungen zu verkaufen

München. Der Betriebsratsvorsitzende Ludwig Ziegler aus dem Haus Eching bei München berichtete auf einer Veranstaltung der IKEA-Betriebsräte, über die Politik des Möbelhauses gegenüber Gewerkschaften, Belegschaft und Betriebsrat.

IKEA, das sich in der Werbung gern mit flotten Sprüchen jung und progressiv gibt, ist ein straff organisiertes Wirtschaftsunternehmen. Im vergangenen Geschäftsjahr steigerte es seinen Umsatz in den 17 Häusern in der BRD um 10% auf 1,3 Mrd. DM. Die Löhne sind selbst für den Einzelhandel niedrig, eine Vollzeitkraft verdient bei IKEA 1000 DM brutto, die zahlreichen Teilzeitkräfte oft nur die Hälfte. Bei den sogenannten „Turnkräften“ (Arbeit von Donnerstag bis Mittwoch, dann frei von Donnerstag bis Mittwoch im Wechsel) werden die Überstundenzuschläge gespart. IKEA führt einen Rechtsstreit gegen das Tragen von Plaketten gegen den Dienstleistungsabend, mit mehreren fristlosen Kündigungen ging es gegen eine Mitarbeiterin vor, die gegen die diskriminierende Entlohnung von gleichwertiger Frauenarbeit vor das Arbeitsgericht ging. Gewerkschaften, vor allem die HBV, sind „Gruppen von außerhalb“ (Ebbe Pelle Jacobsen, IKEA-Deutsch-

land-Chef), die versuchen, „unseren Betriebsrat zu beeinflussen, zu gängeln“.

Im Herbst dieses Jahres wurde den Betriebsräten eine Betriebsvereinbarung vorgelegt, in der eine leistungsbezogene Prämie von maximal 3000 DM pro Jahr und Mitarbeiter angeboten wurde, mit der aber eine umfassende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verknüpft war:

- keine generelle Festschreibung von Arbeitszeiten,
- keine Anpassung von Teilzeit an tarifvertragliche Normalarbeitszeit,
- eine Vorabgenehmigung von 10% Mehrarbeit pro Abteilung,
- eine Vorabgenehmigung des Dienstleistungsabends,
- das Tragen von Arbeitskleidung (Plaketten müssen von Geschäftsleitung genehmigt werden).

Für den Lager- und Servicebereich wurde obige Betriebsvereinbarung mit noch weitergehenden Vorschriften versehen, so sollten „Solidaritätsstreiks“ (die, nebenbei gesagt, bisher noch nie stattgefunden haben) mit der Bonusvereinbarung untersagt werden.

Von 17 IKEA-Häusern haben zwei die Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Durch die niedrigen Löhne gerieten die Betriebsräte z.T. sehr stark unter Druck, z.B. sah sich der Betriebsrat in Kamen (Westfalen) gezwungen, sein Mandat niederzulegen, nachdem die Belegschaft sich für das Bonussystem ausgesprochen hatte. In den anderen Häusern war es den Betriebsräten gelungen, die Unterstützung der Belegschaften für die Ablehnung der Prämienvereinbarung dadurch zu erreichen, daß sie die Auswirkungen einer solchen Betriebsvereinbarung auf die Gesundheit, Freizeit und die Belastung der Beschäftigten aufzeigten.

Die vorgelegte Prämienvereinbarung ist im Augenblick vom Tisch. Die IKEA-Betriebsräte befürchten jedoch allesamt, daß IKEA mit allen Mitteln versuchen wird, eine ähnliche Vereinbarung in geänderter Form durchzusetzen. — (dar)

Richter Stoll Neues zum „Oberschlesier“

Hildesheim. Vielen bekannt ist Amtsrichter Dr. Stoll von seinen jüngsten re-vanchistischen Äußerungen anlässlich des „Tages der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Hildesheim, bei denen er die „Rückgewinnung urdeutscher Gebiete, die unsere angestammte Heimat sind . . .“ (1) forderte. Die Grünen reagierten darauf mit einer erneuten Anfrage an die Niedersächsische Landesregierung (2). Das Justizministerium und Stolls direkte Vorgesetzte decken dessen Tätigkeiten weiterhin!

Weniger bekannt dürften der Öffent-

lichkeit Stolls Tätigkeiten innerhalb der sogenannten Vertriebenenverbände sein. Seit 1985 ist Stoll Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft der Oberschlesier und im Mai 1987 wurde er in dieser Funktion wiedergewählt (3). Auch für den BdV ist Stoll aktiv. Im April 1987 wurde er in den geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen gewählt. In dieser Funktion befaßte sich Stoll u.a. mit der Stationierung des geplanten Landesmuseums Schlesien (4). Im Juni war Stoll Teilnehmer am Gespräch zwischen BdV-Landesvorstand und dem Niedersächsischen



Stoll war wieder einmal Hauptredner am „Tag der Heimat“ in Hildesheim

Kultusminister Knies. Gefordert wurde vom BdV u.a. „vor allem die Jugend mit der deutschen Frage vertrauter zu machen“ und den BdV an der Themenfestsetzung und der Auswertung der Schülerwettbewerbe zu beteiligen (5).

Auch als Vortragsredner ist Stoll aktiv. Er referierte z.B. bei einem Seminar der „Schlesischen Jugend“ in Bonn darüber, „... wie es um die Situation der Deutschen im polnischen Machtbereich nach 1945 bestellt war und ist“ (6). Darauf schrieb er auch sein jüngstes Buch („Die Deutschen im polnischen Herrschaftsbereich nach 1945“, Wien 1986), das von der Absicht geprägt ist, die These von einer deutschen Volksgruppe in Polen zu reaktivieren und die Zugehörigkeit Westpolens zum deutschen Staatsgebiet zu reklamieren. Stoll sprach im April „über die Deutschen in Oberschlesien, ihr Volksbewußtsein und ihren Anteil an der deutschen Kultur“ auf der Landeskulturtagung der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (7). Beim Deutschlandtreffen der Oberschlesier in Essen debattierte er über „die menschenrechtlichen Lebensumstände für die Deutschen, die noch heute in den Gebieten jenseits von Oder-Neiße leben“ (8).

Quellenhinweis: (1) HAZ, 15.8.88; (2) Nds-Ds 11/2848, 16.8.88; (3) Deutsche Umschau 6/87, Schlesier 22/87; (4) DU 11/87; (5) DU 8/88; (6) Schlesische Nachrichten 2/87; (7) DU 5/88; (8) Unser Oberschlesien 14/88 -- (nog)

Staatsschutz

Urteil gegen Antiimperialisten aus Duisburg im Januar erwartet

Seit Mitte Mai findet, wie bereits berichtet, vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf der Prozeß gegen Norbert Hofmeier, Bärbel Perau, Thomas Thoene und Thomas Richter statt. Mitte Januar soll das Urteil gesprochen werden. Die vier sind angeklagt, sich als Mitglieder der Roten Armee Fraktion betätigt zu haben, darüber hinaus eine eigenständige „terroristische Vereinigung“ gebildet zu haben, die mindestens aus den Angeklagten bestehe, oder als Mitglieder in einer „terroristischen Vereinigung“ gewirkt zu haben, die entweder zur RAF gehört, aus Mitgliedern der RAF oder militänen Gruppierungen (Kämpfenden Einheiten) oder einzelnen als „Militante“ auftretenden Personen bestehe. Darüber hinaus lautet die Anklage auf Beteiligung bzw. Vorbereitung von Anschlägen auf die BGS-Kaserne in Swistal-Heimerzheim und das Fraunhofer Institut in Aachen, die 1986 verübt worden sind.

Die nach allen möglichen Seiten hin offene Anklage ermöglicht der Bundesanwaltschaft, nun noch weiter tätig zu werden. Inzwischen ist gegen eine junge Frau aus Duisburg ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen Mitgliedschaft mindestens in der 129a-Vereinigung, die mindestens aus den vier Angeklagten be-

stehen soll. Bei dieser jungen Frau hat Anfang Oktober eine Hausdurchsuchung stattgefunden, beschlagnahmt wurden handschriftliche Notizen und drei „Falk“-Stadtpläne.

Die 129a-Verfolgung richtet sich bei allen fünf eindeutig gegen ihre Kontakte zu politischen Gefangenen. Der Kreis derjenigen, die öffentlich für Zusammenlegung von politischen Gefangenen eintreten, die gegen die Isolation protestieren, soll zerschlagen werden, jede Diskussion mit den politischen Gefangenen unterbunden werden. Alle fünf Angeklagten haben politischen Gefangen aus der RAF geschrieben und sie, soweit möglich, besucht. Norbert H. und Bärbel P. besuchten Sieglinde Hoffmann, Thomas Thoene hatte Kontakt zu Christian Klar, Thomas Richter besuchte Norbert Hofmeier und Bärbel Perau, die junge Frau aus Duisburg schreibt Christa Eckes.

Die Bundesanwaltschaft will in diesem Verfahren ihre Konstruktion der verschiedenen Ebenen der RAF, vor allem der RAF im Gefängnis, der Fortexistenz der RAF unter Bedingungen schärfster Isolation, erneut gerichtlich aburteilen lassen. In der Begründung für die erneute Durchsuchung in Duisburg stellt die

BAW fest, die Verdächtigte habe in Verfolgung der politischen Ziele der RAF die Besuche bei politischen Gefangenen, einschließlich der Angeklagten, „mißbraucht“, indem sie „in Verfolgung dieser Ziele Informationen für die Vereinigung gesammelt, an Strategiediskussionen mitgewirkt und intensive Besuchs- und Postkontakte“ gepflegt habe.

Zum anderen richtet sich das Verfahren gegen die nicht-staatstragende politische Opposition. Die fünf Verfolgten haben in verschiedenen Auseinandersetzungen in Duisburg gekämpft.

Mit den harten angestrebten Urteilen — bis zu zehn Jahren Gefängnis sind möglich — schafft die Staatsschutzkammer am Oberlandesgericht Düsseldorf Präzedenzfälle für die Verfolgung von Staatsgegnern.

Aus dem bisherigen Prozeßverlauf ist zu befürchten, daß die Angeklagten hoch verurteilt werden. Jeder Antrag der Verteidigung, unglaubliche Zeugenaussagen aktenkundig zu machen, ist bislang abgelehnt worden. Zeugenaussagen, die von den Angeklagten widerlegt werden können, nimmt das Gericht als richtig an, Gegenauaussagen werden ignoriert oder nicht zugelassen. Gegen drei der vier Verteidigerinnen und Verteidiger werden inzwischen ebenfalls Ermittlungsverfahren geführt, zum einen wegen der Anfang Januar 1988 im GNN-Verlag veröffentlichten Broschüre, zum anderen wegen Erklärungen, die die Rechtsanwältinnen auf Solidaritätsveranstaltungen mit den Angeklagten abgegeben haben sollen.

In einem Flugblatt für ein Solidaritätsfest mit den Angeklagten fordern die Besetzer des Neumühler Bahnhofs in Duisburg:

— *Die besetzten Häuser und Zentren verteidigen und ausweiten! Der Bahnhof bleibt.*

— *Keine Verhaftung von Mecki und weiterer Menschen in Ausweitung des Verfahrens gegen die 4!*

— *Für die Durchsetzung der politischen Diskussion drinnen und draußen. Weg mit den Besuchs- und Schreibverböten, gegen die Kriminalisierung von Zeitungen und Veranstaltungen!*

— *Mehr Kinderbesuche bei den Gefangenen und unter besseren Bedingungen: mindestens 1 Tag in der Woche gemeinsamer Kinderbesuch mit Norbert und Bärbel in geeigneten Räumen und ohne Polizei. Keine Verlegung in Knäste weiter entfernt vom Wohnort der Kinder.*

— *Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF, dem Widerstand und aller, die dafür kämpfen, in große Gruppen — sofort!*

— *Freilassung von Günther, Angelika, Bernd und Claudia, die aufgrund ihrer Krankheiten haftunfähig sind!*

— *Freilassung aller politischen Gefangenen!*

Quellenhinweis: Flugblatt „Gemeinsam setzen wir uns gegen Staatsschutzangriffe durch“; Erklärung von N. Hofmeier vom 25.10.88 — (uld)

Auszug aus der Rede von Norbert Hofmeier vom 25.10.88

Natürlich wissen sie ganz genau, daß es das alles gar nicht gibt, was sie behaupten:

Weder „Super-RAF“, noch „Gesamt-RAF“, noch „legale RAF“, noch „2. Ebene“ — noch überhaupt Ebenen/Unterordnung/Hierarchie.

Und auch keine „Kuriere“, keine „Autobeschaffer“, keine „Zellensteuerung“ und keinen „Fahndungserfolg gegen die RAF“ in Duisburg-Marxloh und keinen „ersten Durchbruch gegen die illegalen Militanten“, wie der Staatsschutz verbreiten läßt.

Wir seien kurz vor dem Abtauchen gewesen, behauptet die FAZ, in einem vom Staatsschutz lancierten Artikel, — völlig absurd . . .

Ihre Kriegsführung richtet sich gegen „das Wollen des gemeinsamen revolutionären Ziels“ — also Front —, so steht es im Urteil gegen Ingrid Barabas wg. Mitgliedschaft RAF.

Und sie greifen die an, die sie kriegen können. Boeden vom VS hatte das angekündigt im Juli '87: (Rhein. Post) Es sei „. . . Ziel aller staatlichen Maßnahmen, den Zulauf zur RAF zu bremsen . . . zu potentiellen Mitgliedern führe die Beobachtung . . . Zuhören bei Prozessen, Mitmachen bei Kampagnen gegen die Haftbedingungen,“ und somit allen mit Knast/Isolationsfolter gedroht, die Kontakt zu Gefangenen haben, um so die Isolation zu erzwingen: Rolf aus Düsseldorf hatte Eva, Thommi hat den Chris, und Thomas R. hatte mich besucht . . .

Und vor allem wurde unsere Verhaftung über die Ausforschung bei den Besuchern vorbereitet . . . Wie sehr sie im Dunkeln tappen, zeigen die Geschichten, die sie hier im Prozeß präsentieren — denn so ein Haufen, wie sie uns darstellen . . . wäre längst aufgemischt. Das ist offensichtlich, das Bild, das sie hier entwerfen hat mit der Organisierung von rev. Widerstand und den Strukturen nichts zu tun. Es sind reine Staatsschutzerfindungen. Wir jedenfalls sind nie auf dem Campingplatz, nie in dem REWE-Laden und nie in dem Ort gewesen — und unsere Autos auch nicht.

Waren aus Südafrika

Boykottaktion in Kaufhäusern

Karlsruhe. Das Azania-Komitee führte am Mittwoch und Donnerstag im Weihnachtstrubel die öffentlich angekündigten Aktionen gegen den Verkauf südafrikanischer Waren in den Kaufhäusern Schneider und Hertie in Karlsruhe durch: „In diesem Kaufhaus werden Waren aus Südafrika verkauft. Trotz weltweiter Boykottforderungen macht man hier weiterhin Profite mit Waren, an denen buchstäblich Blut klebt ... Obwohl die Bundesregierung ihren Willen zu Sanktionen bekundet hat, gehört sie, und mit ihr westdeutsche Firmen wie diese, zu den Hauptstützen und Hauptnutznießern der Unterdrückungspolitik des Apartheidsystems ...“ (aus dem Flugblatt)

Am Mittwoch, dem 21.12., war das Kaufhaus Schneider dran. Vor dem Eingang und in der Lebensmittelabteilung wurden Flugblätter an die Beschäftigten und Kunden verteilt. Fast alle nahmen eins. In mehreren Einkaufswagen stapelten sich Konservendosen von Gant's, Dario und Del Monte mit Früchten aus Südafrika und eine Milch oder eine Marmelade. Flugblätter wurden in die Regale gelegt. Nach einer halben Stunde ging es an die Kassen. Als es um die Bezahlung ging wurde erklärt, die Milch oder die Marmelade könne man bezahlen, nicht aber Waren aus Südafrika. Diese Waren müßten aus dem Sortiment verschwinden. Der bis dahin nicht gesehene Abteilungsleiter wurde verlangt, ausgerufen — aber keiner kam. Die Käferschlängen stauten sich vor den Kassen, interessante Diskussionen entstanden. Ohne Abteilungsleiter oder Hauptkassierer war keine Stornierung der südafrikanischen Waren möglich. Kurzfristig wurden die betroffenen Kassen geschlossen, dann entschieden sich die Kassierinnen, die Konserven an die Seite zu legen und die nächsten Kunden abzukassieren. Ein zufällig anwesender HBV-Sekretär erfuhr von der Geschäftsleitung, „man wolle keinen Ärger haben“ und habe deshalb Abteilungsleiter und Hauptkassierer aus der Lebensmittelabteilung abgezogen. Dann wurden vor dem Haupteingang zwei lange Transparente mit „Kauft keine Waren aus Südafrika“ und „Kein Geld für Apartheid“ gespannt und weiter Flugblätter verteilt. Die nach einer Stunde erschienene Geschäftsführung des Schneider-Konzerns und des Karlsruher Kaufhauses wollte nicht über den Verkauf südafrikanischer Waren reden. Nach rund 2 1/2 Stunden und 850 verteilten Flugblättern wurde die Aktion beendet.

Tags drauf das gleiche im Hertie-

Kaufhaus. Hertie verkauft angeblich keine Waren aus Südafrika, das Azania-Komitee hatte aber mehrere Regale voll mit südafrikanischen Weinflaschen ausgemacht, die diesmal in die Einkaufswagen gestapelt wurden, Preislage acht bis 24 DM. Erst als an den Kassen die Bezahlung der südafrikanischen Weine verweigert wurde, erschienen dann aber gleich vier Abteilungsleiter. Nach langer Diskussion erklärten sie, daß der Wein noch „auf Lager sei“ und ausverkauft werde. Eine anwesende Betriebsrätin kündigte eine Überprüfung an. Vor und im Kaufhaus wurden während zwei Stunden rund 900 Flugblätter verteilt. An beiden Tagen nahmen Schüler Flugblätter für ihre Klassen mit, einzelne Leute verteilten auch gleich mit. — (rub)

„Zunfthaus-Prozeß“

10 Monate für Janin Freispruch für Wolli

München. Die Entscheidung im Münchner § 129a-Prozeß ist gefallen. Wolli wurde zwar mangels Beweisen freigesprochen, Janin aber zu zehn Monaten auf vier Jahre Bewährung wegen Werbens für die RAF verdonnert. Außerdem soll sie 1500 DM bezahlen.

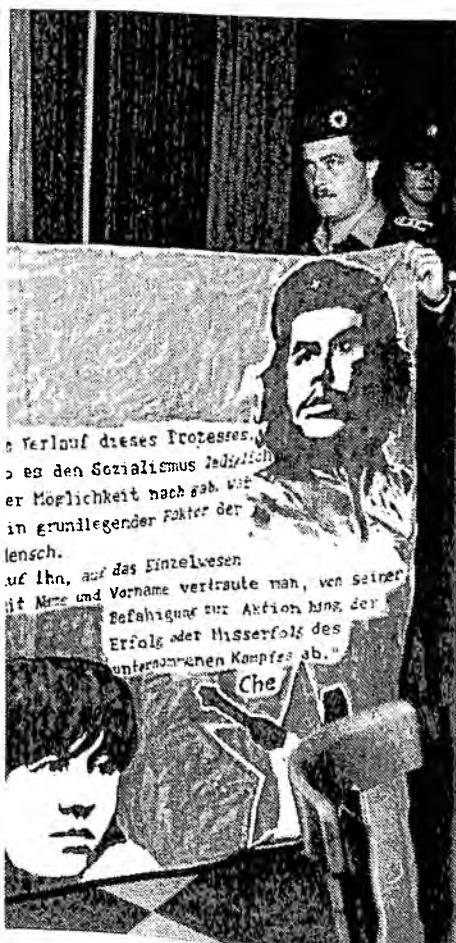
Zur Urteilsverkündung am 21.12. war ein noch größeres Polizeiaufgebot als sonst aufgefahren. Von den 60 Sitzplätzen im Zuschauerraum waren 15 von Polizeibeamten besetzt. Die Angeklagten waren diesmal nicht erschienen.

Laut Gericht wäre Janin Mitorganisatorin der Veranstaltung gewesen, wäre für den „äußersten Ablauf“ zuständig gewesen. Die Zielsetzung der Veranstaltung, nämlich Werbung und Unterstützung der RAF, sei aus dem Einladungsflugblatt, aus dem ausgelegten Schriftgut sowie aus den aufgehängten Transparenten hervorgegangen. Da der Versuch bei Werbens für eine terroristische Vereinigung nach § 129a nicht strafbar ist und da die Veranstaltung ja gar nicht stattgefunden hatte, bezog sich das Gericht auf die Tatsache des Aufhängens der Transparente an sich. „Humanitäre Gesichtspunkte“ wollte das Gericht nicht gelten lassen, es hätte sich vielmehr um „Kampfparolen“ gehandelt. Da der Erfolg nicht belegbar war, wurde Janin „nur“ wegen Werbung und nicht wegen Unterstützung verurteilt. Entlastend bewertete der Senat, daß sie bisher straffrei geblieben war und daß sie zur Tatzeit das Heranwachsendenalter gerade erst überschritten hatte. Auch hätte es keine große Werbewirkung gegeben. Das späte Eingreifen der Polizei, wurde nur als strafmindernd berücksichtigt. Das LKA hatte „ausdrücklich darum gebeten, mit einer Verbotsverfügung abzuwarten und

diese erst nach Beginn der Veranstaltung bekanntzugeben“. „Uunausgereiften Charakter“ und „kindisches Verhalten“ will das Gericht ebenfalls festgestellt haben, wohl ging es eher darum, Janins politische Überzeugung in den Dreck zu ziehen. Demgegenüber wurde ausgeführt, daß die RAF eine „besonders gefährliche Verbrecherorganisation“ sei, und daß die Veranstaltung auch deshalb eine „Unverfrorenheit“ gewesen sei, weil kurz vorher drei Menschen ermordet worden seien.

Wolli wurde freigesprochen, weil der Tatnachweis nicht erbracht werden konnte. Der einzige direkte Belastungszeuge hatte ihn in der Hauptverhandlung nicht wiedererkannt.

Es hätte zwar noch schlimmer kommen können, Oberstaatsanwalt Vollmann hat die entscheidenden Ziele seiner Brötchengeber aber durchgesetzt. Der Schritt vom Tat- zum Gesinnungsstrafrecht ist auch in diesem Fall vollzogen, das Motiv wurde als ausschlaggebend für die Verurteilung herangezogen. Und da aus dem Freispruch geschlossen werden kann, „Mensch dürfe sich eben nicht erwischen lassen“, trägt durchaus auch zum Ziel der Aufstandbekämpfungsstrategen bei, nämlich allen radikalen Widerstand in den Untergrund zu drängen. Die Verteidigung will in die Revision gehen. — (chl)



„Werbung für die RAF“: Transparent der Veranstaltung vom 4.11.1986

Schiffbau

In 10 Jahren wurde eine ganze Industrie auf Kosten der Arbeiter neu organisiert

Hamburg. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren führenden Platz als Schiffbauindustrie in Europa behaupten können. Das mag vielleicht verwundern, wenn man sich der fast täglichen Hilferufe der Werftbesitzer in der Presse in den vergangenen Jahren erinnert. Was in den letzten gut zehn Jahren allerdings noch alles in der Schiffbauindustrie passierte, läßt das oft gebrauchte Bild des langsam sinkenden Schifffes „Unsere Werften“ doch schnell verblassen. Seit Ende der 70er Jahre ist es den Werftkapitalisten mit großer Unterstützung der jeweiligen Bundesregierung gelungen, den Konzentrationsprozeß im Schiffbau aufgrund großer weltweiter Konkurrenz, zur Zeit zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Heute gibt es noch drei Werftstandorte, deren Erhalt aus strategischen Gründen schon in entsprechenden Untersuchungen aus den 60er Jahren für erforderlich gehalten wurde: der Bremer Werftenverbund als dem größten Standort, die Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) in Kiel, sowie Blohm + Voss in Hamburg mit den ebenfalls dem Thyssen-Konzern zugehörigen Nordseewerken-Emden. Dazu kommen noch ca. 30 wesentlich kleinere Werftstandorte. Ca. die Hälfte aller Beschäftigten in der

Schiffbauindustrie arbeiten auf diesen Werftstandorten, daß sind 15000. 1975 waren es noch 77900, 1988 sind es rund 30000 Beschäftigte in der Schiffbauindustrie. Innerhalb von gut zehn Jahren war es damit den Werftkapitalisten gelungen, den „Anpassungsprozeß“ der Werftkapazitäten an den Weltmarkt und seine Konkurrenzbedingungen durchzuführen. Dies vollzog sich von Werft zu Werft in verschiedenen Formen, wie der schrittweisen Schließung einer Werft oder Teilstilllegungen, bis hin zum Konkurs und Massenentlassungen. Auf der Strecke blieben die Belegschaften, die trotz vieler Formen der Gegenwehr wie Demonstrationen, Kundgebungen oder Betriebsbesetzungen dieser Entwicklung nichts entgegensetzen konnten. Im günstigsten Fall wurden die Entlassungen mit entsprechenden Sozialplänen gedämpft, was in den meisten der Fällen für die Politik der IG-Metall stand.

Die Regierung stützt mit Subventionen ...

Seit 1975 haben die Bundesregierung und die verschiedenen Länderregierungen knapp sechs Mrd. DM an direkten und indirekten finanziellen Hilfen für den deutschen Schiffbau gezahlt. Diese

Subventionen haben vielfältige Namen und Titel: Zuschüsse zur Neubauförderung von Schiffen deutscher Reeder plus pauschalierte Zinsbeihilfen von 1975 bis 1984 = 546 Mio. DM. ERP-Mittel 1976 bis 1978 538,4 Mio. DM. Im Rahmen des VIII. Werfthilfeprogramm zur Zinsverbilligung von Exportfinanzierungen wurden von 1976 bis Ende 1983 rd. 1,83 Mrd. DM eingesetzt etc. Das Land Bremen hat 41 Mio. DM zur Sanierung zweier Großwerften aufgewendet, sowie einen Kredit von 33 Mio. DM für eine Fusion bereitgestellt. Das Land Schleswig-Holstein z.B. gab von 1979 bis 1982 Schiffsbürgschaften in Höhe von 214 Mio. DM, 42 Mio. DM zahlte das Land zur Teilabdeckung von Verlustaufträgen. Hamburg zahlte seinen Werften für die Umstellung von Schiffsneubauten auf Schiffsreparaturen z.B. 35 Mio. DM in der Zeit von 1978 bis 1983. Diese Aufzählung von direkten und indirekten Zuwendungen von Steuergeldern der Lohnabhängigen an die Werftkapitalisten ließe sich noch lange weiterführen. Die in der Öffentlichkeit als Unterstützung der „notleidenden Werften“ verkauften Subventionen, die die Wettbewerbschancen „unserer Werftindustrie“ gegen die „übermächtigen Schiffbaukonkur-



Anlässlich des Stapellaufs der Fregatte F 122 für die Bundesmarine demonstriert die Belegschaft der Thyssen Nordseewerke Emden 1982 gegen die Rüstungsproduktion auf der Werft.

renten in der Welt“ verbessern helfen sollen, heizen die Rationalisierungskonzepte der Werftkapitalisten nur noch mehr an; sie waren und sind damit staatliche Sterbehilfe für die Werftbelegschaften. Weiter haben sie die unsinnige Überproduktion an Schiffen ebenfalls angestachelt: Aufgrund bestimmter lohnender steuerlicher Vorteile fanden sich dann z.B. eine Handvoll Zahnärzte und ließen ein Schiff bauen, oder die Werften, so der Bremer Vulkan, bauten auf Verdacht erst einmal los, ohne Käufer zu haben, nur um an die staatlichen Subventionen zu kommen. In den einzelnen Betrieben hetzten die Werftbesitzer die Belegschaften mit Überstunden und Wochenendarbeit durch die Aufträge, deren Zuschlag sie nur mit Hilfe von abenteuerlichen Ablieferungsterminen und Finanzierungen gegenüber den Konkurrenten bekamen. „Verbilligung der Arbeitskraft“ ist der Schlachtruf der Werftkapitalisten. So wird seit einigen Jahren von Seiten der Werftbesitzer die Abkopplung von den allgemeingültigen Tarifverträgen gefordert, um den „Besonderheiten“ der Werftindustrie Rechnung zu tragen. Der Ruf, den Samstag wieder zum Regelarbeitszeit zu machen, stammt ebenfalls aus den Werftvorstandsetagen. Die „Werft der kurzen Wege“, Vorausrüstung von Schiffskomponenten, Werkstattfertigung etc. sind die Bezeichnungen von Rationalisie-

rungsprogrammen in den Betrieben, um die Ausbeutung noch effektiver zu organisieren, den Arbeitstag weiter zu verdichten. Blohm + Voss ist gerade dabei, dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Zur Zeit wird der Maschinenbau in einer Halle neu zusammengefaßt, die Belegschaft dafür ist aus dem aufgekauften HDW-Maschinenbau und altem B+V-Maschinenbau handverlesen worden. Ab 1989 wird dann mit zum Teil neuer NC-Maschinerie in ständigen 2-Schichten gearbeitet. Die Schiffsreparaturabteilung ist seit einem Jahr ebenfalls unter einem Dach zusammengefaßt, ähnliches ist für den Schiffsneubau geplant. So werden die Schiffe, zur Zeit nur Fregatten und Groß-Yachten, in überdachten Baudocks gefertigt. Alle Gewerke sollen in flexiblen Werkstätten vor Ort untergebracht werden. Dazu kommen dann die entsprechenden Magazine und Werkzeugausgaben, Umkleide- und Pausenräume. Die Zeiten für die Wege zur Werkstatt, ins Magazin oder zum Schiff sollen praktisch wegfallen, der Anteil der „produktiven“ Arbeitszeit wird damit drastisch erhöht. Die Stammbelegschaft wird auf ein Minimum zurückgenommen. 1981 arbeiteten z.B. in der Bordmontage für Neubauschiffe ca. 80 Kollegen auf zwei Schiffen. Dazu kamen damals noch 15 Leiharbeiter. Heute hat die gleiche Abteilung noch 25 Kollegen bei zur Zeit 7 Schiffen in der Ausrüstung.

... und Rüstungsaufträgen die Kapitalisten

Die Parole „Rüstung sichert keine Arbeitsplätze“ ist auf den einzelnen Arbeitsplatz bezogen so allgemein wahr, wie wahr ist, daß es im Kapitalismus keine „sicheren Arbeitsplätze“ gibt. Tatsache ist aber auch, daß eine große Zahl von Werften ihre Grundauslastung im wesentlichen mit Rüstungsaufträgen erreichen. Das sind HDW-Kiel, Blohm + Voss, die Thyssen-Nordseewerke Emden und der Bremer Vulkan. Dazu kommen noch einige kleinere Werften. Dort „sichern“ Rüstungsaufträge der Bundesmarine und Kriegsschiffe für den Export den Werftstandort seit vielen Jahren. Das letzte zivile Handelsschiff ist z.B. bei Blohm + Voss 1978 vom Stapel gelaufen und der Vorstand rechnet bis ins Jahr 2000 mit keinem Handelsschiffsauftrag mehr. Stattdessen sind Fregatten angesagt: Türkei, Griechenland, Portugal, Argentinien, Nigeria, Neuseeland, Australien und natürlich die Bundesmarine standen oder stehen in den Auftragsbüchern und es lohnt sich: So erklärte der Vorstand von Blohm + Voss erst kürzlich auf einer Betriebsversammlung, daß ihnen der Bau einer Fregatte und einer Groß-Yacht pro Jahr „reichen“ würde. Bei Rüstungsaufträgen stimmt also die Kasse. — (mie)

Alternative Fertigung — Eine stumpfe Waffe

Gewerkschaftliche Arbeitskreise, die die Forderung nach alternativen Produkten erheben, entstanden in den Betrieben mit hohem Rüstungsanteil in der Produktion. Die Forderung „Weg von der Rüstungsproduktion — Hin zu sozial notwendigen und ökonomisch und ökologisch sinnvollen Produkten“ hat heute eine breite Grundlage zumindest in den Gewerkschaften. Das dies nicht immer so war, zeigt die Gründung des Arbeitskreises bei Blohm + Voss in Hamburg Ende 1980. Die Gründung war eine Reaktion auf die Forderung von Teilen der Belegschaft bei HDW-Kiel, die die Freigabe von U-Booten für Chile von der Bundesregierung forderten. Dagegen wandte sich der B+V-Arbeitskreis in seiner Gründungserklärung. In den vergangenen Jahren haben sich viele solcher Arbeitskreise vor allem in den Werftbetrieben gegründet. Bei den meisten dieser Gründungen ist die Kritik der politischen Absichten der Kapitalisten, mit der Rüstungsproduktion imperiale Ziele zu verfolgen, in den Hintergrund getreten. Kritisiert werden die Rüstungsprodukte als „nicht sinnvoll, teuer, gefährlich, keine Arbeitsplätze sichernd oder schaffend“ etc. Mit gro-

ßen Anstrengungen und persönlichem Einsatz wurden alternative Produkte entwickelt und den Kapitalisten als Ersatz vorgeschlagen, von denen einige heute in der Produktpalette der entsprechenden Betriebe enthalten sind. Oft genug entwickelten sich die Arbeitskreise zu innerbetrieblichen Produktzirkeln mit den entsprechenden Teilnehmern: Arbeiter und Angestellte mit „einfacher“ Ausbildung sind kaum zu finden. Die Beschäftigung mit neuen Produkten ließ die Frage nach den Arbeitsbedingungen und des Gesundheitsschutzes der Belegschaft



verschwinden. Ein weiterer Motor für die Überlegungen zur Einrichtung von Arbeitskreisen zu neuen Produkten war die Sorge um den Erhalt von Arbeitsplätzen des jeweiligen Betriebes, weil z.B. die langjährige Auftragsabwicklung von Rüstungsgütern für die Bundeswehr auslief und sich damit die Frage von Entlassungen den Gewerkschaften und den Betriebsräten stellte. Hatte man Produkte, konnte man sie dem Kapitalisten anbieten und hoffen, daß er anbiß. Der Erhalt bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze hat bei den Arbeitskreisen ein wesentlich größeres Gewicht, als z.B. die Bedingungen und Umstände von neuen oder alten Arbeitsplätzen. Mit der bloßen Kritik der Produkte kann der Kapitalist aber gut leben. Ob er seinen Profit mit Rauchgasentschwefelungsanlagen oder Fregatten erzielt, ist ihm egal, Hauptsache die Profitrate stimmt, denn sie bestimmt, ob er weiter existieren kann gegen seine Mitkonkurrenten oder einpacken muß. „Alternative Produkte“ sind mit der kapitalistischen Produktionsweise grundsätzlich vereinbar. Wenn sie „gesellschaftlich nützlich und ökologisch unbedenklich“ sind und dabei nicht die Gesundheit der Produzenten ruinieren — gut. Zu mehr sollte man die „Alternative Fertigung“ aber auch nicht drängen.

Druck: Lohnkosten gesenkt

Stuttgart. Eine Ausbeutungssteigerung in der Druckindustrie belegt der Vergleich der Produktionsergebnisse des jeweils II. Quartals 1987 und 1988. In den 1926 Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten stieg der Umsatz um 6,8 %, die Beschäftigtenzahl dagegen nur um 0,9 % und damit der Umsatz pro Beschäftigten um 5,8 %. Die Lohn- und Gehaltssumme stieg um 4,3 % und wurde damit um einen Prozentpunkt auf 29,8 % am Gesamtumsatz gedrückt, ebenso wie die Lohnstückkosten: sie sanken um 0,7 %. Druck-Print, 10/88 — (uba)

Solidarität der IG Metall gefordert

Westberlin. Wie berichtet, sind vor über zwei Monaten im Bosch-Siemens-Hausgerätewerk zwei gewerkschaftliche Vertrauensleute entlassen worden. Dies geschah nach einer Betriebsversammlung, auf der die Geschäftsleitung wegen ihrer Politik der „Erhöhung der Stückzahlen“ und wegen verschiedener anderer Diskriminierungen, insbesondere der ausländischen Kolleginnen und Kollegen, heftig angegriffen wurde. Beide

Mannheim Vor dem Verwaltungsgebäude der BASF in Ludwigshafen protestierten 200 der 390 Beschäftigten (überwiegend Angestellte) der BASF Lacke + Farben AG Stuttgart gegen die beabsichtigte Verlagerung der Pigmentenproduktion von Stuttgart nach Ludwigshafen (Stuttgart soll zum „europäischen Druckfarbenzentrum“ ausgebaut werden). Die für diesen Tag vorgesehene Entscheidung des Aufsichtsrats der BASF Lacke + Farben AG fiel jedoch noch nicht. — (tht)



Vertrauensleute sind ausländische Kollegen. Einer von ihnen hat inzwischen in erster Instanz seine Kündigungsschutzklage gewonnen. Gleichwohl wird ihm bis heute der Zutritt zum Werksgelände verwehrt. Der Prozeßtermin für den zweiten Kollegen ist am sechsten Januar. Die Versammlung der Vertrauensleutekörpermitter der IG Metall vom 24. November hat die Unterstützung der IG Metall gefordert. Die weitere Auseinandersetzung hat für die Entfaltung der öffentlichen Kritik an den Methoden des Siemens-Konzerns große Bedeutung. — (brr)

In Rendsburg macht DeTeWe dicht

Rendsburg. Die Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie AG (DeTeWe) kündigte für den 30. Juni 1989 die Schließung des Rendsburger Werkes an. Drehscheibentelefone werden hier hergestellt. Etwa 350 Beschäftigte sind davon betroffen. Die meisten sind Frauen. DeTeWe ist zu 94,3 % im Besitz der Berliner Bergmann Elektricitäts-Werke AG, die wiederum zu 37 % Siemens und zu je ca. 25 % der Deutschen Bank und der Bayrischen Vereinsbank gehört. Die Region Rendsburg ist bereits mit 14 Prozent Arbeitslosigkeit gebeutelt. — (hel)



Stuttgart. Wie die Zentrale der Daimler-Benz AG mitteilte, hat ihre Tochtergesellschaft in Südafrika 18 Arbeiter wegen Organisierung von Streiks entlassen. Ein von Mercedes-Benz of South Africa und der Metallarbeitergewerkschaft Numsa vereinbartes Schiedsgericht habe die Arbeitsverhältnisse aufgelöst. Die Vorgehensweise entspreche den mit der Gewerkschaft vereinbarten Mindeststandards für die Arbeitsverhältnisse bei bundesdeutschen Niederlassungen. 13 weitere Arbeiter seien verwarnet worden. Im Anschluß an die Streiks im Mai 1988 hatte Daimler-Benz eine einstweilige Verfügung erwirkt, daß die Gewerkschaft ohne Erlaubnis der Firma nicht zu Demonstrationen und Versammlungen auf dem Firmengelände aufrufen dürfe. — (ros)

siedler aus der DDR“. Im Gegensatz dazu und zum Bundeserziehungsgeld sind generell alle Nicht-EG-Staatsangehörige nicht antragsberechtigt. — (uba)

Arbeitskampfverbot aufgehoben

Düsseldorf. Am 16.12.1988 entschied das Landesarbeitsgericht Düsseldorf: Zur Durchsetzung eines Tarifvertrags über das Arbeitszeintende um 18.30 Uhr im Einzelhandel NRW kann gestreikt werden. Der gültige Manteltarifvertrag regelt das Ende der täglichen Arbeitszeit nicht. Daher besteht für diese Forderung keine Friedenspflicht. Das Landesarbeitsgericht hob damit die Entscheidung vom 27.11. 1987 auf, durch die der Gewerkschaft HBV verboten worden war, für einen solchen Tarifvertrag zum Streik aufzurufen. Zweimal war den Einzelhandelskapitalisten das Weihnachtsgeschäft gesichert worden. — (anl)

Kein Erziehungsgeld für Nicht-EG-Ausländer

Stuttgart. Das Land Baden-Württemberg zahlt im Anschluß an das Bundeserziehungsgeld ein Landeserziehungsgeld an Familien, in denen ein Elternteil ein oder mehrere Kinder erzieht und betreut, ohne einer beruflichen Tätigkeit über der Versicherungsfreigrenze (1988 monatlich 440 DM brutto) nachzugehen. Dauer: 12 Monate mit einem Höchstbetrag pro Kind von 400 DM bei weniger als 24000 DM Familieneinkommen. Antragsberechtigt sind allerdings nur Deutsche bzw. EG-Staatsangehörige, die mindestens seit einem Jahr vor Geburt des Kindes in Baden-Württemberg leben, und per Ausnahmeregelung natürlich Spätaussiedler und Über-

Philips-Wissenschaftler demonstrierten

Hamburg. 300 Wissenschaftler des Philips Forschungslabors demonstrierten am 19.12.1988 vor dem Firmotor gegen die Pläne des Konzerns, große Teile der Forschung bis auf die medizinische nach Aachen auszulagern. 280 von 380 Beschäftigten sind davon betroffen. Auf der anschließenden Betriebsversammlung herrschte jedoch keineswegs Resignation; weitere Aktionen sollen folgen. — (wal)

Neuer Gehaltsrahmentarifvertrag

Rechte für Betriebsräte aber 16 Gehaltsgruppen

Seit einigen Wochen sind die Betriebsräte in den tarifgebundenen Betrieben der Metallindustrie in Hamburg und Schleswig-Holstein voll damit beschäftigt, den neuen Gehaltsrahmentarifvertrag (GRTV) für Angestellte umzusetzen. Dieser GRTV sieht ein erweitertes Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Eingruppierung der Kollegen vor: Über den § 99 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) hinaus kann der Betriebsrat der vom Kapitalisten vorgenommenen Eingruppierung widersprechen. In § 9 des GRTV heißt es: „Aus Anlaß dieser beabsichtigten Eingruppierung entstehende Streitfälle sind dem Arbeitgeber durch den Betriebsrat abschließend innerhalb von 3 Wochen nach seiner Unterrichtung mitzuteilen. Diese Streitfälle sind einer paritätischen Kommission vorzulegen. Für die unstrittigen Fälle gilt die Zustimmung nach § 99 BetrVG als erteilt.“ In dieser betrieblichen paritätischen Kommission ist dann zu versuchen, diesem Widerspruch abzuholen; gelingt dies nicht, tritt die tarifliche Einigungsstelle zusammen, in der Arbeitgeberverband und Gewerkschaft sitzen, bevor, wie bisher, der Rechtsweg offen steht.

Die Fristen, in denen dies alles zu geschehen hat, sind relativ eng: Bis zum 31.1.89 müssen die Personalabteilungen ihre Vorschläge der Eingruppierung an die Betriebsräte übergeben haben. Von diesem Zeitpunkt an läuft beim Betriebsrat die dreiwöchige Einspruchsfrist. Gleichzeitig mit dem Betriebsrat müssen auch die einzelnen Kollegen über ihre beabsichtigte Eingruppierung unterrichtet werden. Auch ihre Beteiligungsrechte sind gestärkt. Wenn sie zur Auffassung gelangen, daß sie von der Personalabteilung falsch eingruppiert worden sind, können sie beim Betriebsrat während dieser Phase reklamieren: Auch dann tritt die betriebliche paritätische Kommission bzw. die tarifliche Einigungsstelle zusammen.

Dies muß alles bis zum 31. März 89 abgearbeitet sein. Denn ab 1.4.89 gelten die neuen Gehaltsgruppen.

Aber auch für künftige Widersprüche zur eigenen Eingruppierung, z.B. weil das Aufgabengebiet größer geworden, die abverlangte Leistungsmenge gestiegen ist, gibt es jetzt zwar das Reklamationsrecht. Doch der Knüppel liegt auch hier beim Hund: Nutzt jemand sein Recht, gilt das alte Versöhnungsprinzip der Betriebsverfassung. Denn der § 3 Abs. 5 des GRTV sagt aus: „Hält der Angestellte seine Eingruppierung für unzutreffend, so kann er gegen sie Einspruch erheben. Hilft der Arbeitgeber dem Einspruch nicht ab, so haben Arbeitgeber und Betriebsrat den Streitfall mit dem Ziel der Verständigung zu behandeln . . .“

Zwei strategische Neuerungen gibt es in diesem Gehaltsrahmentarifvertrag: Einmal, daß es statt bisher sechs nun neun Gehaltsgruppen gibt. Die Gehaltsgruppen 1 und 9 enthalten zwei Stufen: Eine Eingangsstufe und eine Hauptstufe. Die Gehaltsgruppen 2 bis 8 enthalten sogar je drei Stufen: Eine Eingangs-, eine Haupt und eine Zusatzstufe. Die Eingangsstufe gilt vom Zeitpunkt der Übertragung der Aufgaben an; in die jeweilige Hauptstufe kommt man nach einer Ausübungszeit der Tätigkeit von einem halben in G1, bis drei Jahren in G9. Die Zusatzstufe setzt die Übertragung qualifizierter zusätzlicher Tätigkeiten über die Hauptstufe hinaus und einen erweiterten Handlungsspielraum voraus.

Unterm Strich ist es also den Kapitalisten damit gelungen, eine Gehaltsdifferenzierung — wenn wir mal die „automatischen“ Alterssprünge beim alten und die zeitlich begrenzten Eingangsstufen beim neuen GRTV weglassen — von bisher sechs auf 16 Gehaltsgruppen durchzusetzen. Dies war wohl der Hauptgrund, warum der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Hamburg/Schleswig-Holstein, jetzt — der alte GRTV war zum 31.12.1971 gekündigt worden — zum Abschluß be-

reit war.

H. Dethlefsen, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, hofft in der Verbandszeitung „Nordmetall“ Nr. 2/88 auf künftig bessere Spaltungsmöglichkeiten: „Der neue Gehaltsrahmentarifvertrag zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß die Eingruppierung in die neuen Gehaltsgruppen den Anforderungen der betrieblichen Praxis entspricht; das alte System von sechs Gruppen ist überholt.“

Die zweite strategisch bedeutsame Neuerung ist, daß nur noch nach den tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten oder Aufgaben, nicht mehr nach der Ausbildung oder den Berufsjahren eingestuft wird. Der GRTV setzt, außer in der Eckgehaltsgruppe G4 (drei Jahre Lehrberuf) keine definierte Ausbildung voraus. Die für die Eingruppierung maßgeblichen Kenntnisse und Fähigkeiten könnten auch „auf einem anderen Weg“ — als den der Techniker- oder Fachschule etc. — erworben werden sein.

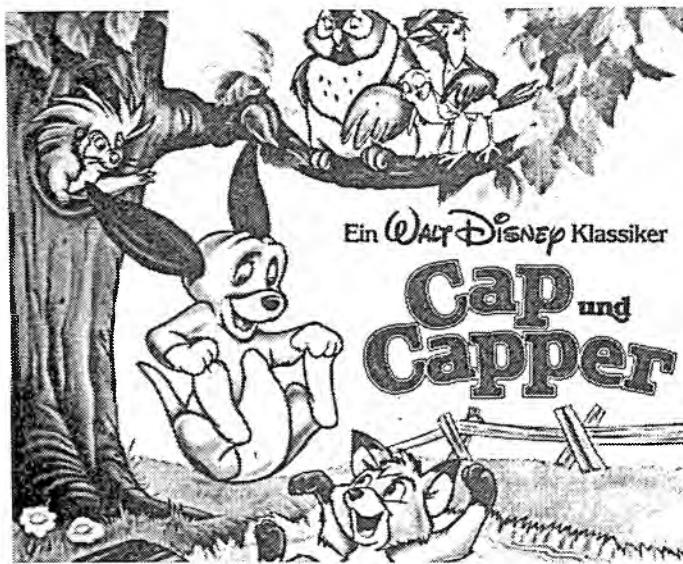
Dies ist von gewerkschaftlicher Seite so gedacht, daß so manche geld- oder rangmäßige Besserstellung „... von wegen Akademiker“ o.ä. angeknackt werden soll: Theoretisch kann nun jede und jeder, liegt nur erst mal der Facharbeiterbrief vor (G4), „alles“ im Betrieb werden und die höchste Gehaltsstufe erklimmen. Aber auch steil abwärts — und das ist angesichts der Rationalisierungswelle im klassischen Angestelltenbereich für die Kapitalisten langfristig interessant — führt die neue Karriereleiter: Fallen an einem Arbeitsplatz, sei es Konstruktion oder Buchhaltung, durch neue Techniken Tätigkeitsmerkmale fort, kann durch Änderungskündigung abgruppiert werden. Da hilft dann kein „Dipl.“ und kein „Ing.“. „Berufs-, Positions-, Funktionsbezeichnungen, Dienststellungen u.ä. begründen keinen Anspruch auf eine Eingruppierung in eine bestimmte Gehaltsgruppe bzw. -stufe.“ So der § 4 Abs. 5 GRTV. Vorsorglich hat die IG-Metall wenigstens für den Augenblick der Umstellung eine Besitzstandswahrung vereinbart.

Für Zulagen ist das, was nun herausgekommen ist, etwas besser als die bisherige ungeregelte betriebliche Übung. Wenn bei Jungheinrich Gabelstapler bis zu 30% des Endgehaltes freiwillige und jederzeit widerrufbare „Nasen-Zulagen“ sind, ist das keine Ausnahme. Teile dieser Zulagen kommen nun zum tariflich abgesicherten Gehalt hinzu und werden dann auch bei künftigen Tariferhöhungen berücksichtigt.

Erklärtes politisches Ziel der IG-Metall ist es, mit Hilfe dieses neuen GRTV die Grundgehälter der Angestellten höher abzusichern. Das Zahlenwerk würde dies auch erlauben: z.B. T3, Endstufe: DM 2486.— wird mindestens G4 Hauptstufe: DM 2486.—; könnte aber auch G5 mit DM 2962.— werden. Betriebsräte und Gewerkschaft gehen dabei zu Recht davon aus, daß die konkreten Tätigkeiten an den Arbeitsplätzen in der Vergangenheit nicht nur leistungsmäßig sondern auch qualitativ immer umfangreicher geworden sind und immer erstmal eher eine Höhergruppierung fällig ist. Der neue GRTV kann so genutzt werden, eine innerbetriebliche Diskussion über die Eingruppierungspolitik zu erzwingen.

Selbstverständlich werden die Kapitalisten den GRTV für die Masse der Angestellten in entgegengesetzter Richtung nutzen wollen. Ob dies tatsächlich gelingt, wird am Ende von der Konfliktbereitschaft der Betriebsräte abhängen. Denn die hochgepriesene Objektivität der Eingruppierung durch den Bezug auf die tatsächlich ausgeführte Tätigkeit am Arbeitsplatz ist selbstverständlich interpretierbar: Gehört z.B. der tagtägliche Umgang mit einem Personal Computer zum normalen betrieblichen Standart „sachbearbeitender Tätigkeit“ dazu, oder ist das eine qualitative Ausweitung der Tätigkeit, die dann zumindest in der Zusatzstufe einzugruppieren wäre? Auch die 75 Richtbeispiele die als Hilfe zur Eingruppierung zum GRTV dazugehören geben da keine rechtliche Sicherheit.

Die IG-Metall hat Fragebögen erarbeitet und den Betriebsräten vorgeschlagen, diese an die Kollegen zu verteilen. Die IG-Metall leistet darin Hilfestellung, die eigenen Tätigkeiten zu erfassen und den GRTV auf sich selbst anzuwenden. Mit den so gesammelten Argumenten läßt sich dann gut zusammen mit dem Betriebsrat ein Widerspruch formulieren. — (hel)



Cap und Capper

Disneys Wunderwelt Seid nett zueinander!

Zur Weihnachtszeit lief in den Kinos der Walt Disney-Zeichentrickfilm „Cap und Capper“. Der Inhalt der Geschichte: Eine Füchsin mit ihrem Jungen wird gejagt, sie legt das Junge ab, kurz darauf wird sie erschossen. Die dort lebenden Tiere, eine Eule, ein Specht und ein Vogel, überleben, wo der junge Fuchs untergebracht werden könnte, und da bietet sich eine alleinstehende alte Dame an, die dort wohnt. Sie zieht den Fuchs, den sie Cap nennt, wie ein Kleinkind auf. Zur gleichen Zeit hat sich ein in direkter Nachbarschaft wohnender Jäger einen jungen Jagdhund zugelegt, der von dem alten Jagdhund in die Jagdkünste eingewiesen werden soll. Er erhält den Namen Capper. Cap und Capper schließen Freundschaft und verstehen sich bestens. Die Freundschaft der Tiere wird unterbrochen, als Capper über die Winterszeit mit zur Jagd muß. Dort entwickelt er sich zu einem guten Jagdhund. Die Eule warnt Cap vor dem zum Jagdhund abgerichteten Capper, Cap jedoch glaubt an ihre immerwährende Freundschaft. Beide treffen sich nach dem Winter wieder, der Jagdhund tut dem Fuchs zunächst nichts, sondern warnt ihn lediglich vor dem alten Jagdhund. Als Cap jedoch von dem Jäger gejagt wird, Capper ihn bei dieser

Jagd auch aufspürt, ihn aber aufgrund der alten Freundschaft verschont, dann aber während der Jagd der alte Jagdhund schwer verletzt wird, schwört Capper, den Fuchs nunmehr gemeinsam mit dem Jäger erbarmungslos zur Strecke zu bringen. Die alte Pflegedame von Cap bringt ihn in ein Wildreservat, es folgt ein rührseliger Abschied. Cap findet sich in der für ihn ungewohnten Umgebung der Wildnis nicht zurecht, die Eule eilt als Gehilfin herbei und verkuppelt ihn mit einer hübschen Füchsin. Doch auch hier wird Cap von dem Jäger und Capper verfolgt. Während diese ihn jagen, werden sie von einem Bär überfallen. Cap rettet Capper das Leben. Als der Jäger danach Cap endlich vor der Flinte hat, stellt sich der Jagdhund schützend vor den Fuchs und verhindert so, daß er erschossen wird. Capper zieht mit dem Jäger von dannen und Cap bleibt mit der Füchsin im Wildreservat.

Die Geschichte ist ausgesprochen rührselig und kitschig gemacht, fast alle Kinder fingen während des Kinobesuchs an zu weinen. Der Trick bei dieser Geschichte ist, wie wahrscheinlich bei allen Walt Disney Geschichten, daß bestimmte, überzogen gezeichnete und ganz vereinfacht dargestellte Menschencharaktere in Form

von Tieren dargestellt werden. Die Eule als alte Mammie, Cap als gutherzig, naiv und liebenswert, der niemand was zu leide tut, Capper als etwas blutrünstig aber mit weichem Kern, bei dem letztendlich doch das Gute siegt. Das Gute in Cap besiegt das Böse in Capper. Zum Schluß,

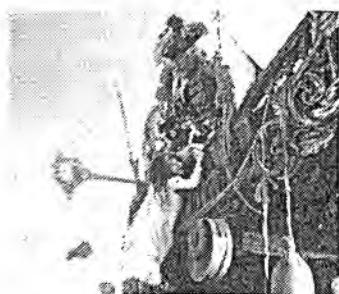
Ende gut, alles gut, und sie gehen jeder ihrer Wege. Diese christliche Mission über die Verwirklichung eines friedlichen Zusammenlebens der Menschheit nach dem Motto, seid nett zueinander und zwar klassenunspezifisch alle zu allen, paßt in die Weihnachtszeit. — (gug)

Münchhausen

Teuerster europäischer Film

In einer kleinen Hafenstadt, die von türkischen Truppen belagert ist, führen Henry Salts Komödianten im zerbombten Stadttheater „Die Abenteuer des Baron Münchhausen“ auf. Mitten in eine Szene platzt ein alter Mann mit zerschlissener Uniform und erklärt den verdutzten Schauspielern, daß er der einzige und echte Baron Münchhausen sei. Die Zuschauer wundern sich noch mehr, als er erklärt, daß die Ursache für die türkische Belagerung nur darin liege, daß er den türkischen Sultan mit einer Wette überlistet und seine ganze Schatzkammer ausgeräumt habe. Die Stadt könne nur gerettet werden, wenn er seine vier Gefährten, die mit erstaunlichen Fähigkeiten ausgerüstet seien, wieder finden würde. Mit einem Heißluftballon gelingt der Ausbruch aus der belagerten Stadt und plötzlich merkt der selbsternannte Lügenbaron, daß Sally, Henry Salts kleine Tochter im Korb sich versteckt hat. Die beiden erleben

jetzt ein Abenteuer nach dem anderen. Zum Mond geht die Reise, zum Mittelpunkt der Erde und in den Bauch eines riesigen Fisches. Die vier Gefährten des Barons werden wieder gefunden und mit ihren erstaunlichen Fähigkeiten werden die türkischen Belagerer in die Flucht geschlagen. Beim UFA-Film von 1942/43 mit Hans Albers in der Hauptrolle sollen diese Fähigkeiten — mit der Schnelligkeit den Gegner überraschen, ihn wie mit einem Sturmwind wegblasen, weiter schauen zu können als mit einem Fernrohr und stärker zu sein als ein Riese — eine aktuellere Rolle gespielt haben. — (dil)



Fernsehfilm: Nonni und Manni

Jesuit auf Kinderfang

Zwischen Weihnachten und Neujahr bringt das Zweite Deutsche Fernsehen alle Jahre eine mehrteilige Serie, die sich hauptsächlich an Kinder richtet. In diesem Jahr diente der halb autobiographische Roman des aus Island stammenden und Ende des vorigen Jahrhunderts in Frankreich

lebenden Jesuitenpeters Svensson als Vorlage. Die Geschichte spielt in Island, ist als Abenteuerroman angelegt und eigentlich auch recht spannend. Zwei Jungen helfen einem zu unrecht des Mordes verdächtigten Fremden (er war der Freund des auf See umgekommenen Va-

ters) sich zu verstecken und den eigentlichen Mörder (einen habgierigen Kaufmann) zu überführen. Die Jungen müssen sich mit Naturgewalten (Schneesturm, reißenden Flüssen, Gletscherspalten, Bären usw.) ebenso auseinandersetzen wie mit den Machenschaften des Bösewichts. Obwohl das alles sehr realistisch dargestellt wird, mit eindrucksvollen Landschaftsaufnahmen, auch die Schauspieler gut sind, muß man sich doch die ganze Zeit ärgern wegen der aufdringlichen Indoktrination. Die Guten sind gut und es geht ihnen (wenigstens am Ende) gut, weil sie gottesfürchtig sind. Sie beten viel und halten die Gebote. Die Schlechten sind schlecht und es geht ihnen schlecht, weil sie Gottlos sind. Die Hölle, die Vorstellung, mit der die christliche Religion Kinder in die Gottesfurcht schreckt, erscheint fast als pure Realität. Die Verfolgungsjagd endet mit einem Vulkanausbruch, der Übeltäter stürzt beim Mordversuch in die Kraterglut. Es gibt doch so manches, was die Gesellschaft Kindern nicht zumuten will, ob so was nicht dazu gehören sollte? — (alk)

Willow

Botschaft: Die Heilandin ist geboren

Das meiste, was dieser Film zu bieten hat, ist schon mal dagewesen, aber nicht in dieser Kombination. Eine ältere Königin, böse, läßt alle neu geborenen Kinder verfolgen, weil eins darunter sein muß, das ihrer Herrschaft ein Ende bereiten wird. Was die Königin nicht weiß, ist, daß ihre eigene Tochter dieses Kind, das ein Zeichen am Arm trägt, gerade zur Welt gebracht hat. Von einem Vater hört und sieht man nichts. Die Tochter lehnt sich gegen die Mutter auf und gibt ihr das Kind nicht. Eine treue Amme flieht mit ihm aus der Burg. Dieses Kind ist ein Mädchen. Das ist das Moderne an dem Film. Die Königin hetzt ihre Hunde hinterher. In höchster Not setzt die Amme das Baby auf ein Binsenschiffchen, und es treibt wie weiland der kleine Moses auf dem Fluß, bis es von guten Leuten, dem Zwerg Willow und seiner Familie, geborgen wird. Willow bringt das Kind außer Landes. Unterwegs befreit er einen nichtsnutzigen Ritter, der aber ein guter Schwertkämpfer ist, und gewinnt einen Verbündeten zur Rettung des Kindes und damit der ganzen Menschheit. Weitere Helfer sind zwei Elfen, Menschen, die stark verkleinert gefilmt werden. Es folgen etliche lustige und spannende Szenen, wie man sie aus Western und Ritterfilmen kennt

und mit denen wiederkehrende Elemente solcher Filme persifliert werden: Schlägerei in einer Kneipe, Verfolgungsjagd per Pferdewagen, Verteidigung einer verlassenen Burg unter Mithilfe eines Pappdrachens. Nebenbei zähmt der Schwertkämpfer noch die widerspenstige Königstochter, so daß sich das glückliche Ende abzeichnet. Die Guten dringen in die Burg der bösen Königin ein. Das Showdown findet zwischen dieser und einer alten Zauberin statt, die das Kind verteidigt. Entscheidend für den Ausgang ist jedoch, daß es Willow endlich gelingt, ein Zauberstück, mit dem er sonst das Verschwindenlassen eines Ferkels geübt hat, mit dem Erlöserkind korrekt auszuführen. Glücklich kann er zu seiner Familie zurückkehren und ein großer Zauberer werden. — (anl)



Buchrezension

Der Tod der Stammheimer Gefangenen

Der frühere Anwalt Jan-Carl Raspe, Karl-Heinz Weidenhamer, untersucht in dem im Oktober 1988 im Neuer Malik Verlag erschienenen Buch „Selbstmord oder Mord? Todesermittlungsverfahren: Baader, Ensslin, Raspe“ anhand zahlreicher Dokumente den Tod der drei politischen Gefangenen aus der RAF. Seine durch den Leser weitgehend nachzuvollziehende Auseinandersetzung mit der Selbstmord-Version deckt eine Reihe offener Fragen, gravierender Widersprüche zwischen Behauptungen und überprüfbarer Tatsachen, unterschlagener Beweise, unterlassener Untersuchungen und vertuschter Spuren auf und erschüttert die amtlichen Todesermittlungsergebnisse. Natürlich kann das Buch, da die staatlichen Behörden eine alle Tatsachen in Betracht ziehende, unvoreingenommene Untersuchung der Todesumstände weder selbst durchgeführt noch von unabhängiger Seite zugelassen haben, die Frage nicht klären, wie die Häftlinge in der Abteilung III des Hochsicherheitstraktes in Stammheim am 18.10.1977 wirklich starben. Seine auch aktuelle Bedeutung liegt in der Dokumentation der Umstände, unter denen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe starben und Irmgard Möller schwer verletzt wurde, in der Dokumentation der totalen Auslieferung der Gefangenen an den Staat. Diese totale Auslieferung ist — so oder so — entscheidende Bedingung für den Tod der Gefangenen. Sie läßt ihre Tötung durch gedungene Mörder denkbar werden und machte sie zugleich faktisch möglich wie die vollständige Aufklärung nahezu unmöglich.

Die Stammheimer Untersuchungsgefangenen waren, wie auch andere, unmittelbar nach der Schleyer-Entführung totalisiert und selbst vom Kontakt mit ihren Verteidigern abgeschnitten worden, d.h. jeglicher Besuchs-, Schrift-, Telefon- und Telegrammverkehr, jeglicher Empfang von Fernseh- und Rundfunksendungen, von Zeitungen und Büchern etc. sowie jegliche Verbindung untereinander wurde untersagt. Damit nahm die entfesselte Exekutive die Gefangenen als Geiseln. Ihre Totalisolation geschah ohne Rechtsgrundlage unter Berufung auf „Staatsnotwehr“ und zum Teil gegen von Gefangenen erwirkte Gerichtsurteile. Erst Wochen später wurde mit dem binnen kürzester Zeit durchgepeitschten „Kontaktsperrgesetz“ die illegale Situation legalisiert, d.h. eine „Rechtsgrundlage“ geschaffen, die den von der BRD selbst akzeptierten und etwa in der Europäischen Menschenrechtskonvention oder im Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte gefassten Rechtsgrundsätzen Hohn spricht.

Während nicht nur Kommentatoren der bürgerlichen Presse, sondern auch maßgebliche Politiker aller staatstragenden Parteien Folter und Todesstrafe propagierten und zur Tötung der gefangenen Geiseln aufhetzten, während der Krisenstab verschiedenste „Modelle“ durchspielte, die u.a. auch die standrechtliche Erschießung von Gefangenen beinhalteten, hatten die Staatsschutzorgane über Wochen hinweg unkontrollierten Zugang zu den isolierten und ihnen schutzlos ausgelieferten Gefangenen. (Ein vom Autor zitiertes Dokument vom Dezember 1977, das in den weiteren Ermittlungen nicht wieder auftauchte, der „Vorläufige Bericht der (baden-württembergischen) Landesregierung über die Ereignisse vom 18.10.1977 in der VZA Stuttgart-Stammheim“, macht übrigens deutlich, daß Justizministerium und Anstaltsleitung den Zugang u.a. der Geheimdienste zum Gefängnis nicht kontrollierten.) Die im Buch wiedergegebenen Berichte des BKA-Beamten Klaus, der die Gefangenen mehrfach aufsuchte, sind seltsame Dokumente der Folter, der die Gefangenen auf diese Weise ausgesetzt waren — ganz unabhängig davon, ob ihr Inhalt den Tatsachen entspricht oder nicht. Bemerkenswert ist, daß in den Zellen der Toten keine Aufzeichnungen über die Vorgänge während der Totalisolation aufgefunden wurden, obwohl sich die Gefange-

nen zur Gewohnheit gemacht hatten, die Isolationshaftbedingungen betreffende Vorfälle sorgfältig zu notieren.

Das „Kontaktsperregesetz“ wurde nicht aufgehoben. Politische Gefangene werden weiterhin Sonderhaftbedingungen unterworfen und einzeln oder in Kleingruppen isoliert. Solange das so ist, liegt es in der Hand des Staatsapparates, die Situation totaler Kontrolle und totaler Auslieferung wiederherzustellen, in der alles denkbar und alles möglich wird. Auch um zu verhindern, daß sich Ereignisse wie der Tod der Stammheimer Gefangenen am 18.10.1977 wiederholen, ist es zwingend geboten, den Kampf gegen die Isolationshaft und die Hochsicherheitstrakte fortzusetzen, für die Aufhebung des „Kontaktsperregesetzes“ und aller anderen Sondergesetze einzutreten und die Forderung von politischen Gefangenen nach Zusammenlegung in großen Gruppen zu unterstützen. — (scc)

Mittelamerika

Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt massiv Einfluß

Im Mai 1980 wurde in Washington die christdemokratische Internationale (CDI) gegründet. Mit ihr wollten die westeuropäischen Christdemokraten eine international durchsetzungsfähige Organisation für ihre Interessen schaffen. Bei den Kontakten nach Mittelamerika kommt dabei der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung entscheidende Bedeutung zu. Auf der Gründungskonferenz der CDI gab Siegbert Adler von der CDU zu den Zielsetzungen bekannt:

„Die christdemokratischen Parteien können Wahlen in Lateinamerika gewinnen, wenn sie eine Strategie entwickeln, die speziell auf der Analyse des betreffenden Gebietes beruht. Man muß den Privatsektor gewinnen, die Militärs, die Presse. Wir zählen natürlich auf die Kirche. Wir müssen die Diktaturen von der Schwierigkeit, eine linke Regierung zu verhindern, überzeugen. Und daß es ihre beste Alternative ist, uns zu akzeptieren ... Für die Vereinigten Staaten und für Europa wäre es vorteilhafter und billiger, christdemokratische Regierungen zu unterstützen, anstatt Waffen den Diktatoren zu liefern, die den Ausbruch linker Revolutionen nicht verhindern können.“

Heute sind die christdemokratischen Parteien Mittelamerikas, die im Dachverband ODCA zusammengeschlossen sind, in hohem Maß von Steuergeldern aus der BRD abhängig. Das



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bewilligte der Konrad-Adenauer-Stiftung von 1980 bis 1986 allein für ihre Mittelamerika-Projekte 16,6 Mio. DM. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wendet inzwischen ein Viertel ihrer gesamten Auslandsmittel für die Christdemokratie dieser Region auf. Etwa 60% bis 70% der Gelder werden für Gehälter verwendet. Da ist klar, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung ein gewichtiges Wort in der Politik Zentralamerikas mitzureden hat, denn in Guatemala und El Salvador sind die Christdemokraten an der Regierung.

Wie die Absicht, linke Revolutionen „vorteilhaft und billig“ zu verhindern, praktisch umgesetzt wird, zeigt etwa die Polizeihilfe für Guatemala. Auf Initiative des Leiters der internationalen Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Josef Theising, wurden zehn Millionen Mark für den Aufbau einer zivilen Polizei, durchgeführt von der Polizeiführungsakademie in Hiltrup, als Entwicklungshilfe vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bereitgestellt. Damit sollte der Weltöffentliche vorgegaukelt werden, durch den Einsatz von in der BRD ausgebildeten Polizisten bei der „Verbrechensbekämpfung“ sei das Militär ersetzt worden und in die Kasernen zurückgekehrt.

Aber der Krieg gegen die Landbevölkerung zur Ausradierung der Rückzugsgebiete der Guerillaorganisation URNG geht weiter. In Guatemala mag zwar die Christdemokratie an der Macht sein, das hindert aber die Militärs nicht im geringsten daran, Bauern zu ermorden oder für strategische Wehrdörfer zu zwangsrekrutieren. Die Christdemokratie an der Macht ändert vielleicht nichts an den Massenmorden der Militärs, ergibt jedoch einen demokratischen Anstrich. Gegebenenfalls müssen die Militärs eben die Uniformen ausziehen und privat als Todesschwadronen Oppositionelle verschwinden lassen wie in El Salvador. Dabei unterstützt die westeuropäische Christdemokratie die regierende Schwesterpartei; für die Unterstützung der Militärs sind dann wieder andere zuständig, etwa die CIA: Arbeitsteilung.

Aufpäppeln der PDC in El Salvador

Heiner Geißler wurde wegen seiner Lateinamerikareise im Oktober 1988 von dem SPD-Abgeordneten Wischniewski scharf angegriffen. Darauf antwortete er am 22.11.1988 im Bundestag: „In El Salvador unterstützte ich den Präsidenten Napoleon Duarte in seinem Kampf für Demokratie, den er gegen zwei Fronten führen muß, nämlich gegen die Todesschwadronen der Rechten und gegen die Guerilla der Linken. Beide morden und zerstören das Land.“

Der Kampf gegen die Todesschwadronen durch El Salvadors Regierungspartei PDC kann nur als Augenwischerei bezeichnet werden. So wurde der Begründer der Todesschwadronen, Major d'Aubuissons, zwar schon einmal festgenommen, nach 72 Stunden jedoch wieder freigelassen. Für diesen Fall hatte die PDC angekündigt, die Regierung verlassen zu wollen, was sie aber nicht tat. Heute ist die faschistische Arena-Partei, zu deren Mitbegründern der Major zählt, kurz vor der Machtübernahme. Bei den Parlaments- und Kommunalwahlen gingen von 262 Kommunen 178 an die Arena-Partei, von den 14 Departementshauptstädten gingen 13 an die Arena.

Nachdem jahrelang Millionen in die Kassen der PDC geflossen waren, unterstützen das westdeutsche Entwicklungshilfeministerium und die Konrad-Adenauer-Stiftung jetzt sogar die Arena-Partei. „Die Christdemokratische Partei wurde hinweggefegt, Arena war der strahlende Sieger“, so die Konrad-Adenauer-Stiftung. „Man muß eines sehen: Arena hat sich sehr gewandelt“, so ein führender Mitarbeiter des Ministeriums.

Seit den Wahlen vom März 1988 ist nicht mehr Alejandro Duarte, sondern Arena-Mitglied Calderon Sol Bürgermeister von San Salvador und damit auch Präsident des salvadorianischen Instituts zur Gemeindeentwicklung (Isdem). Zur Unterstützung von Isdem-Projekten sollen drei Langzeitexperten, finanziert durch das Entwicklungshilfeministerium, nach El Salvador reisen. 1987, noch unter der PDC, wurden 3,5 Mio. DM für Isdem bewilligt. Für 1989, unter Arena, sollen es bereits sieben Millionen DM werden.

Offensichtlich soll Arena gefördert werden genau wie einst die PDC. Das bedeutet für die PDC jahrelang einen westdeutschen Geldregen: Die PDC verfügt über ein Parteibildungsinstitut Isep, dessen Chef stets der Generalsekretär der PDC ist. Seit September 1986 ist dies Rodolfo Castillo Claramount, gleichzeitig Vizepräsident von El Salvador. Für seinen Posten als Direktor von Isep erhält Claramount, der durch einige Korruptionsskandale bekannt wurde, von der Konrad-Adenauer-Stiftung rund tausend Dollar im Monat (seit der Erkrankung Duartes leitet Claramount sogar die Regierungsgeschäfte). Weiter wird die Isep vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert: Von 1983 bis 1986 erhielt das Institut drei Millionen DM, für 1988 waren zwei Millionen DM geplant, alles auf Anregung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit 1979 fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung das Instituto Salvadoreño de Administración Municipal, das sich der Förderung der PDC-Arbeit auf kommunaler Ebene widmet. Hierfür wurden 1983 bis 1986 ebenfalls drei Millionen DM bewilligt. Weiterhin werden gefördert:

- CEN, ein Studienzentrum der PDC, fertigte z.B. das Regierungsprogramm an;
- Cenitec, ein wirtschaftswissenschaftliches Institut;
- Iseac, ein Institut für christdemokratische Genossenschaftspolitik (Zahlung 1987: 1,5 Mio. DM);
- Conaes, ein PDC-naher Verband von Klein- und Mittelunternehmern;
- Radio Libertad, der Radiosender der PDC, geleitet von der Familie Duarte. Die Tochter des Präsidenten El Salvadors, Ines Duarte, ebenso wie der Sohn Alejandro gehören dem Direktorium des Senders an. Das Radio erhielt von 1983 bis 1986 drei Millionen DM vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Förderung läuft seit 1983 nach einer Absprache zwischen Napoleon Duarte und Helmut Kohl.

Über die Zusammenarbeit mit El Salvadors Christdemokraten werden auch Besuche von Armeeangehörigen in der BRD von der Konrad-Adenauer-Stiftung vermittelt und bezahlt. Hier besichtigen die salvadorianischen Soldaten das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr.

Subversion in Nicaragua

In Nicaragua möchten sich die westdeutschen Christdemokraten nicht durch allzu offene Zusammenarbeit mit den Konterrevolutionären die weiße Weste blutig machen. Wie Heiner Geißler am 3.11.1986 der Bonner Presse mitteilte:

„Obwohl es eine harte Entscheidung ist, nicht wahr, daß wir als christliche Demokraten die Contras nicht unterstützen.“

In Nicaragua widmet sich die Konrad-Adenauer-Stiftung hauptsächlich der Förderung und Unterstützung der legalen Opposition, der Frente Interno, zur Destabilisierung der Regierung der FSLN. Auch verschiedene gesellschaftliche Gruppen werden unterstützt:

— Cosep, ein reaktionärer Unternehmerverband, mit der Unterorganisation Funde (Klein- und Mittelunternehmer und dem Institut Inde. Diese Projekte erhielten vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1984 bis 1986 rund 1,6 Mio. DM; für 1987/88 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung 2,5 Mio. DM beantragt. Der Chef von Cosep, Enrique Bolanos, rief auf einer Versammlung von reaktionärem Klerus, Unternehmern und Oppositionsparteien dazu auf, „die Sandinisten zu stürzen und eine Regierung der Nationalen Einheit zu bilden“. Bolanos macht auch keinen Hehl aus seinen Beziehungen zu führenden Contras. Guillermo Qaunt, bis dahin Mitglied des Cosep-Vorstandes, wurde 1986 der CIA-Mitarbeit überführt.

— Conapro, eine Freiberuflerorganisation. Förderung 1986: eine Million DM, 1988 weitere 900000 DM.

— Coprosa, das Sozialwerk der katholischen Kirche, geleitet von dem Konterrevolutionär Obando y Bravo. Diese Organisation wird auch vom Dachverband der US-amerikanischen Gewerkschaften US-Aid mitfinanziert. Förderung durch die Bundesregierung: 1984—86: 1,2 Mio. DM, 1987: 462000 DM.



Die internationale Arbeitsgemeinschaft Frieden und Demokratie und die Internationale Gesellschaft für Menschenrecht, CDU-nahe Organisationen, die in der BRD hauptsächlich gegen die RGW-Staaten hetzen, betreiben eine Ausstellung „Nicaragua libre — Land ohne Freiheit“. Unter der Überschrift „Terror gegen Denken und Glauben“ wird dort die Ausweisung von zehn ausländischen Priestern als Verstoß gegen die Glaubensfreiheit angeklagt. Tatsächlich begann Obando y Bravo schon 1979 mit dem Aufbau einer Opposition gegen die FSLN-Regierung. Die kirchlichen Institutionen, Coprosa und Covisma sollten dazu als Kaderschulen in seiner Diözese dienen. Am 20. Juni 1984 wurde die Beteiligung einiger Priester an Sabotageakten bekannt. Priester Amado Pena gehörte zu einer Gruppe, die die logistische Unterstützung der Sabotageakte durchführte, er wurde beim Transport von Plastiksprengstoff verhaftet. In dieser Situation wurden die zehn Priester des Landes verwiesen.

— Radio Católica, ein Sender des Obando y Bravo und der katholischen Kirche. Neben den Contra-Sendern in Honduras und Costa Rica einer der zentralen Meinungsmacher gegen die FSLN. Geplant ist, 22 Personalstellen bei Radio Católica über die Konrad-Adenauer-Stiftung zu finanzieren. Otto Lerchenmüller, Münchner CSU-Politiker, versprach bei seiner Mittelamerikareise, bei der Siemens AG ein Notstromaggregat als Spende aufzutreiben.

— La Prensa, das reaktionäre Kampfblatt gegen die Sandinisten erhält seit 1987 Unterstützung durch die Beratungstätigkeit eines von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanzierten Journalisten der „Welt“.

— CPDH, die ständige Menschenrechtskommission wird seit 1985 nicht mehr über Nicaragua finanziert, sondern über eine Zweigstelle in Costa Rica. Präsident war Esteban Gonzales, der wegen der Vorbereitung eines Anschlags auf die einzige Ölraffinerie Nicaraguas und eine Zementfabrik flüchten mußte. Heute ist Dr. Ricardo Paiz Castillo Präsident der CPDH. Die US-Regierung und verschiedene christdemokratische Parteien bauten diese Organisation systematisch für ihre antisandinistischen Menschenrechtskampagnen auf.

Bliebe noch die Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in anderen Ländern Mittelamerikas zu erwähnen:

Mitte Juni 1987 beschuldigte der Oberbefehlshaber der Armee Panamas, General Noriega, die Konrad-Adenauer-Stiftung des Schürens der politischen Konflikte im Lande. Die durch die Konrad-Adenauer-Stiftung geförderte Christdemokratie hatte eine führende Rolle im Oppositiionsbündnis Cruzada Civil inne.

In Costa Rica erhält die christlich-soziale PUSC über das Institut Indep Millionen von der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Quellenhinweis: Boris/Rausch, Zentralamerika. Kleine Bibliothek Dritte Welt, Pahl-Rugenstein Verlag, 1986; ILA-Info, Nr. 116 und Nr. 119; Die Contra-Connection, Konkret Literatur Verlag, 1988 — (zwk)

Wirtschaftsstruktur

Kritik der IG Metall bietet Ansätze für die Kommunalpolitik

Die IG Metall Stuttgart führt seit einiger Zeit Kritik an der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft des Stuttgarter Raums. Das Übergewicht der Automobilindustrie mit ihrem hohen Monopolisierungsgrad, ihrer starken Ausrichtung auf den Export, der vielfältigen Abhängigkeiten von Zulieferern könnte zu Krisen führen, vergleichbar mit der Strukturkrise des Ruhrgebiets. Die IG Metall fordert Änderungen in Richtung „alternativer Produktionen“ und „Diversifikation“. Betrieblich sei daher eine Stärkung der

Mitbestimmung nötig, politisch eine stärkere Einflußnahme auf kommunaler und regionaler Ebene.

Die folgenden Beiträge beziehen sich auf diese Untersuchung und Kritik der IG Metall und sollen der Entwicklung von Forderungen zu den Kommunalwahlen im Oktober dienen. Sie sind im Zusammenhang der Diskussionen der Zelle Industrie und Handel des BWK Stuttgart sowie der Betriebs- und Gewerkschaftskommission der VSP Stuttgart entstanden. — (alk, os/VSP, ros, wor)

Schwächen in der regionalen Branchenanalyse

Anfang 1988 veröffentlichte die IG Metall Verwaltungsstelle Stuttgart die Ergebnisse einer regionalen Branchenanalyse, die den Umstrukturierungsprozeß in der Metallindustrie im Wirtschaftsraum Stuttgart (damit ist gemeint die Stadt Stuttgart und der Landkreis Böblingen) untersucht (1). Diese vom IMU-Institut München erstellte und von der Hans-Böckler-Stiftung, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart geförderte Studie will Voraussetzungen geben, „um zum einen den branchenspezifischen Umwandlungsprozeß und seine regional wirksamen Effekte zu erkennen und zum anderen gezielter auf diese Entwicklungen Einfluß zu nehmen“ (S. 4)

Aussagen der IMU-Studie

Die IMU-Studie erhebt den Anspruch, im Gegensatz zu anderen Untersuchungen „Gefährdungen in ihrem Zusammenhang“ aufzuzeigen. Die einzelnen Kapiteln behandeln solche „Gefährdungen“:

- durch einen überdurchschnittlichen Beschäftigtenanteil im Verarbeitenden Gewerbe und dabei einer branchenmäßigen Konzentration auf Maschinenbau, Elektrotechnik und Fahrzeugbau,
- durch hohe Unternehmenskonzentration, Zuliefererverflechtung und starke Exportorientierung,
- durch Erreichen von nachfragebedingten Sättigungsgrenzen bei Überkapazitäten und träger Investitionstätigkeit,
- durch Rationalisierungen, Produktionsauslagerungen und Abbau von Fertigungsfunktionen und
- durch veränderte Qualifikationsanforderungen, Belastungen, Arbeitszeiten und Entlohnungen sowie Zunahme von Zeitverträgen und Leiharbeit.

Die Kernaussagen der Studie sind zusammengefaßt:

Die Erwerbstätigkeit im Wirtschaftsraum Stuttgart wird geprägt durch die Branchen Kraftfahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik, durch hohe Kapitalkonzentration in wenigen Konzernen, ergänzt durch eine ausgeprägte Zuliefererstruktur. Bedingt durch Marktstättigung (auch im Ausland), technische Rationalisierung und Standortbereinigung im Rahmen der internationalen Arbeitsaufteilung zeichnet sich eine Beschäftigungskrise ab, die in der branchenmäßigen Monostruktur nicht kompensiert werden kann. Als Antwort darauf wird ein Beschäftigungsprogramm vorgeschlagen, welches über eine Vernetzung von betrieblichen und kommunalen/regionalen Maßnahmen eine „arbeits- und naturorientierte Diversifikation“ anstrebt und so neue Beschäftigungsfelder erschließt.

Methodisch werden die Aussagen durch Zitate aus Wirtschaftszeitungen, regionalen Strukturplänen, Wirtschafts- und Beschäftigungsprognosen und Auswertung von Statistiken untermauert.

Die Aufbereitung der verschiedenen Quellen ist allerdings an vielen Stellen sehr oberflächlich erfolgt; Anstrengungen, Kenntnislücken durch eigene Untersuchungen zu schließen, wurden — bis auf eine Betriebsrätebefragung — nicht unternommen.

Statistische Schieflage

So beschränkt sich die Untersuchung der Porsche AG im wesentlichen darauf, einen Aufsatz der „Wirtschaftswoche“ bis hin zu Kalauern zu zitieren, während etwa eine Analyse der Geschäftsberichte des Unternehmens oder eine Darstellung der Beschäftigtsituation unterbleibt.

Die aus den Daten des Statistischen Landesamtes erstellten Grafiken über die Veränderung der Beschäftigtenzahlen und des Umsatzes in den verschiedenen Branchen werden unbeschenen wiedergegeben, ohne das Ausgangsmaterial zu würdigen. Das wäre aber dringend nötig gewesen. So kann man aus den Einzeldaten des statistischen Anhangs erkennen, daß die verzeichnete Zunahme in der Büromaschinen- und ADV-Branche zum guten Teil buchhalterischen Abgrenzungseffekten geschuldet wurde. Ein bis dato der elektrotechnischen Branchen zugeschriebener Großbetrieb im Landkreis Böblingen wurde 1984 der Büro-/ADV-Branche zugeordnet.

Ein anderer Abgrenzungseffekt: Der Umsatz der Fahrzeugbranche im Kreis Böblingen stieg von 0,15 Mrd. DM 1984 auf 18,4 Mrd. DM im folgenden Jahr, weil die bislang in der Stuttgarter Daimler-Benz-Verwaltung verbuchten Umsätze nunmehr anteilig dem Sindelfinger Werk zugeschoben wurden. Ähnliche Vorgänge dürften wohl die „weit über dem Bundesdurchschnitt“ liegende Umsatzentwicklung der Büro/ADV-Branche bewirkt haben, die von 1983 auf 1984 im Raum Stuttgart eine Steigerung um den Faktor 2,6 aufweist.

Ohne Würdigung der statistischen Schieflage aber können die politischen Schlußfolgerungen rasch daneben liegen. Eine weitere Unschönheit ist, daß die Grafiken allermeistens nur relative Veränderungen zeigen, aber keine Absolutwerte, was zu ihrer Interpretation notwendig wäre.

Die meistzitierte Aussage der IMU-Studie ist, daß sich „bis zum Jahr 2000 ein Abbau von ca. 33000 Arbeitsplätzen in den Branchen der Metallindustrie“ im Organisationsbereich der IG Metall Verwaltungsstelle Stuttgart und damit um 18% ergibt (S. 22). Diese Zahl wird nach Branchen aufgeschlüsselt, z.B. minus 24% = 23000 Arbeitsplätze in der Fahrzeugbranche, minus 13% = 5000 in der Elektrotechnik.

Als Grundlage der Berechnung wird eine Projektion „Die Zukunft der Ar-

beitslandschaft“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie der Prognos AG angegeben, die vom IMU mittels „Freisetzungsfaktoren“ und eines „Trendszenarios“ modifiziert seien. Für den Leser der IMU-Studie bleibt die Rechnung im Dunkeln.

Arbeitsbedingungen Nebensache?

Indem sich die IMU-Studie auf das Zählen von Arbeitsplätzen konzentriert, bleibt der Bestandsaufnahme und Entwicklung von Arbeitsbedingungen nur wenig Raum. Die Ausweitung der Schicht- und Wochenendarbeit war den Autoren des 300seitigen Papiers gerade zwei Sätze wert, Gesundheitsgefährdungen immerhin drei. Angriffe auf die Entlohnung wird eine Seite lang, Gefährdung durch Zeitverträge und Leiharbeit über zwei Seiten (plus einige Grafiken) verhandelt. Die Aussagen bleiben allgemein, betriebliche Beispiele werden nicht angeführt.

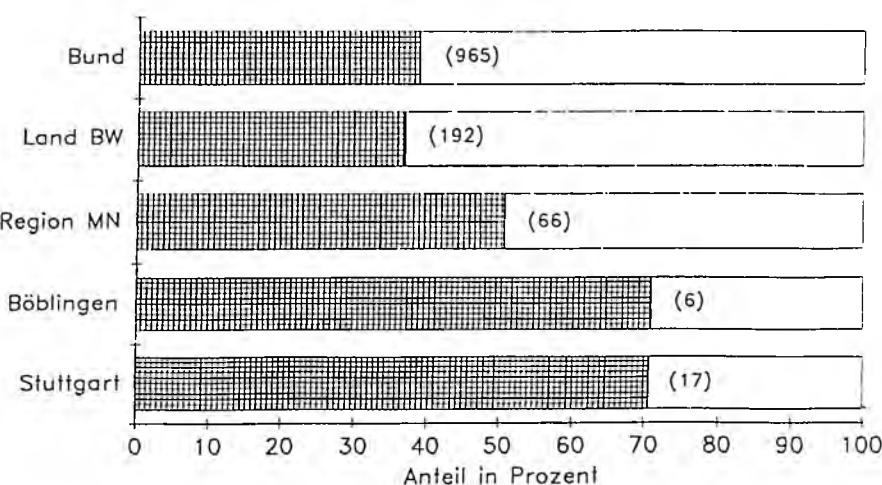
Etwas ausführlicher wird auf die Entwicklung der beruflichen Qualifikation im gewerblichen Bereich der Metallindustrie eingegangen. Die IMU-Studie stellt „überraschenderweise“ fest, daß der Qualifikationsgrad (d.h. der Anteil der Beschäftigten mit Berufsausbildung) im Untersuchungsgebiet zwischen 1980 und 1986 von 64% auf 56% gesunken ist. (S. 223) Dieses ist vor allem der Einstellungspraxis in den Montagebereichen des Fahrzeugsbaus zuzuschreiben. So stieg in dem Zeitraum die Zahl der Montierer ohne Berufsausbildung um 377%, der Montierer insgesamt um 127%. Für die Zukunft wird eine Trendumkehr und ein Beschäftigungsabbau insbesondere bei den gering Qualifizierten vorausgesagt.

Einkommens- und Qualifikationsprofile für die Metallbeschäftigte insgesamt wurden nicht vorgelegt, eine Untersuchung der Arbeitsteilung nach höher und niedriger qualifizierter Tätigkeit erfolgte ebenso wenig wie eine Behandlung der Arbeitsmarktsituation zum Beispiel der Frauen oder der ausländischen Beschäftigten.

Hauptsache Arbeitsplätze

Der einengende Gesichtspunkt der Arbeitsplatzzählerei führt zu mancher Schwäche in der Kritik der politischen Verhältnisse. So erwähnt die IMU-Studie zwar, daß die Daimler-Benz AG die Position des „größten Rüstungskonzerns Westeuropas“ anstrebt (S. 100), weiß dann aber in der Kritik kaum mehr als den „bekannten Tatbestand“ anzuführen, „daß die Abhängigkeit von staatlichen Rüstungsaufträgen nicht als gesicherte Zukunftsperspektive bezeichnet werden kann“ (S. 104). Hauptkritik an der Diversifikationspolitik der Daimler-Benz AG ist: „Das bisher vor Ort erwirtschaftete Kapital wird andernorts eingesetzt und andernorts weiterverwendet.“ (S. 87) „Diese Investitionsorientierung erschwert es, in der Region Ersatzar-

Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben
(über 1000 Beschäftigte) des
Verarbeitenden Gewerbes 1986
Absolutzahlen der Betriebe in Klammern



beitsplätze zu schaffen, die ... in den 90er Jahren dringend erforderlich sein werden.“ (S. 88) Soll also der Jäger 90 in Untertürkheim gebaut werden?

„Die Bundesrepublik ist weltweit das Land mit der höchsten Exportquote“, vermerkt die IMU-Studie und fährt fort: „(Sie) befindet sich damit aber in stärkerer Abhängigkeit von internationalen Konjunkturbewegungen.“ (S. 58) Die Bundesrepublik wird als Opfer der Dollarschwäche dargestellt; daß sie als Exportweltmeister etliche Länder ökonomisch und politisch unter Druck setzt, findet keine Erwähnung. Im Gegenteil, die angestrebte Arbeitsplatzsicherheit im Raum Stuttgart droht eine weitere Einmischung in fremde Länder zu rechtfertigen, ist doch die Region „in besonderem Maße auf kontinuierliche Ausfuhr angewiesen“. (S. 59)

Eine Betriebsrätebefragung ergab, daß in 40% der Betriebe Produktionsverlagerungen ins Ausland vorgenommen wurden. (S. 130) Der Kapitalexport westdeutscher Konzerne wird aber nur unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsplatzabbaus kritisiert: Die Reorganisation im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung bewirke für den Raum Stuttgart eine „tendenzielle Schrumpfung arbeitsintensiver Produktion“. (S. 208) Haben die Stuttgarter Arbeiter sonst kein Interesse, die Machenschaften des Daimler-Benz-Konzerns in der Türkei oder im südlichen Afrika zu unterbinden?

Auswirkungen des für 1992 geplanten EG-Binnenmarktes auf die Beschäftigungslage im Raum Stuttgart werden in der IMU-Studie nicht untersucht.

Das Alternativkonzept

Einiges spricht dafür, daß der von der IMU-Studie behauptete Abbau von 33000 Arbeitsplätzen in der Stuttgarter Metallindustrie tatsächlich in dieser Grö-

ßenordnung eintreten wird. „Ihre Branchenanalyse ist ernst zu nehmen“, schrieben die „Stuttgarter Nachrichten“ am 19.2.1988 über die IG Metall. Eine von der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar nachgesuchte Arbeitsmarktstudie prognostiziert einen Abbau von 23000 bis 49000 Arbeitsplätzen in der Industrie und bestätigt damit ausdrücklich die IMU-Ergebnisse („Stuttgarter Nachrichten“, 26.8.1988). Allerdings würden gleichzeitig im Dienstleistungssektor 47000 bis 65000 Arbeitsplätze neu geschaffen.

„Den Industriearbeitern, die ihre Arbeit verlieren werden, wird es kein Trost sein, wenn ihnen neue Stellen im Gaststättengewerbe, in der Software-Produktion oder im privaten Gesundheitswesen winken“, kommentieren die „Stuttgarter Nachrichten“ (ebd.). Was also kann der sich abzeichnenden Beschäftigungskrise entgegengestellt werden?

Die IMU-Studie entwickelt in ihrem Schlußkapitel über rund 50 Seiten ein „Konzept einer arbeits- und naturorientierten Diversifikation im Wirtschaftsraum Stuttgart“. „Wesentliche Bausteine dieses Konzepts sind

- auf betrieblicher Ebene die Entwicklung von Beschäftigungsplänen und
- auf überbetrieblicher Ebene die Aufstellung eines nachfrage- und investitionsstimulierenden, regionalen Beschäftigungsprogramms, eingebettet in eine vorausschauende regionale Strukturpolitik.“ (S. 248)

Zielsetzung ist es, die in den Betrieben vorhandenen Potentiale wie Qualifikation, Forschungskapazitäten, Technologien über die Unternehmensgrenzen hinweg zu koordinieren und auf Produkte für den kommunalen und regionalen Bedarf auszurichten. Vorbild ist dabei die gewerkschaftliche Forderung nach qualitativen Wachstum. (Vgl. die Grundsatz-

position des DGB-Bundesvorstandes „Umweltschutz und qualitatives Wachstum“, 5.3.1985)

Betrieblicher Beschäftigungsplan

Die IMU-Studie beklagt sich, daß „die Initiativen der Arbeitnehmerseite zu konkreter Diversifikation oder Konversion noch spärlich (sind)“. (S. 252) Sie fordert die Einrichtung betrieblicher Arbeitskreise „Alternative Produktion“, um darüber eine Handlungsfähigkeit der betrieblichen Interessenvertretung zu erreichen, die schließlich in der Durchsetzung eines betrieblichen Beschäftigungsplanes („Beschäftigungsplan statt Sozialplan“) münden soll: „Das Unternehmen muß sich darum kümmern, was mit den betroffenen Arbeitnehmern weiter geschieht. Die Politik des Beschäftigungsplans sieht dabei eine aktive Beteiligung der Belegschaft und der Arbeitnehmervertretung an den Sanierungsmaßnahmen vor, wobei die bestehenden Mitbestimmungsrechte ausgeweitet werden.“ (S. 253) Produktdiversifizierung einerseits und Qualifizierungsmaßnahmen andererseits seien die Kernstücke des Beschäftigungsplans.

Als „konkreter Ansatzpunkt qualitativen Wachstums“ werden Vorgehensweisen im Problemfeld „innerbetrieblicher Umweltschutz“ erörtert; viel Liebe zum Detail lassen dieses Kapitel auf 16 Seiten anwachsen. „Fragen des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz durch

Umweltvorsorge im Umgang mit gefährlichen Stoffen einerseits sowie der Ressourcenschonung andererseits liegen im beiderseitigen Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“, behauptet die Studie (S. 292).

Deckung des kommunalen Bedarfs

Die in der IMU-Studie genannten kommunalen und regionalen Bedarfssfelder umfassen Maßnahmen der Energieeinsparung, der Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, der Wohnsituation und des Umweltschutzes. „Eine so konzipierte kommunale Umweltpolitik setzt zielgerichtetes Entscheidungsverhalten und Verwaltungshandeln in Richtung auf qualitatives Wachstum voraus“, heißt es. (S. 261)

Kommunale und betriebliche Ausschüsse sowie zu schaffende Struktur- und Wirtschaftsbeiräte sollen die Verbindung der betrieblichen Diversifikationsprozesse mit den kommunalen Bedarfssfeldern herstellen und so „präventive Strukturpolitik“ betreiben. Auch auf regionaler Ebene sollen Beschäftigungsprogramme erlassen und Lenkungsausschüsse eingerichtet werden.

Nach allerhand Überlegungen über die Gestaltung dieser Räte, Ausschüsse und Arbeitskreise — als Beispiel wird das Projekt „ZATU“ bei Grundig/Nürnberg angeführt — muß die IMU-Studie feststellen, daß es auf Seiten der Kommunen

mit der Umsetzung des qualitativen Wachstums klemmt:

„An dieser Stelle ist festzuhalten, daß die Mehrzahl bayerischer Städte weit davon entfernt ist, sich in Richtung einer sozial- und umweltverträglichen Stadt zu entwickeln ... Auf der politischen Seite ist sie (die Situation, d.V.) zudem häufig gekennzeichnet durch das Prinzip unternehmerischer Interessen vor denen der Bevölkerung. Das Umweltrecht steht — noch — auf der Seite der ersten ... Auf der Ebene kommunaler Finanzen sind die Handlungsspielräume ebenfalls begrenzt.“ (S. 277 f.) Ein Ausweg aus diesem Dilemma wird nicht aufgezeigt.

Wie aber bekommt man die Unternehmen dazu, tatsächlich für den kommunalen und regionalen Bedarf zu produzieren? „Beschäftigungseffekte lassen sich dabei entweder durch kommunale Investitionstätigkeit selbst oder durch Investitionsanreize (Förderprogramme, Zuschüsse etc.) aktivieren.“ (S. 276) — Das Ganze dürfte auf Subventionierung der Konzerne nach klassischem Muster herauslaufen.

Quellenhinweis: (1) Institut für Medienforschung und Urbanistik (IMU), Stuttgart — Problemregion der 90er Jahre? Gefährdung der Arbeitnehmer durch Umstrukturierungsprozesse in der Metallindustrie im Wirtschaftsraum Stuttgart, eine regionale Branchenanalyse im Auftrag der IG Metall Verwaltungsstelle Stuttgart, Abschlußbericht von G. Richter, München 1988

Konzerne bestimmen die Regionalpolitik und unterwerfen die Kommunen

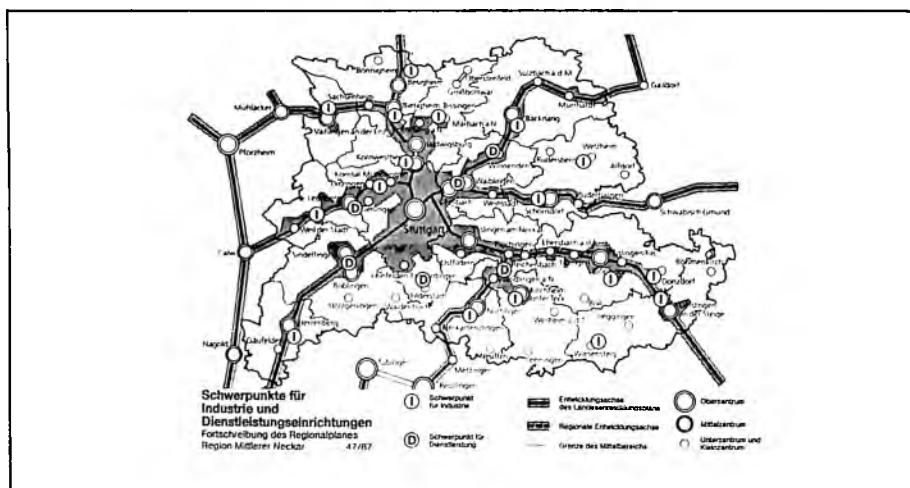
Die Region Mittlerer Neckar mit Stuttgart als Zentrum gehört zu den wirtschaftsstarksten Räumen Europas. Knapp 2,4 Millionen Einwohner wohnen hier und 1,1 Millionen Erwerbstätige erwirtschafteten 1987 eine Bruttowert-

schöpfung von 81,5 Milliarden DM. Maßgebend für Wirtschaft und Politik in dieser Region sind die Daimler-Benz AG mit 70 000 und die Robert Bosch GmbH mit 25 000 Beschäftigten, wobei der Mercedes-Stern die Region beherrscht.

Daimler-Benz und Bosch zentralisieren ihre Verwaltungen und Forschungen in der Landeshauptstadt und in den dicht angegliederten Gemeinden und verlangen dafür immer mehr staatliche Vorleistungen wie aufwendige Infrastrukturleistungen, die von einer Gemeinde allein nicht mehr geleistet werden können.

Im „Regionalplan Mittlerer Neckar“ gibt die Landesverwaltung Vorgaben über die Entwicklung der Region bis zum Jahr 2000. Der Regionalplan umfaßt außer Stuttgart die Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und den Rems-Murr-Kreis (Waiblingen). Grundlage des Regionalplans sind das Landesplangesetz und der Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg von 1983. Die folgenden Zitate sind dem Entwurf des Regionalplans von 9. März 1988 entnommen.

Eindeutiger Schwerpunkt der Investitionen soll danach die Landeshauptstadt sein. „Zur Erfüllung der besonderen Aufgaben der Region als Landesmitte mit dem Regierungs- und Verwaltungszentrum sowie als wirtschaftlicher und kultureller Schwerpunkttraum sollen besonders die Landeshauptstadt Stuttgart als Oberzentrum sowie der Ring der sie umgebenden Mittelpunkte und Siedlungsbereiche in ihrer Bedeutung und Ausstrahlungskraft gestärkt werden. Dabei ist eine hohe Lebens- und Umweltqualität anzustreben; Entwicklun-



Der Plan zeigt den „Mittleren Neckarraum“ als Planungseinheit mit Stuttgart als Zentrum. Alle Entwicklungsachsen laufen auf die Landeshauptstadt zu. Die Flächen zwischen den Hauptverkehrsadern werden ausgedünnt und zu „Erholungsgebieten“ für Bewohner des Zentrums erklärt. Stuttgart selber ist in der Planung als eindeutiger Investitionsschwerpunkt ausgewiesen.

gen, die zu ungesunden Lebens- und Arbeitsplatzbedingungen sowie zu unausgewogenen Wirtschafts- und Sozialstrukturen führen, sollen vermieden werden.“ (S. 5) Mit Schnelligkeit treiben die Wirtschaftsverbände und Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel diesen Zentralisierungsprozeß voran. Schritt für Schritt entwerten sie die Selbständigkeit der umliegenden Kreise und Gemeinden und machen sie zu Anhängseln des Oberzentrums Stuttgart. Aktuell sind es Milliardeninvestitionen der Kommunen für die geplante Ausrichtung der Olympiade in Stuttgart im Jahr 2004, der Ausbau des Messezentrums Stuttgart und der Aufbau einer „Stuttgarter Kulturmeile“ mit Unterstützung der Landesregierung.

Die Gemeinden am Rand der Region, die zu „Erholungsgebieten“ erklärt werden, bluten finanziell aus. Ihnen werden nötige Infrastrukturleistungen wie ausreichender öffentlicher Nahverkehr verweigert. Die daraus entstehenden vermehrten Kosten trägt auch die Zulieferindustrie der Konzerne, die oft in den kleineren Gemeinden angesiedelt ist. Die Ausrichtung des Umlandes auf das Zentrum stößt auf den Widerstand der Bevölkerung in den Kommunen. Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel weist zwar die Absicht von sich, Eingemeindungen vorzunehmen, will aber die enge Zusammenarbeit mit dem Umland stärken. Unter anderem befürwortet er die Umbenennung der Region Mittlerer Neckar in „Region Stuttgart“.

Natürlich sieht der Regionalplan auch im weiter entfernten Umland Investitionsschwerpunkte vor, allerdings wiederum für „größere Betriebe“. „In Frage für die Schwerpunkte für Industrie und für Dienstleistungseinrichtungen kommen besonders größere Betriebe oder solche mit besonders qualifizierten verkehrlichen Anforderungen, ferner Anlagen mit speziellen umwelttechnischen und städtebaulichen Anforderungen (hochtechnisierte Betriebe, die ein neues störungsfreies und imagefähiges ‚Produktions-Umfeld‘ benötigen – Industriepark) sowie auch Einrichtungen und Betriebe mit nachweislichen aber unvermeidbaren Emissionen. Derartige Anlagen und Betriebe können und sollten nicht aus der Region verwiesen werden; auch sie tragen zur Vielseitigkeit des Arbeitsmarktes und der Arbeitsplatzstruktur bei.“ (ebenda, S. 145)

Folgende staatliche Dienstleistungen sollen für die bedeutsamen Betriebe zur Verfügung stehen: „... regional/überregional bedeutsame Messen und ständige Ausstellungen, größere Verwaltungen, Forschungseinrichtungen und Ausbildungszentren...“ (ebenda S. 146)

Die kommunalen Hoheitsrechte sind für solche regionalen Planungen ein Hemmschuh. Eine Gemeinde soll nicht mehr allein über Erschließung, Vorhaltung und Belegung entscheiden können, der Regionalplan legt die Schwerpunkte gleich für mehrere Gemeinden fest. Daß



3000 Teilnehmer hatten Demonstration und Kundgebung am 28.9.1988 in Neckartenzlingen gegen die Schließung des dortigen Bosch-Werks. Das ganze Dorf war auf die Straße gegangen mit Unterstützung der IG Metall und anderer Bosch-Belegschaften.

auch hier mit Widerstand zu rechnen ist, wird in den Planungen berücksichtigt: „Gleichwohl dürfte die Umsetzung schwierig werden. Denn teilweise stehen finanzielle Erwägungen oft zusammen mit Flächenreserven in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden – auch wenn sie nicht in jedem Fall geeignet sind – dieser Entwicklung entgegen.“

Wie der Boschkonzern mit der Regionalplanung umspringt

Wie verfährt ein Konzern wie die Robert Bosch GmbH mit solcher Planung? Sie wird benutzt, wenn es paßt, aber beiseite geschoben, wenn weltweite Konzernstrategie es verlangt. So liegt der Ort Neckartenzlingen an einer im Regionalplan ausgewiesenen Entwicklungsachse und ist als Schwerpunkt für Industrie ausgewiesen. Nun mag dies bisher seine Berechtigung gehabt haben, da in der eher kleinen Gemeinde ein Betrieb von Bosch mit 500 Beschäftigten Gas-Heizthermen fertigt. Bosch ist ein wichtiger Steuerzahler. Jetzt hat aber die Bosch-Zentrale beschlossen, diesen Standort dicht zu machen.

Die Beschäftigten des Bosch-Werks Neckartenzlingen und die Einwohner sind nicht bereit, sich der Bosch-Zentrale zu unterwerfen. Die IG Metall Esslingen und andere Bosch-Belegschaften unterstützen den Kampf. Es geht nicht nur um Arbeitsplätze, es geht um die Zukunft einer Gemeinde. Der Bürgermeister meinte, die Gemeinde sei noch härter betroffen, denn am Ende bleibe sie, für die es keine Sozialpläne gebe, am Schluß der Kette als der große Verlierer übrig. Aber die Bosch-Zentrale weigert sich, den Beschuß rückgängig zu machen. Die Fertigung soll innerhalb von fünf Jahren nach Portugal verlagert werden, wo Bosch an der Vulcano Ida., Aveiro eine 90prozentige Kapitalmehrheit erworben hat. Ende letzten Jahres

hat die Bosch-Zentrale noch weitere Verlagerungen angekündigt: Forschungen und Entwicklungen sollen im Stammwerk Stuttgart-Feuerbach konzentriert werden, während Fertigungen zu beträchtlichem Teil aus Feuerbach weg wahrscheinlich nach Spanien und Großbritannien verlagert werden. Die Bosch-Zentrale verkauft dies als „Aufwertung“ des Standorts Feuerbach. Tatsächlich läuft ein Arbeitsplatzabbau ab, der vor allem Arbeiterinnen und angelehrte Arbeiter betrifft. Insgesamt dürfte dies zu einem Verlust der Wirtschaftskraft der Region und auch der Landeshauptstadt führen.

Bosch wie auch andere Konzerne setzen sich über die Belange von Gemeinden hinweg. Das führt immer mehr zu Konflikten auf örtlicher und überörtlicher Ebene. Gemeinderäte, Belegschaften und die Gewerkschaften bekämpfen wie in Neckartenzlingen die Konzernstrategien und machen ihre Bedürfnisse geltend. Um den Widerstand möglichst klein zu halten, engagierte zum Beispiel Bosch für sieben Millionen DM Wissenschaftler, um zum Thema Regionalplanung und Kommunen zu arbeiten. Die Robert-Bosch-Stiftung, die von Bosch-Managern kontrolliert wird, bearbeitet seit Jahren den Komplex „Wohnen und Gewerbe in der Großstadtrektion“. Die Ergebnisse dieses „Stadtorschungsprogramms“ sind Vorgaben für die öffentliche Verwaltung: „Was tun? Rezepte sollen hier nicht aufgelistet werden. Aber eines zunächst macht das Stadtorschungsprogramm klar. Wohnen wie auch Gewerbe sind längst keine Felder der Kommunalpolitik mehr, sie sind Aufgaben einer ganzen Region. Sie fordern eine Verwaltung, die nicht länger in den Gartenaunmustern reaktiver Ordnungsverwaltung gefangen bleibt, sondern aktiv hinausgreift über die Grenzen der Ressorts und der Gemeinde. Die Er-

kenntnisse der Stadtforscher haben sich nun für die Robert-Bosch-Stiftung zum Projekt „Regionalakademie“ verdichtet. Gemeint ist damit eine von den Politikern gewollte Einrichtung zum breiten Austausch von Informationen, Meinungen und Ideen über die Gestaltung der Region, für Verwaltungslute, Gemeinderäte, Handwerksmeister, Wissenschaftler. Bis zum Jahresende vielleicht schon könnte die Robert-Bosch-Stiftung ihr sozusagen schlüsselfertiges Konzept einer Regionalakademie vorlegen.“ (zitiert aus: Werkszeitung „Bosch-Zünder“, 3/4 1988, S.17)

In der Regionalakademie hätten die Konzerne eine Schaltstelle zwischen Unternehmen und Verwaltung, um direkt personell Einfluß auf öffentliche Vorhaben zu nehmen. Rechtzeitig könnten Widerstandspotentiale analysiert und bekämpft werden. Es reicht also Firmen wie Bosch nicht mehr aus, Untersuchungen in Auftrag zu geben, der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung zu stellen und ansonsten Einfluß über den Geldbeutel wie Spenden zu nehmen, sondern sie schicken ihre Manager, um die Beamten auszurichten.

für das Kapital. Dies bietet heute die Rüstungs- und Raumfahrtindustrie mit einem Staat als alleinigem Abnehmer bei garantiert „geflückten“ Profiten (Jäger 90, Hermes).

Gegenwehr zu entwickeln scheint schwierig anhand der Prognosen. Bestehende und zukünftige Abwehrkämpfe sind unbedingt zu unterstützen, wie z.B. gegen die Massenentlassungen oder Werkschließungen bei Trafo-Union, Mahle, Bosch, doch mit welcher Zielsetzung?

Hier scheinen drei Aspekte wichtig:

— Innerhalb der Betriebe muß für einen Bewußtseinswandel der „Arbeitsethik — Arbeitsmoral“ eingetreten werden. Die Orientierung muß auf die „Langsamsten“ und „Schwächen“ ausgerichtet sein, so daß ein Arbeitsleben bis zur Rente möglich ist und nicht wie heute die Arbeitskraft „vernutzt“ wird. Dies setzt eine gewerkschaftliche Orientierung für die Ausgegrenzten und Schwächsten voraus — also noch viel Überzeugungsarbeit.

— Gleichzeitig muß in den Betrieben mehr die Gebrauchswertseite der Produkte hinterfragt werden (z.B. Auto), um Arbeitskreise und -gruppen aufzubauen, die neue Produkte bis hin zu alternativen Produkten (Umwelttechniken) oder alternativen Produktionen diskutieren und vorschlagen.

Ziel hierbei: Was brauchen wir zum Leben, was ist sinnvoll zu produzieren, wie können wir dies herstellen?

Erste Erfolge mit die Strategie gibt es in einigen Betrieben in Norddeutschland (Werften, Krupp MAK). Jedoch darf dies nicht überbewertet werden, wie es größtenteils von der IG Metall her geschieht. Den Kapitalismus ökologisch umzubauen, bleibt eine Illusion. Das muß auch so benannt werden. Gleichzeitig sind aber solche Teilerfolge äußerst wichtig zur Motivation, als „konkrete Utopie“.

— Kommunale Dienstleistungsmonopole für Heiz- und Prozeßwärme sowie Verkehr müssen aufgebaut werden. Weitere Bereiche sind zu überlegen. Modell bei Heizungen könnte Rottweil im Schwarzwald sein (siehe „Stuttgarter Zeitung“, 26.11.88). Die dortigen Stadtwerke haben sich von dem Monopolunternehmer Energieversorgung Schwaben (EVS) abgekoppelt und bieten als Dienstleistung Wärme an. Wie diese erzeugt wird und zum Verbraucher gelangt, ist Angelegenheit der Stadtwerke. Da die technische Lösung und Durchführung bei den Stadtwerken liegt, ist die Möglichkeit gegeben, die umweltverträglichste Lösung zu wählen.

Solche „Stadtwerke“ müssen mit erweiterter Mitbestimmung und z.B. der 35-Stunden-Woche als „konkrete Utopie“ erkennbar ausgestattet sein. Dies würde für Stuttgart eine vollständige andere Art von Technischen Werken (TWS) bedeuten.

Wichtig ist, daß große Teile der not-

IMU-Studie — Und was nun?

Auszugehen ist von einem Arbeitsplatzabbau von 39000 Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe bis zum Jahre 2000 im Raum Mittlerer Neckar. Eine Studie der IHK bestätigt dies, jedoch prognostiziert sie eine Überkompensation durch neue Dienstleistungsarbeitsplätze in der Verwaltung, bei Softwarefirmen usw. Dies ist mehr als fraglich, da die technischen Anbieter für Büros genau in die-

sem Sektor für die 90er Jahre eine Rationalisierungswelle voraussagen. Ebenfalls ist eher wahrscheinlich, daß die Kommune Stellen abbaut (siehe Ruhrgebiet) und nicht mehr Dienstleistung anbietet.

Gründe für den Arbeitsplatzabbau ist die Rationalisierung bei verstärktem Einsatz von Computern und das stetige Suchen nach größtmöglichen Profitraten

aufgebaut.

Die zweite Frage ist, wo produziert wird. Das Ziel der Unternehmer ist und war immer schon, an einem Standort ein Produkt herzustellen. Das ist für ihre Gewinnmaximierung gut. Allerdings werden die Betriebe immer krisenanfälliger, und bestehende Arbeitsplätze fallen weg.

Und drittens müssen wir in Zukunft mehr entscheiden, was produziert wird. Davon hängen letztendlich die Arbeitsplätze ab. Damit meine ich ganz gezielt: werden künftig weiter Rüstungsprodukte hergestellt, zum Beispiel bei MBB oder werden sinnvolle Produkte geschaffen.

(UZ: Wie weit wird sich die IG Metall den Kopf der Unternehmer zerbrechen? Gibt die IG Metall den Anspruch, gewerkschaftliche Gegenmacht zu sein, auf und macht jetzt die Gestaltung?) Wir zerbrechen uns nicht den Kopf der Unternehmer, sondern wir haben dafür Sorge zu tragen, daß die abhängig Beschäftigten, die bei uns organisiert sind, auch dort Arbeit finden, wo sie leben. Das ist unser Hauptanliegen. Der Unternehmer hat ein anderes Interesse. Er wird immer dahin gehen, wo es für ihn am günstigsten ist. Dem müssen wir einen Riegel vorschließen. Sind gleiche oder ähnliche Interessen vorhanden, um so besser ... zur Bewältigung der kommenden Strukturkrisen brauchen wir stärkere Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Unsere Zeit, Zeitung der DKP, 28.10.1988

IG Metall: Fachkompetenz gefragt

Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Stuttgart, Ludwig Kemeth, hat sich in einem Interview mit der UZ zu Konsequenzen aus der IMU-Studie geäußert:

Zur Bewältigung der kommenden Probleme brauchen wir Jahre Vorlauf. Wissenschaftler müssen frühzeitig einzbezogen werden. Wir haben die Zusammenarbeit bei uns mit dem Münchner IMU-Institut organisiert. Die allgemeine Aussage von der kommenden Strukturkrise beim Auto wurde von den Wissenschaftlern konkretisiert, Gefahren für die Arbeitsplätze sind sichtbar ... Von außen werden Anstöße gegeben, und unser Ziel ist es, die hochqualifizierten Angestellten in die Diskussion einzubeziehen. Sie sollen mit ihrer Fachkompetenz daran mitarbeiten, wie in Zukunft Arbeitsplätze erhalten werden können, wie alternative Produktion aufgebaut wird, wie wir wegkommen von der Rüstung hin zur zivilen Produktion, und wie die dringend nötige Umwelttechnologie entwickelt wird

(UZ: Was heißt das, mehr Beteiligung?) Darüber mitzuentscheiden, wie produziert wird, ob das Wochenende frei bleibt. Es ist für mich unvorstellbar, daß der Samstag oder gar der Sonntag in die Produktion einzbezogen wird. Mit der Ausweitung der Arbeitszeit würden weitere Überkapazitäten

wendigen Dienstleistungen einer Kommune nicht über den Markt abgewickelt werden, sondern im Gegenteil vom Markt unabhängig, dies ist der Unterschied zu den Beschäftigungsprogrammen von DGB, IG Metall usw. Hier könnten andere Lösungen durchgesetzt werden, die beispielhaft sind für eine Überwindung des Bewußtseins, daß der Markt die Probleme regeln wird.

Insgesamt muß davor gewarnt werden, daß die Probleme, die die IMU-Studie

beschreibt, allein regional zu lösen sind, wie durch Heraufsetzen des Hebesteuersatzes für die Industrie und eine andere Gewichtung städtischer Projekte (IGA '93, Bewerbung um die Olympiade, Straßenbau etc.)

Was sicher unumgänglich ist, daß sich Bewegungen um diese Themen bilden müssen, um überhaupt ein Gegengewicht zu erlangen, daß Lösungen im Sinne der Bevölkerung durchgesetzt werden können.

bietet der Markt keine an, weil die Nachfrager nicht genügend kaufkräftig sind.

Es gibt in diesem Zusammenhang noch eine Reihe weiterer Einwände gegen die kapitalistische Marktwirtschaft als angeblich bester Wirtschaftsverfassung zur Befriedigung der allgemeinen gesellschaftlichen Bedürfnisse. Der vielleicht wichtigste: Das Bedürfnis der Produzenten nach menschlichen Produktionsbedingungen wird der Profitmacherei geopfert, nur Eingriffe in die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über ihr Eigentum können Abhilfe schaffen.

Die Orientierung der Produktion am Bedarf der Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums und kapitalistische Profitwirtschaft schließen sich aus, weshalb letztlich eine sozialistische Wirtschaft anzustreben ist. Dennoch könnten auch unter kapitalistischen Bedingungen Einschränkungen der Profitwirtschaft und Festlegungen auf Produktion für den Bedarf sinnvoll sein, sie sind aber nicht möglich ohne Eingriffe in die Freiheiten der Marktwirtschaft. Welche konkreten Formen eine so bestimmte „alternative Produktion“ im einzelnen annehmen kann, müßte noch diskutiert werden, hier nur als Stichpunkte:

— Betriebe in kommunalem Eigentum, die nicht für die Erzielung von Gewinnen oder nach dem „Kostendeckungsprinzip“ wirtschaften, zur Versorgung der Lohnabhängigen (Wohnung, Nahverkehr, Kindergärten etc.). Die in solchen Unternehmen Beschäftigten brauchen starke Eingriffsrechte, was Entlohnung und Arbeitsbedingungen betrifft.

— Genossenschaftlich organisierte Betriebe, deren Unternehmensziele auf eine Bedarfsproduktion festgeschrieben sind. Die Förderung solcher Unternehmensformen wäre gerade wegen der hohen Abhängigkeit zahlreicher Kleinbetriebe und Subunternehmer von der hochmonopolisierten Industrie von einiger Bedeutung.

„Alternative Produktion“ setzt Kritik an der Marktwirtschaft voraus

Die IMU-Studie kritisiert die einseitige Ausrichtung auf die Automobilindustrie und den hohen Monopolisierungsgrad ohne jede Kritik an der Eigentumsverfassung. Der Grund mag sein, daß die Reaktion in der Diskussion um die Wirtschaftsverfassung mit der Kritik an „zuviel Staat“ einen bedeutenden ideologischen Sieg errungen hat. War es einst auch in der Sozialdemokratie üblich, die Kritik an den Mängeln der Wirtschaftsstruktur mit Forderungen nach Enteignung, Verstaatlichung u.ä. zu verknüpfen, halten sich heute die Vorschläge zur „alternativen Produktion“ eng an den Rahmen der Marktwirtschaft. Die in der Studie gemachten Vorschläge zur „alternativen Produktion“ berühren die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Kapitaleigentümer über die Produktionsmittel zu wenig bis gar nicht.

So wird verlangt: frühzeitige Marktanalysen, breitere Produktpalette, Verteilung der Produktion auf mehrere Standorte, Vermeiden von Überkapazitäten u.ä. — Vorhaben also, die durchaus zu den üblichen Aufgaben eines kapitalistischen Managements gehören, und das mündet dann in der Idee, die hochqualifizierten Angestellten aus dem Management als den entscheidenden Bündnispartner zur Entwicklung dieser „alternativen Produktion“ gewinnen zu wollen.

Die vorgeschlagenen Wirtschaftsbeiräte in den Kommunen oder regionalen Lenkungsausschüsse bleiben ohne politische Festlegung ihrer Ziele und haben keine Eingriffsmöglichkeiten in die Unternehmen. Die Wahrscheinlichkeit, daß sie zu bloßen Befehlsvermittlungsstellen für Konzerninteressen gegenüber den kommunalen Körperschaften verkommen, ist groß.

Ein weiteres Problem, das die IMU-Studie schweigend umschifft: Auch wenn der Daimler-Konzern statt in die Rüstung in die Umwelttechnologie einsteigen würde, bliebe er ein die Region beherrschendes imperialistisches Monopol.

Die von der IG Metall und anderen kritisierte Wirtschaftsstruktur legt aber einen Angriff auf die Marktwirtschaft

nahe. Die Verteidiger der Marktwirtschaft behaupten, das Wechselspiel der Marktkräfte zwischen Angebot und Nachfrage reguliere alles bestens. Die Festschreibung des Gewinnmachens als Unternehmensziel sei das beste Mittel zur allgemeinen und umfassenden Bedürfnisbefriedigung. Jeder Unternehmer sei bei Strafe des Untergangs gezwungen und durch die Aussicht auf Profit angelebt, das zu produzieren, wonach das Bedürfnis der Verbraucher gerichtet sei. Darauf zu antworten, dieses Gewinnstreben verstelle den Blick auf die tatsächlichen Marktentwicklungen, genügt nicht, tatsächlich ist die Marktwirtschaft selbst Ursache mangelnder Bedürfnisbefriedigung.

Die Marktwirtschaft ist eine Warenproduktion, d.h. es genügt nicht, daß ein Bedürfnis nach einem Gebrauchsgegenstand existiert, sondern dieses Bedürfnis muß zumindest mit einer entsprechenden Zahlungsfähigkeit versehen sein. Ein allgemein bekanntes Beispiel: Die langen Wartelisten beim Wohnungsamt weisen darauf hin, daß es ein verbreitetes Bedürfnis nach Wohnungen gibt, dennoch

DKP: Wird Stuttgart das Rheinhausen der 90er Jahre?

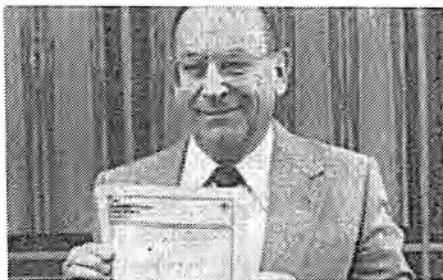
Die Anzeichen, daß das von der CDU gepflegte Bild von Stuttgart als prosperierendem Zentrum eines High-Tech-Musterländles trügerisch sein könnte, haben sich in den letzten Monaten überall gehäuft ... Unter diesen Bedingungen kann die heraufziehende Autokrise den mittleren Neckarraum leicht zum Ruhrgebiet der 90er Jahre (und das Musterländle zum „Muster ohne Wert“) machen. Das zu verhindern, betrachtet die IG Metall als die wesentliche Herausforderung für die Gewerkschaften und für die politisch Verantwortlichen. Zunehmend wird es notwendig werden, sich nicht nur in das „Wie“, sondern auch in das „Was“ und „Wo“ der Produktion einzumischen ...

Offen bleibt dabei freilich die Frage,

wie diese Alternativen durchgesetzt werden sollen. Ohne zusätzliche Mitbestimmungsrechte sind die betrieblichen Diversifizierungsprogramme kaum zu verwirklichen und ohne Zugriff auf die Kassen der Konzerne sind auch die kommunalen Ausgabenprogramme kaum zu finanzieren. Außer guten Ideen muß auch der notwendige Druck entwickelt werden, damit eine demokratische Struktur- und Beschäftigungspolitik auch für die Konzerne und ihre Politiker „überzeugend“ wird.

*Stuttgart aktuell, Stadtzeitung der DKP, 3/88
DKP-Kreisdelegiertenkonferenz: ...
Beschlossen wurde u.a. die Erarbeitung eines Aktionsprogramms, das eine friedliche soziale und ökologische Zukunft für unsere Region, mit sicheren Arbeitsplätzen weg vom Auto, gemeinsam mit allen anderen fortschrittlichen Kräften anstrebt.*

Stuttgart aktuell, 12/88



Verfassungsschutz-Gesetz eingebbracht

Die Bundesregierung hat die bereits im Referentenentwurf bekannten Gesetze über die Geheimdienste — Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmservice und Bundesnachrichtendienst —, den Gesetzentwurf über die Zusammenarbeit der Geheimdienste und die Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Polizei und einen Gesetzentwurf zum Datenschutz im Kabinett verabschiedet. Geplant ist eine Ausweitung der Befugnisse der Geheimdienste, die Ausweitung der erlaubten Zusammenarbeit mit dem Ausland und die Ausweitung der Auslandstätigkeit der Geheimdienste selbst. Die FDP hat Bedenken angemeldet, die sich aber nur gegen einzelne Datenschutzbestimmungen richten.

„Sicherheit im Luftverkehr“: Beispiel USA

In der Presse ist im Zusammenhang mit dem Absturz der PanAm-Maschine auf Lockerbie in den ersten Tagen hier und da auf wirtschaftliche Gründe für den Absturz hingewiesen worden. Die Vermutung, die Boeing 747 sei infolge Materialverschleiß in der Luft explodiert, liegt tatsächlich sehr nahe. Die US-Luftfahrtgesellschaften haben in den letzten Jahren ein beispielloses Rationalisierungsprogramm gegen ihre Belegschaften durchgesetzt, verbunden mit der Vernichtung der Fluglotsengewerkschaft und Entlassungen von Technikern, Piloten, Wartungspersonal. Über die Rationalisierungspolitik der US-Luftfahrtgesellschaften und die Reaktionen von US-Gewerkschaften auf den Absturz berichten wir im nächsten Heft.

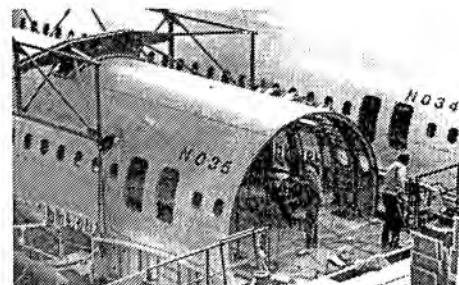


Studentenproteste

Fast 2000 Studierende demonstrierten im Dezember in Konstanz gegen „Hochschulnotstand“, einen Tag lang wurden die Veranstaltungen boykottiert. Über 8000 Leute studieren an der Universität, die für 3300 Studienplätze ausgelegt ist. Wie andernorts fordern vom AStA bis hin zu den Jungen Liberalen alle mehr Geld, um die „Zukunft der Hochschulen“ zu sichern. Rektor Horst Sund (FDP) zeigt sich wohlwollend, Professoren äußern sich zustimmend. Für Januar sind neue Aktionen geplant. Fördert die „neue Studentenbewegung“ die Interessen der armen Studierenden, die von Vereinigung, Wohnungsnot, Studienverschärfungen und Überlast mit brutaler Wucht getroffen werden?

Forderungen der Kapitalistenverbände

Der BDI sieht in seinem Jahresbericht „trotz bedeutsamer Leistungen der Bundesregierung“ noch „Schwächen des Standorts Bundesrepublik“. Die Arbeitskosten seien international an der Spitze, die Arbeitszeit zu kurz, die Unternehmenssteuern einmalig hoch, die Kartellgesetzgebung zu einschränkend — eine „Revitalisierung“, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, sei nötig. Besonderen Handlungsbedarf sieht der BDI ebenso wie die BDA im Abbau von Beschäftigungshemmungen und einer Tarifpolitik, die die Differenzierung nach Qualifikation erweitert und den Tarif so niedrig setzt, daß eine breitere Spreizung bei den Effektivlöhnen möglich wird.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel. 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe

— Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldf parkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/211658 Konten Postgiroamt

Köln BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111 Kto. Nr. 1144393600 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Ulrike Detjen, für Auslandsberichterstattung Rüdiger Lotzer, für Aus Verbänden und Parteien Martin Lopp, für Reportagen und Berichte regional Gunter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge Angela Lux, für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Küstler

Quellenhinweis Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM der AG Medien in der Volksfront AGMe des NH Chemie AGCH der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront AGJ der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB der AG für Kommunalpolitik AGK der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck Farho Druck & Grafik Team GmbH Köln · Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich Beilage Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken